Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung e.V. 2025|2026

FOKUSTHEMA SICHERHEIT
Allianzen, Militärpräsenz und Strategien auf dem Prüfstand



Aufbruchstimmung

Wie die Generation Z Afrika verändert

WIRTSCHAFT
Stärkung der Zusammenarbeit bei Investitionen, Ausbildung und Fachkräftemobilität

ZUKUNFT AFRIKAPOLITIK
Zu den Herausforderungen einer multipolaren Welt

Die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) ist eine überparteiliche Stiftung, die sich für die erfolgreiche Umsetzung der afrikapolitischen Leitlinien der deutschen Bundesregierung einsetzt. Sie wurde 1978 von Abgeordneten des Deutschen Bundestags gegründet und wird institutionell vom Auswärtigen Amt gefördert. Als Plattform für den Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgergesellschaft stärkt sie das gegenseitige Verständnis und trägt zu einer vertieften deutsch-afrikanischen Partnerschaft bei. Hierbei konzentriert sie sich insbesondere auf die Arbeit im politischen Raum. Im Rahmen von Fachgesprächen, parlamentarischen Frühstücken und Podiumsdiskussionen bringt die DAS afrikapolitische Themen in den Deutschen Bundestag ein und vernetzt Abgeordnete sowie weitere politische Entscheidungsträgerinnen und -träger gezielt mit afrikanischen Expertinnen und Experten und unterstützt so fundierte Entscheidungsprozesse und die strategische Ausgestaltung der deutschen Afrikapolitik. Gleichzeitig setzt sie sich für die stärkere strukturelle Einbindung des afrikanischen Diplomatischen Corps sowie afrikanischer Diasporagruppen in die deutsche Afrikapolitik ein. Eine ihrer Kernaufgaben ist zudem die Vermittlung eines differenzierten Afrikabildes im politischen Raum und in der deutschen Öffentlichkeit.

Liebe Leserinnen und Leser,

das vergangene Jahr hat erneut gezeigt, wie sehr sich die internationale Ordnung verändert. Afrikanische Staaten gewinnen in multilateralen Foren und internationalen Entscheidungsprozessen weiter an Bedeutung. Diese Entwicklung anzuerkennen und die Zusammenarbeit entsprechend zu gestalten, wird eine der zentralen außenpolitischen Aufgaben der kommenden Jahre sein.

Umso bedauerlicher ist es, wenn multilaterale Institutionen und gemeinsame Regeln geschwächt werden. Mit Sorge sehen wir daher die Ausladung Südafrikas vom G20-Gipfel in den Vereinigten Staaten. Ein solcher Umgang mit dem ersten afrikanischen G20-Vorsitz steht im Widerspruch zum Anspruch einer gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit und sendet ein falsches Signal an den afrikanischen Kontinent. Afrikanischen Staaten muss auch künftig der Platz in internationalen Foren zukommen, der ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung entspricht.

Auch Deutschlands Afrikapolitik muss dem Rechnung tragen – und dies nicht nur auf Bundesebene. Langjährige Partnerschaften zwischen Ländern, Kommunen, Hochschulen, Unternehmen und der Bürgergesellschaft schaffen Vertrauen und tragen dazu bei, globale Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Die 40-jährige Partnerschaft zwischen Burundi und Baden-Württemberg steht hierfür ebenso beispielhaft wie zahlreiche kommunale Kooperationen.

Zugleich haben einige Krisen des vergangenen Jahres verdeutlicht, wie eng Frieden, Sicherheit und Entwicklung miteinander verbunden sind. Der Krieg im Sudan und seine Folgen für die gesamte Region gehören zu den größten humanitären Katastrophen unserer Zeit. Die Berliner Sudan-Konferenz hat wichtige politische Impulse gesetzt. Entscheidend bleibt jedoch, dass den politischen Bemühungen konkrete Schritte folgen. Auch der erneute Ebola-Ausbruch erinnert daran, dass globale Gesundheitskrisen nur gemeinsam bewältigt werden können.

Dass sich afrikanische Länder im internationalen Wettbewerb behaupten, zeigte sich auch bei der Fußballweltmeisterschaft, die mit der Erweiterung des Teilnehmerfelds die gewachsene Bedeutung des Kontinents zumindest sportlich sichtbar machte. So überzeugten zahlreiche der zehn afrikanischen Mannschaften mit beeindruckenden Leistungen und vermittelten zugleich ein modernes, vielfältiges Bild Afrikas. Dieses differenzierte Afrikabild sichtbar zu machen und den Dialog zwischen Deutschland und den Ländern Afrikas zu fördern, ist seit jeher Auftrag der Deutschen Afrika Stiftung.

Auch die Beiträge dieses Jahrbuchs vermitteln diese Vielfalt und zugleich die Themen, die uns in den vergangenen Monaten beschäftigt haben.
Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Uschi Eid
Präsidentin



Seit 2015 ist Dr. Uschi Eid, ehem. Parlamentarische Staatssekretärin und ehem. G8-Afrikabeauftragte von Kanzler Gerhard Schröder, Präsidentin der Stiftung.

„Mit Sorge sehen wir die Ausladung Südafrikas vom G20-Gipfel in den USA.“

COVERFOTO: STEWART DERECK PHOTOGRAPHY/WELEAD AFRICA, FOTO DIESE SEITE: HEIDI SCHERM/DAS

Inhalt

03 Editorial
Uschi Eid

06 Grußwort
Julia Klöckner, Bundestagspräsidentin

66 Impressum

Fokusthema Sicherheit

08 „Wir wollen Partnerland Deutschlands werden“
Abdoulkader Houssein Omar, Außenminister von Dschibuti

12 Das Muster durchbrechen
Abdeta Beyene

14 Engagement ohne Illusionen
Ornella Moderan

16 Mehr deutsches Militär in Afrika?
Torsten Konopka

18 Keine isolierte Tragödie
Eiman Seifeldin

20 Der lange Weg zum Frieden
David Schwake

22 Infografik
Die Sicherheitslage auf dem afrikanischen Kontinent auf einen Blick

Zukunft Afrikapolitik

24 Gemeinsam für ein starkes Afrika
Serap Güler, Staatsministerin beim Bundesminister des Auswärtigen

28 Wie sieht die Zukunft der Afrikapolitik aus?
Markus Koob MdB
Jürgen Coße MdB

30 Lokale Initiativen, globale Perspektiven
Anna Spaulding

Deutscher Afrika-Preis 2025

32 Impressionen

34 Eine Generation, die Hoffnung macht
Laudatio von Claus Stäcker

36 „Die Jugend muss Afrika jetzt führen“
Gespräch mit Preisträgerin Namatai Kwekweza
Larissa Pflüger

42 Vom Protest zur politischen Teilhabe
Anja Osei

Politik

44 Zwei Länder, eine große Chance
Shadrack Mwadime, Staatssekretär im Arbeitsministerium, Kenia

46 Drei Fragen an ...
Ohene Adjei, Botschafter der Republik Ghana

48 Mehr als Chinas Konkurrent
Scarlett Cornelissen

50 Ein Preis für faire Baumwolle
Ehrenpreisträger Michael Otto über seine Aid by Trade Foundation

52 Ungenutzte Potenziale
Empfang zu Ehren des Diplomatischen Corps Afrika
Daniel Tödt

Wirtschaft

54 Afrika wartet nicht
Stefan Müller
Holger Hey

56 Eine Brücke für die Ausbildung
Sebastian Stietzel

58 Die Macht der alltäglichen Entscheidungen
Samuel Maimbo



S.44
Das Mobilitäts-abkommen mit Kenia öffnet Fach-kräften neue Wege

Blick zurück

60 Das Enigma
Nachruf auf Raila Odinga
Sabine Odhiambo

61 Der Beständige
Nachruf auf Festus Mogae
Pusetso Morapedi

Medien und Kultur

62 Afrikas Kampf um die Wahrheit
Steve Mokaya

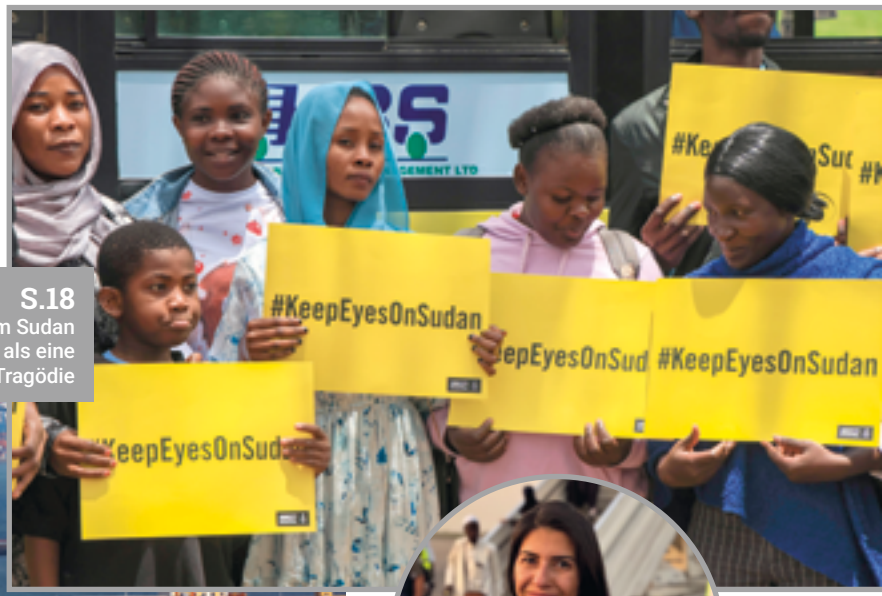
64 „Ich habe Leben gelernt"
Die Journalistin Judith Raupp über ihre Arbeit im Ostkongo
Daniel Tödt



S.36
Bürgerrechtlerin Namatai Kwekweza ist die Gewinnerin des Deutschen Afrika-Preises 2025



S.62
Wie Desinformations-kampagnen auch in Afrika Wahlen beeinflussen



S.18
Der Krieg im Sudan ist mehr als eine isolierte Tragödie



S.24
Staatsministerin Serap Güler über die Zukunft der deutschen Afrikapolitik



S.8
Dschibutis Hafen ist für viele Waren das Tor zu Afrika

FOTOS: GIZ KENYA, MICHAEL FAHRIG/DAS, PICTURE ALLIANCE/ANADOLU/LUCAS MUKASA, BOTSCHAFT DER REPUBLIK DSCHIBUTI BERLIN, PRIVAT. ILLUSTRATION: DANI MAIZ



Julia Klöckner im Bundestag: „Wo Parlamente stark sind, müssen Regierungen Rechenschaft ablegen."

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG/FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK

Entwicklungspolitik ist Sicherheitspolitik

Eine zeitgemäße Afrikapolitik muss demokratische Kräfte unterstützen und Rechtsstaatlichkeit fördern. Sie sind die Grundlagen für Frieden und Stabilität.

VON JULIA KLÖCKNER

Über Afrika wird viel gesprochen, oft mit großer Gewissheit. Unserem Nachbarkontinent mit seinen 54 Staaten und rund 1,5 Milliarden Menschen politisch gerecht zu werden, ist jedoch ungleich schwerer. Häufig schwankt der europäische Blick zwischen zwei vertrauten Reflexen: hier humanitäres Mitgefühl, dort das Ringen um Einfluss – wirtschaftlich, sicherheitspolitisch, geopolitisch.

Eine zeitgemäße Afrikapolitik darf weder rein moralisch noch rein strategisch begründet werden. Wer Zusammenarbeit allein humanitär denkt, unterschätzt die politische, wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung afrikanischer Staaten. Wer nur in Einflusssphären denkt, macht Afrika erneut zum Objekt anderer Mächte. Entscheidend ist, Werteorientierung und Realitätssinn zusammenzubringen. Moderne Afrikapolitik denkt Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik nicht getrennt, sondern im Zusammenhang.

DAS BEGINNT mit einem nüchternen Blick: Humanitäre Hilfe bleibt unverzichtbar. Aber sie greift oft erst dann, wenn Krisen bereits eskaliert sind. Krisen entstehen selten über Nacht. Sie wachsen dort, wo staatliche Institutionen schwach sind, wo Korruption Vertrauen zerstört, wo Zivilgesellschaft eingeschränkt wird, wo Menschen keine politische Stimme haben und politische Macht nicht wirksam kontrolliert wird.

Deshalb ist demokratische Entwicklungspolitik keine freundliche Geste. Sie ist vorausschauende Sicherheitspolitik. Wer stabile Institutionen stärkt, wer Rechtsstaatlichkeit fördert, wer gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und demokratische Kontrolle unterstützt, investiert in Frieden, Stabilität und gemeinsame Sicherheit.

Es liegt also im Interesse einer klugen europäischen Zusammenarbeit, demokratische Bewegungen in afrikanischen Ländern ernst zu nehmen und zu unterstützen. Dabei sollten wir besonders auf die jungen Aktivistinnen und Aktivisten schauen, die trotz persönlicher Risiken für ihre Rechte eintreten. Im vergangenen Jahr durfte ich bei der Verleihung des Deutschen Afrika-Preises an Namatai Kwekweza aus Simbabwe eine Festrede halten. Diese mutige junge Frau erinnert uns daran, worum es politisch im Kern geht: um Menschenrechte, Freiheit und demokratische Selbstbehauptung.

Was Namatai Kwekweza an antidemokratischen Entwicklungen in Simbabwe kritisiert, steht zugleich für eine größere Entwicklung. Weltweit geraten demokratische Ordnungen und Zivilgesellschaften unter Druck – auch in lange gefestigten Demokratien. Wir sehen Verfassungsänderungen, die Amtszeiten verlängern sollen; Justizreformen, die Gerichte schwächen; Parlamente, denen Kontrollrechte entzogen werden; gezielte Einschränkungen von Presse- und Meinungsfreiheit; zivilgesellschaftliche Organisationen, deren Arbeit durch Gesetze erschwert oder kriminalisiert wird. Was über Jahrzehnte mühsam aufgebaut und erkämpft wurde, steht in zu vielen Ländern wieder zur Disposition.

„Wer Afrika verstehen will, muss bereit sein, das eigene Bild immer wieder zu korrigieren."

Und doch sehen wir zugleich eine Gegenbewegung: junge Menschen, gerade auf dem afrikanischen Kontinent, die mehr politische Beteiligung einfordern. Namatai Kwekweza steht für eine Generation, die nicht Objekt internationaler Debatten sein will, sondern Subjekt ihrer eigenen politischen Zukunft.

Politisches Subjekt wird eine Gesellschaft dort, wo Entscheidungen transparent getroffen werden, Regierungen kontrolliert und Macht begrenzt wird. Genau dafür stehen Parlamente. Wo Parlamente stark sind, müssen Regierungen Rechenschaft ablegen. Wo politische Macht kontrolliert wird, wächst Vertrauen in den Staat. Und wo Vertrauen wächst, entstehen Stabilität und Sicherheit. Der Weg von parlamentarischer Zusammenarbeit zur Sicherheitspolitik ist kürzer, als es auf den ersten Blick scheint.

UNSERE VERANTWORTUNG als Europäerinnen und Europäer liegt dabei nicht darin, Demokratie zu exportieren – sondern denjenigen den Rücken zu stärken, die sie vor Ort erkämpfen. Parlamentarische Zusammenarbeit ist dafür ein besonders direkter Weg: auf Augenhöhe, institutionell, langfristig.

Die Deutsche Afrika Stiftung schafft dafür seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Raum. Sie erinnert uns daran: Wer Afrika verstehen will, muss bereit sein, das eigene Bild immer wieder zu korrigieren. Das ist nicht bequem. Aber es ist notwendig. Und es ist bereichernd, für unsere Partnerschaften, für unsere Politik und für ein gemeinsames Verständnis von Verantwortung in einer Welt, die enger miteinander verbunden ist, als uns manchmal bewusst ist.

Julia Klöckner (CDU) ist Präsidentin des Deutschen Bundestages. In dieser Funktion vertritt sie das Parlament auch in den internationalen Beziehungen. Von 2018 bis 2021 war sie Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft.

„Wir wollen Partnerland Deutschlands werden“

Dschibuti ist ein großer Handelsknotenpunkt in Afrika und ein wichtiger Partner für die internationale Sicherheit. Davon profitiert auch Europa. Das Land am Horn von Afrika würde die Zusammenarbeit mit Deutschland gern ausbauen.

VON S. E. ABDOULKADER HOUSSEIN OMAR, AUSSENMINISTER DSCHIBUTI

Seit ihrer Unabhängigkeit am 27. Juni 1977 verfolgt die Republik Dschibuti eine Außenpolitik, die auf Frieden, Souveränität, Dialog und Zusammenarbeit basiert. An der Schnittstelle zwischen Afrika, dem Nahen Osten und Asien gelegen, nimmt Dschibuti eine einzigartige strategische Position am Horn von Afrika ein und ist stets bestrebt gewesen, diese Position in eine Quelle der Stabilität, der Vernetzung und des gemeinsamen Wohlstands zu verwandeln. Das historische Erbe und der Kampf um die Unabhängigkeit haben das starke Bekenntnis zu Selbstbestimmung, territorialer Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gefestigt. Es wurde zudem deutlich, dass die nationale Sicherheit nicht von der Stabilität der umliegenden Region getrennt werden kann.

Das Land verfolgt eine blockfreie und ausgewogene Außenpolitik, strebt konstruktive Beziehungen zu Partnern aus allen Regionen an und setzt sich für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten durch Dialog und im Einklang mit dem Völkerrecht ein. Dschibuti vertritt konsequent die Auffassung, dass Stabilität und Entwicklung Hand in Hand gehen müssen.

Dschibutis strategische Lage an der Meerenge von Bab al-Mandab verleiht dem Land eine besondere Rolle in regionalen und globalen Angelegenheiten. Die Meerenge verbindet das Rote Meer mit dem Golf von Aden und dem Indischen Ozean und ist für den Seehandel und die Energietransporte von entscheidender Bedeutung. Diese Lage hat Dschibuti zu einem Handelsknotenpunkt gemacht, der Afrika mit den globalen Märkten verbindet, und zu einem wichtigen Partner für die internationale Sicherheitszusammenarbeit.

Dschibuti misst dem Multilateralismus große Bedeutung bei. Das Land ist nach wie vor ein überzeugter Verfechter der Vereinten Nationen und der Grundsätze der VN-Charta und betrachtet die multilaterale Zusammenarbeit als unverzichtbar für die Bewältigung von Klimawandel, Migration, Terrorismus sowie für Ernährungssicherheit, maritime Sicherheit und nachhaltige Entwicklung.

ROLLE DSCHIBUTIS BEI DER REGIONALEN INTEGRATION

Die Rolle Dschibutis bei der regionalen Integration beruht auf der Erkenntnis, dass sich politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit gegenseitig verstärken. Am Horn von Afrika ist Integration nicht nur ein wirtschaftliches Ziel, sondern auch ein politisches Instrument, das dazu beiträgt, gemeinsame Interessen zu schaffen, Vertrauen zu stärken und das Konfliktrisiko zu verringern.

Die Republik Dschibuti ist aktives Mitglied der Afrikanischen Union (AU), der Intergouvernementalen Entwicklungsbehörde (IGAD), des Gemeinsamen Marktes für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA) sowie der Liga der Arabischen Staaten. Sie arbeitet in Fragen des Friedens und der Sicherheit eng mit der Afrikanischen Union zusammen und achtet dabei die von der AU vertretenen Grundsätze der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität. Dschibuti unterstützt die Bemühungen der AU in den Bereichen Konfliktprävention, Mediation, Friedenskonsolidierung und kontinentale Integration, wobei es den Grundsatz „Afri-



Tor für den Handel: Der Hafen von Dschibuti verbindet Afrika mit den globalen Märkten.

FOTO: BOTSCHAFT DER REPUBLIK DSCHIBUTI BERLIN

kanische Lösungen für afrikanische Probleme“ hochhält und die zentrale Rolle afrikanischer Institutionen bei der Bewältigung der Herausforderungen des Kontinents betont.

Die Mitgliedschaft Dschibutis in der Liga der Arabischen Staaten stärkt seine Rolle als Brücke zwischen Afrika und der arabischen Welt zusätzlich. Über diese Plattform trägt das Land zum politischen Dialog, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zum kulturellen Austausch zwischen beiden Regionen bei.

DSCHIBUTI ALS REGIONALER LOGISTIK- UND HANDELSKNOTEN

Als Seine Exzellenz Präsident Ismail Omar Guelleh die Führung des Landes übernahm, war es seine Vision, die geografische Lage Dschibutis zu nutzen und das Land zu einem bedeutenden Logistik- und Handelsknotenpunkt zu machen. Der Ausbau von Einrichtungen wie dem Containerterminal Doraleh und dem Mehrzweckhafen Doraleh hat die Kapazitäten des Landes für den internationalen Handel erheblich erweitert. Die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone, Logistikzentren und Transportkorridore haben Dschibutis Rolle als Tor für den Handel ebenfalls weiter gestärkt.

Dieser Wandel dient sowohl der nationalen Entwicklung als auch der regionalen Widerstandsfähigkeit. Für Nachbarländer, insbesondere das Binnenland Äthiopien, bietet Dschibuti einen unverzichtbaren Zugang zu internationalen Märkten. Seine Häfen und seine

„Das Land hat seine Handelskapazitäten erheblich erweitert.“

Verkehrsinfrastruktur erleichtern den Import- und Exportverkehr, fördern das Wirtschaftswachstum und verbinden das Horn von Afrika besser mit den globalen Handelsnetzen. Die Eisenbahnstrecke Addis Abeba–Dschibuti ist eines der deutlichsten Beispiele für diese regionale Logik in der Praxis. Sie hat die Transporteffizienz verbessert, Kosten gesenkt und die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Dschibuti und Äthiopien vertieft. Im weiteren Sinne zeigt sie, wie Infrastruktur gleichzeitig als Instrument der Integration, der Ent- ▸

wicklung und der Stabilität dienen kann. Dschibuti betrachtet solche Projekte nicht nur als nationales Gut, sondern auch als Infrastruktur, die der gesamten Region dient. Ihre Bedeutung liegt darin, dass sie die gegenseitige Abhängigkeit stärken, die praktische Zusammenarbeit erleichtern und Stabilität in einer Region sichern, in der die Vernetzung nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist.

FRIEDENSSICHERUNG UND KOLLEKTIVE SICHERHEIT

Die Diplomatie Dschibutis ist seit langem auf Frieden, Dialog und Versöhnung ausgerichtet, die auf gegenseitigem Verständnis, inklusiven Prozessen und der Achtung der Souveränität beruhen.

Dieser Ansatz spiegelt sich in Dschibutis umfassendem Engagement für den Frieden in der Region wider. Im Januar 1986 empfing Dschibuti den somalischen Präsidenten Mohamed Siad Barre und den äthiopischen Staatschef Mengistu Haile Mariam zu Gesprächen, die auf eine Normalisierung der Beziehungen nach Jahren des Krieges und der Spannungen abzielten. Später spielte Dschibuti im Jahr 2000 durch die Arta-Konferenz eine zentrale Rolle im Versöhnungsprozess Somalias, bei der ein breites Spektrum somalischer Akteure zusammenkam, um den nationalen Konsens wiederherzustellen und eine Übergangsregierung zu bilden.

Diese beiden Initiativen sollten eher als Teil einer umfassenderen diplomatischen Strategie denn als isolierte Ereignisse verstanden werden. Sie verdeutlichen die Fähigkeit Dschibutis, einen neutralen Rahmen für Dialog zu bieten und die friedliche Konfliktlösung am Horn von Afrika zu unterstützen. Dschibuti hat zudem durch friedenserhaltende Maßnahmen zur kollektiven Sicherheit beigetragen. Seine Truppen haben an Missionen unter der Führung der Afrikanischen Union teilgenommen, insbesondere in Somalia, wo sie die Stabilisierung, den Schutz der Zivilbevölkerung, die Terrorismusbekämpfung und den Wiederaufbau staatlicher Institutionen unterstützt haben. Diese Beteiligung spiegelt die Ansicht Dschibutis wider, dass Unsicherheit in einem Teil der Region Auswirkungen auf die gesamte Region hat.

Internationale Sicherheitspartnerschaften sind ein weiterer Bestandteil dieser Politik. In Dschibuti befinden sich militärische Einrichtungen, die von mehreren internationalen Partnern betrieben werden, darunter die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, China, Japan und Italien. Diese Kooperationen dienen der maritimen Sicherheit, der Terrorismusbekämpfung, der humanitären Hilfe, der Katastrophenhilfe und dem Krisenmanagement und spiegeln zugleich das Vertrauen in die Stabilität und strategische Zuverlässigkeit Dschibutis wider.



S. E. Abdoulkader Houssein Omar ist Minister für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit und Regierungssprecher der Republik Dschibuti.

FOTO: BOTSCHAFT DER REPUBLIK DSCHIBUTI BERLIN

Die maritime Sicherheit im Roten Meer und im Golf von Aden ist von besonderer Bedeutung. Die Region sollte vor Stellvertreterkonflikten geschützt werden, die von Ländern ausgelöst werden, die nicht an diese Wasserstraße grenzen, während gleichzeitig der freie Personen- und Warenverkehr gewährleistet bleibt. Solche Rivalitäten können erhebliche Auswirkungen auf die Meerenge von Bab al-Mandab haben, die zu den sensibelsten Seewegen der Welt zählt. Bedrohungen wie Piraterie, illegaler Handel, Terrorismus und Angriffe auf die Schifffahrt haben zudem internationale Zusammenarbeit unumgänglich gemacht.

Die Republik Dschibuti und die Europäische Union pflegen eine strategische Partnerschaft und arbeiten in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen eng zusammen. Wir sind besonders dankbar für Deutschlands Beitrag zum Europäischen Entwicklungsfonds, der maßgeblich zur Entwicklung mehrerer Infrastrukturprojekte in Dschibuti beigetragen hat. Dschibuti seinerseits unterstützt Initiativen wie die Operation Atalanta und die Operation Aspides, da die Sicherung des maritimen Korridors für die regionalen Volkswirtschaften und den globalen Handel von entscheidender Bedeutung ist.

Das humanitäre Engagement Dschibutis ist Teil derselben Sicherheitslogik. Das Land nimmt seit langem Flüchtlinge aus Somalia, Äthiopien, Eritrea, dem Jemen und anderen Staaten auf und arbei-

„Dschibuti befürwortet eine stärkere Rolle Deutschlands bei der Entwicklung der Infrastruktur."

tet eng mit internationalen Organisationen zusammen, um vertriebene Bevölkerungsgruppen zu schützen. Aus Sicht Dschibutis ist humanitäres Handeln nicht von der Friedenskonsolidierung zu trennen; es ist vielmehr eine ihrer zentralen Ausdrucksformen. Mein Land spricht den Partnerländern und vor allem Deutschland seine Anerkennung für die Unterstützung bei der Migration und der besseren Steuerung von Migrant:innen und Geflüchteten aus, wobei die Aufnahmegemeinschaften einbezogen werden.

Steigende Temperaturen, Dürren, Wasserknappheit und Umweltzerstörung setzen die Lebensgrundlagen unter Druck und können die Instabilität verschärfen. Dschibuti stellt daher Klimaresilienz, erneuerbare Energien, Wassermanagement und nachhaltige Infrastruktur in den Mittelpunkt seiner Entwicklungsstrategie.

UNSERE VISION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DSCHIBUTI UND DEUTSCHLAND

Aus Sicht der dschibutischen Regierung gewinnen die Beziehungen zwischen Dschibuti und Deutschland an Bedeutung und bergen beträchtliches Potenzial. Sie gründen auf gemeinsamen Werten wie der Achtung der Souveränität, der Unterstützung einer friedlichen Konfliktlösung und einem festen Bekenntnis zum Multilateralismus. Die Beziehungen haben sich in den letzten Jahren intensiviert, insbesondere nach der Eröffnung von Botschaften in beiden Ländern. Dies hat einen direkteren Rahmen für Dialog und Zusammenarbeit geschaffen und eine strukturiertere Entwicklung der Partnerschaft ermöglicht. Wir betrachten Deutschland als wichtigen Partner und schätzen seine konstruktive Rolle in internationalen Angelegenheiten. Es besteht aber weiterhin erheblicher Spielraum für eine Vertiefung der Zusammenarbeit. Beide Länder stehen vor gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Stabilität, Entwicklung und Klimawandel, wodurch die Partnerschaft über die traditionelle Diplomatie hinaus praktische Bedeutung erlangt.

Dschibuti befürwortet zudem eine stärkere Rolle Deutschlands bei der Infrastrukturentwicklung, insbesondere bei Projekten, die im Rahmen der *Horn of Africa Initiative* die Anbindung, den Handel und das langfristige regionale Wachstum fördern. Das DESSU-Korridorabkommen (Dschibuti-Äthiopien-Südsudan-Uganda) verdeutlicht die Bedeutung grenzüberschreitender Infrastruktur, die die wirtschaftliche Integration und den regionalen Handel fördert. Die Unterstützung durch Geberländer, insbesondere Deutschland, würde dazu beitragen, diese Initiative in die Tat umzusetzen. Eine stärkere Beteiligung deutscher Unternehmen an solchen Projekten könnte nicht nur zur regionalen Stabilität und zum Wirtschaftswachstum beitragen, die Firmen könnten auch von den Chancen profitieren, die sich aus den expandierenden Märkten und der zunehmenden Vernetzung der Region ergeben.

Wir begrüßen Deutschlands wichtige Beiträge zur multilateralen Zusammenarbeit und teilen die Überzeugung, dass globale Herausforderungen gemeinsame Antworten erfordern. Sowohl Dschibuti als auch Deutschland erkennen den Wert einer regelbasierten internationalen Zusammenarbeit an, was eine solide Grundlage für eine vertiefte Zusammenarbeit bildet.

Über die Beziehungen zwischen den Regierungen hinaus besteht ein erhebliches Potenzial zur Stärkung der zwischenmenschlichen Beziehungen. Studierendenaustausch, erweiterte Programme zur beruflichen Bildung und zur Förderung der Mobilität sowie eine engere Zusammenarbeit im Bildungsbereich würden dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und dauerhafte Verbindungen zwischen unseren Gesellschaften zu schaffen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Beziehungen zwischen Dschibuti und Deutschland bereits positiv entwickeln, ihr größtes Potenzial jedoch noch ungenutzt bleibt. Dschibuti bekräftigt zudem seinen Wunsch, als Partnerland Deutschlands anerkannt zu werden, und strebt einen Ausbau der direkten bilateralen Zusammenarbeit an. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, verbunden mit einem stärkeren Engagement bei Investitionen und in der Wirtschaft, würde erhebliche Chancen bieten, vor allem in Sektoren wie Logistik, Infrastruktur, erneuerbaren Energien und Dienstleistungen. Dschibuti bietet ein stabiles und strategisch günstig gelegenes Umfeld für eine Partnerschaft. Deutsches Fachwissen und deutsche Investitionen könnten einen großen Beitrag zum gemeinsamen Wachstum leisten. ■

Das Muster durchbrechen

Die Spannungen am Horn von Afrika lassen sich nur lösen, wenn externe Akteure auf Stabilisierung setzen, statt die Lage auszunutzen. Ein Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur in der Region.

VON ABDETA BEYENE

Das Horn von Afrika, also Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, der Südsudan und der Sudan, dient seit Jahrhunderten als Knotenpunkt zwischen Afrika, dem Nahen Osten, dem Indischen Ozean und dem Mittelmeer. Diese Lage verleiht der Region eine strategische Bedeutung, bringt jedoch auch sicherheitspolitische Herausforderungen mit sich, vor allem das Fehlen eines umfassenden Konzepts für die Aufteilung der Nilwasserressourcen. Die einst auf Handel und Migration beschränkten Beziehungen zu den Golfstaaten sind inzwischen zu einer strategischen Verbindung gegenseitiger Abhängigkeiten geworden und haben das Horn von Afrika und die Golfregion zu einem geopolitischen Raum verschmelzen lassen.

Die Frage der Staatlichkeit ist im gesamten Horn von Afrika nach wie vor umstritten. Koloniale Grenzen, Bürgerkriege und fragile postkoloniale Vereinbarungen hinterließen ungelöste Fragen hinsichtlich Identität, Staatsbürgerschaft und territorialer Legitimität – was sich in der Entstehung Eritreas und des Südsudans sowie im ungeklärten Status Somalilands widerspiegelt. Die Regierungen wechseln seit langem zwischen Allianzen und Stellvertreterkriegen hin und her, wobei sie die inneren Spaltungen ihrer Nachbarn ausnutzen, während innenpolitische Krisen durch ein Geflecht aus Interventionen und Gegeninterventionen regelmäßig regionale Ausmaße annehmen. Aufeinanderfolgende Wellen des Wettbewerbs zwischen den Großmächten, vor allem die Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges, verschärften lokale Konflikte und verknüpften sie mit globalen Auseinandersetzungen – ein Muster, das seitdem fortbesteht.

HEUTE IST DIE REGION am Horn von Afrika erneut Schauplatz eines Wettbewerbs zwischen Weltmächten, Golfstaaten und selbstbewussten Mittelmächten, wobei die Rivalität um Häfen, Stützpunkte, Handelskorridore und Energieressourcen ihre strategische Bedeutung erhöht. China hat sich durch Infrastrukturinvestitionen, Hafenausbau und seinen ersten ausländischen Militärstützpunkt in Dschibuti etabliert und bietet eine Alternative zum westlichen Engagement, das als inkonsequent oder mit zu vielen Auflagen verbunden angesehen wird. Die USA legen den Schwerpunkt auf maritime Sicherheit und Terrorismusbekämpfung, stehen jedoch vor der Herausforderung, dass die Staaten am Horn von Afrika zunehmend auf eine Politik multipler Partnerschaften setzen. Russland verfolgt durch Militärdiplomatie eine Strategie kostengünstigen Einflussgewinns. Europa mit seinem Fokus auf Migration und Krisenmanagement riskiert eine strategische Marginalisierung, da China, die Golfstaaten und die Türkei sicherheitspolitisches Engagement mit offensiven wirtschaftlichen Investitionen verbinden.

Die IGAD, gegründet, um Dürre und Wüstenbildung zu bekämpfen, war nie für die aktuellen Belastungen ausgelegt. Sie wird allgemein nicht mehr als fähig angesehen, diese zu bewältigen, was die regionale Ordnung unhaltbar macht. Die Frage des Seezugangs für Binnenstaaten, insbesondere Äthiopiens Forderungen nach einem garantierten Zugang zum Roten Meer, hat sich zu einem politisch hochsensiblen Konfliktpunkt entwickelt. Die Küstenstaaten sehen darin nicht den Versuch, einen strukturellen geografischen Nachteil auszugleichen, sondern ein Druckmittel, das ihre Souveränität infrage stellt. Eritrea hat das Thema zu einer Sicherheitsfrage gemacht, indem es sich mit Ägypten und anderen verbündet hat. Dadurch wurde ein regionaler Konfliktgegenstand faktisch an Mächte delegiert, deren Interessen weit über das Horn hinausgehen, was eine innerregionale Einigung erschwert. Ägypten hat die Ängste von Äthiopiens Nachbarstaaten ausgenutzt, um die Macht

Äthiopiens einzuschränken und seinen Anteil am Nilwasser zu sichern. Der Sudan befindet sich in einer internen Krise, in der Regional- und Mittelmächte darum konkurrieren, den Ausgang zu beeinflussen. Der Golf ist durch Investitionen in Infrastruktur weit über die herkömmliche Diplomatie hinaus mit dem Horn von Afrika verflochten.

Es hat sich ein wiederkehrendes und folgenschweres Muster herauskristallisiert: Die Staaten am Horn, mit Herausforderungen konfrontiert, denen sie nicht allein begegnen können, ziehen außerregionale Akteure immer tiefer in lokale Auseinandersetzungen hinein und erzielen damit kurzfristige taktische Gewinne auf Kosten langfristiger Souveränität. Was als Bündnis zur Behebung eines Missstands oder zur Eindämmung eines Rivalen beginnt, führt zu einer tieferen Verankerung externer Akteure. Der Nil und das Rote Meer haben sich zu miteinander verbundenen Konfliktfeldern entwickelt, die Spannungen verknüpfen, die ansonsten getrennt gelöst werden könnten. Gleichzeitig erschwert die Tiefe der externen Einmischung jede Verhandlung über neue Arrangements erheblich.

IM ZENTRUM der regionalen Ordnung steht Äthiopien als der einflussreichste Staat des Horns aufgrund seines demografischen Gewichts, seiner militärischen Kapazitäten, seines wirtschaftlichen Potenzials und seiner diplomatischen Rolle. Doch seine Fähigkeit, als regionaler Anker zu fungieren, wird durch tief verwurzelte interne Konflikte, sich verschlechternde Beziehungen zu den Nachbarn und eskalierende Spannungen mit Ägypten sowohl um den Nil als auch um das Rote Meer stark eingeschränkt. Diese Schwachstellen eröffnen externen Akteuren Möglichkeiten zur Einflussnahme und verwandeln Äthiopiens innenpolitische Instabilität in eine Variable von regionaler und geopolitischer Tragweite.

Um diesen Belastungen zu begegnen, sind Veränderungen auf mehreren Ebenen erforderlich. Auf regionaler Ebene muss die IGAD reformiert werden. Dazu gehören eine Konfliktfrühwarneinheit mit echter operativer Autorität sowie ein permanenter Mechanismus, der wasserbezogene Fragen in einem gemeinsamen diplomatischen Rahmen bündelt. Zudem sollte die Mitgliedschaft Konsultationen vor externen militärischen Basisvereinbarungen vorschreiben. Ein hochrangiger Gipfel sollte schließlich den Seezugang als wirtschaftliche und infrastrukturelle Verhandlungsfrage und nicht als Territorialstreit rahmen.

Auf bilateraler Ebene könnten reguläre Kommunikationskanäle zwischen den Streitkräften sowie Kommissionen für Wirtschaftskorridore Anreize für die Zusammenarbeit schaffen, ohne dass umfassende politische Einigungen als Vorbedingungen erforderlich wären. Das Engagement externer Akteure muss auf Stabilisierung statt auf Ausnutzung ausgerichtet sein. Die USA sollten ihre Politik gegenüber dem Horn von Afrika von ihrer auf Ägypten zentrierten Nahost-Strategie entkoppeln und Äthiopien als legitimen zentralen Ansprechpartner behandeln. Zugleich sollten sie ihren Einfluss auf Kairo nutzen, um konstruktives Verhalten zu fördern. Darüber hinaus sollten sie die IGAD wieder stärken, anstatt sich auf bilaterale Vereinbarungen zu stützen, die regionale Institutionen umgehen. Die EU sollte sich statt auf das Krisenmanagement auf einen Pakt zur regionalen wirtschaftlichen Integration konzentrieren. Dies würde bedeuten, Investitionen und Entwicklungsfinanzierung im Rahmen der *Horn of Africa Initiative* an messbare Ziele der Zusammenarbeit zu binden und gleichzeitig ihre neutrale Position zu nutzen, um den Dialog über den Seezugang zu fördern. Die Golfstaaten, vor allem Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, sollten Investitionen über transparente, mit der IGAD abgestimmte Rahmenbedingungen lenken und ihren Einfluss nutzen, um den Dialog zu fördern, anstatt rivalisierende Blöcke zu verfestigen.

Die Zukunft des Horns wird davon abhängen, ob seine politischen Führungen begreifen, dass Souveränität nicht mehr allein durch unilaterale Machtausübung bewahrt werden kann, und ob externe Akteure einen längeren strategischen Horizont verfolgen, statt sich von kurzfristigen Interessen leiten zu lassen. Die Neugestaltung der politischen und sicherheitspolitischen Architektur des Horns ist möglicherweise weniger eine Wahlmöglichkeit als vielmehr eine historische Notwendigkeit. Ein stabiles, integriertes Horn von Afrika, das sein sicherheitspolitisches Umfeld selbst steuern kann, ist keine Bedrohung für externe Interessen – es ist die Bedingung, unter der diese Interessen am verlässlichsten und nachhaltigsten gefördert werden können.

Dr. Abdeta Dribssa Beyene ist Politikwissenschaftler und Direktor des Centre for Dialogue, Research and Cooperation (CDRC) in Addis Abeba.

Engagement ohne Illusionen

Wenn Regime zeigen, wer sie sind, sollte man ihnen glauben. Doch die europäische Politik übersieht die systematische autoritäre Konsolidierung im Sahel. Das muss sich ändern.

VON ORNELLA MODERAN

In europäischen Politikkreisen zeichnet sich ein neuer Konsens zum Sahel ab: Die bisherigen Misserfolge sind in erster Linie auf einen falschen Ansatz zurückzuführen, erforderlich ist nun ein gezielteres, wettbewerbsfähigeres und wirklich bedarfsorientiertes Engagement. „Ein besseres Angebot machen" scheint sich zur neuen Leitidee zu entwickeln. Dahinter steht das Eingeständnis, dass Europa gegenüber Russland, China und den Golfstaaten an Boden verloren hat und die Rückgewinnung seiner Relevanz eine andere Ansprache und konkretere Ergebnisse erfordert. Die Kritik ist berechtigt. Das europäische Engagement in der Sahelzone war allzu oft paternalistisch, inkohärent und einseitig. Ein selbstbewussterer, stärker an den Bedürfnissen der Partner ausgerichteter Ansatz wäre eine echte Verbesserung. Doch das Konzept des „besseren Angebots" beruht auf einer kaum hinterfragten Annahme: dass die politischen Ordnungen, die sich in Mali, Burkina Faso und Niger herausbilden, noch offen genug sind, damit ein solches Angebot überhaupt relevant sein könnte. Diese Annahme ist kein Ausdruck von politischem Pragmatismus. Sie zeugt vielmehr von einem Unvermögen, die autoritäre Konsolidierung als das zu erkennen, was sie ist – und führt zu einer Außenpolitik, die sich an einer Lage orientiert, die eher erhofft als durch die vorliegenden Erkenntnisse gestützt wird.



Hauptmann Ibrahim Traoré regiert Burkina Faso seit seinem Staatsstreich im Herbst 2022.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS

DIE EUROPÄISCHE POLITIK bewertet die Fakten weiterhin anhand einer falschen Interpretationshierarchie. Allzu oft werden die noch bestehenden formalen Institutionen – Übergangsparlamente, Menschenrechtskommissionen, Antikorruptionsbehörden – als Indikatoren für eine anhaltende politische Offenheit gewertet. Die systematische Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums wird dagegen als erschwerender Faktor eingestuft, als Hintergrundrauschen in einer ansonsten beherrschbaren Lage. Diese Lesart ist rückwärtsgewandt.

INSTITUTIONEN, denen die Fähigkeit zur unabhängigen Kontrolle genommen wurde, in die loyale Personen berufen werden und die von jeglichem nennenswerten Druck der Zivilgesellschaft abgeschirmt sind, zeugen nicht von einer politischen Ordnung, die für eine partnerschaftliche Regierungsführung offen ist. Sie sind nur eine Fassade. Unterdessen wurden in Mali, Burkina Faso und Niger unabhängige Medien eingestellt oder aufgelöst, Organisationen der Zivilgesellschaft sehen sich mit administrativen und finanziellen Einschränkungen konfrontiert und Journalist:innen, Aktivist:innen und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich den Regimen widersetzt haben, sind verschwunden, wurden verhaftet, zwangsweise eingezogen oder ins Exil getrieben.

Die Staats- und Regierungschefs der Allianz der Sahelstaaten (AES; bestehend aus Burkina Faso, Mali und Niger, gegründet 2023, Anm. d. R.) haben ihre politische Vision stets klar und konsequent zum Ausdruck gebracht: eine Vision, in der Souveränität und Sicherheit Vorrang vor Pluralismus oder einer partizipativen Regierung haben. In Burkina Faso forderte Hauptmann Ibrahim Traoré sein Volk unmissverständlich auf, „die Demokratie zu vergessen". Dabei handelt es sich nicht um bloße Rhetorik. Es ist ein

politisches Programm, das durch politische Entscheidungen und konkretes Handeln systematisch umgesetzt wird. Die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums ist kein Rauschen, das ein Signal teilweiser Offenheit überlagert. Sie ist das Signal selbst. Sie verrät uns – zuverlässiger als jede formale institutionelle Architektur –, welche Art von politischer Ordnung gerade entsteht und welche Rolle externes Engagement darin spielen soll. Erklärungsbedürftig ist vielmehr die beharrliche Vorliebe vieler europäischer Akteure, die Fassade über die tatsächlichen Signale zu stellen – eine Form analytischer Selbstvergewisserung, die die Annahme der eigenen Relevanz und der Tragfähigkeit der eigenen Instrumente trotz gegenteiliger Befunde bewahrt.

SELBST WENN man diese Einschätzung akzeptiert, stößt die Logik des „besseren Angebots" auf ein strukturelles Problem: Sie geht davon aus, dass der Unterschied in erster Linie im Preis, in der Präsentation oder in der Lieferung liegt. Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache.Der Reiz des russischen Sicherheitsengagements liegt nicht in seinen Kosten oder seiner operativen Wirksamkeit, sondern in seinen politischen Rahmenbedingungen. Russische Auftragnehmer agieren ohne Rechenschaftspflichten, ohne Auflagen zum Schutz der Zivilbevölkerung, ohne zivilgesellschaftliche Ansprechpartner:innen und mit großer Flexibilität, um den machtpolitischen Interessen des jeweiligen Regimes zu dienen. Das ist keine Lücke in der europäischen Kommunikationsstrategie. Es handelt sich um ein anderes politisches Produkt, das für andere politische Zwecke konzipiert wurde und gerade wegen der Eigenschaften geschätzt wird, die das europäische Engagement nicht nachahmen kann.

Darüber hinaus existiert eine Dimension dieser Annäherung, die in der europäischen Analyse bisher nur zögerlich benannt wurde. Diese Regime stützen sich auf ein spezifisches Verständnis männlicher Autorität und zivilisatorischen Widerstands gegen das, was sie als westlichen normativen Imperialismus bezeichnen – einschließlich der Rahmenbedingungen für die Gleichstellung der Geschlechter und demokratischer Auflagen. Dies wird an anderer Stelle als „Politik der Männlichkeit" beschrieben und spiegelt eine echte ideologische Affinität zu Russlands eigener Positionierung wider, nicht nur opportunistische Rhetorik. Europa kann und sollte wohl auch nicht unter diesen Bedingungen konkurrieren. Doch es muss ihnen Rechnung tragen – denn sie bedeuten, dass die Kluft zwischen dem, was Europas „besseres Angebot" plausibel leisten kann, und dem, was diese Regime strukturell anzustreben geneigt sind, nicht in erster Linie eine Frage europäischer Anstrengung oder Kreativität ist.

NICHTS DAVON spricht dafür, die Sahelzone aufzugeben oder sich auf eine Art von strafendem Rückzug einzulassen, der der Bevölkerung am wenigsten nützen würde. Ein Engagement bleibt notwendig. Es besteht jedoch ein entscheidender Unterschied zwischen der Aufrechterhaltung des Engagements und der Aufrechterhaltung von Illusionen darüber, was dieses Engagement bewirken kann und mit wem es tatsächlich durchgeführt wird. Echter Pragmatismus erfordert die Einsicht, dass die Grundlage eines tragfähigen transaktionalen Ansatzes selbst brüchig ist – nicht nur, weil die Bedingungen schwierig sind, sondern weil sich die politischen Ordnungen im Sahel bewusst gegen das Konzept wenden, auf das europäische Kooperation ausgelegt ist. Die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums nur als Hintergrundrauschen zu deuten und Institutionen, die es nur als Fassade gibt, als Zeichen der Offenheit, hilft weder den europäischen Interessen noch den Menschen der Sahelzone. Deren Grundrechte zählen zu den ersten und am nachhaltigsten beeinträchtigten Opfern der Ordnung, an die sich europäische Politik zunehmend anpassen soll.

„Institutionen, die es nur als Fassade gibt, sollte man nicht als Zeichen der Offenheit deuten."

Wenn Regime zeigen, wie sie wirklich sind, besteht die analytisch ehrliche Reaktion darin, ihnen zu glauben – und auf dieser Grundlage Politik zu gestalten. Ein anders gestaltetes Angebot ist kein Pragmatismus. Es ist die teuerste Form von Wunschdenken.



Ornella Moderan ist Regionaldirektorin des Institute for Security Studies (ISS) für den Sahel, das Tschadseebecken, Westafrika und Zentralafrika.

FOTO: PRIVAT

Mehr deutsches Militär in Afrika?

Deutschland ist auf dem afrikanischen Kontinent militärisch kaum noch präsent. Das könnte ein Fehler sein, meint ein Historiker und Militärexperte.

VON TORSTEN KONOPKA

Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent ist ein Rückgang des multinationalen militärischen Konfliktmanagements zu sehen. Nicht, weil es weniger Krisen gäbe: Für das Jahr 2025 zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung hier 13 Kriege und 14 begrenzte Kriege (*limited wars*) – so viele wie in keiner anderen Region der Welt. Die großen Industrienationen, in erster Linie die USA, zeigen schlicht weniger Bereitschaft zur multilateralen Konfliktregulierung und ihrer Finanzierung. Betroffen hiervon sind vor allem Missionen der Vereinten Nationen (VN). Aufgrund einer Liquiditätskrise der Weltorganisation mussten 2025 viele der verbliebenen Missionen Personalkürzungen von bis zu 25 Prozent hinnehmen, bei nicht minderer Konflikt- und Auftragslage.

Rückläufig auf dem afrikanischen Kontinent ist auch das deutsche militärische Engagement. Seitdem die Beteiligungen an der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali bzw. der VN-Mission MINUSMA nach zwei Militärputschen in Mali und dem Zerwürfnis mit den neuen Machthabern 2023 endeten, ist die Bundeswehr gegenwärtig nur noch an zwei multinationalen Missionen auf dem afrikanischen Kontinent dauerhaft beteiligt: mit aktuell drei Militärs an der VN-Mission MINURSO in der Westsahara und mit zehn an der VN-Mission UNMISS im Südsudan. Hinzu kommen Beteiligungen in den Stäben der EU-Marinemissionen EUNAVFOR MED Irini im Mittelmeer und der EUNAVFOR Aspides im Roten Meer.

Zwar fand im Frühjahr 2026 erstmals eine mehrwöchige Ausbildung für die Streitkräfte Ghanas unter dem Dach der *EU Security and Defence Initiative in the Gulf of Guinea* statt, die anderen EU-Militärmissionen in bzw. vor der Küste Somalias, in der Zentralafrikanischen Republik oder in Mosambik werden aufgrund anderer militärpolitischer Prioritäten aktuell nicht mit deutschem Militärpersonal unterstützt. Spätestens seit 2022 liegt der Fokus der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der Landes- und Bündnisverteidigung in Mittel- und Osteuropa. Die „Ära der großen Auslandseinsätze" scheint für die Bundeswehr vorbei zu sein. Da sich wohl auch künftig Krisen und Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent ereignen werden, täten die Bundesressorts jedoch gut daran, ihre Expertise in diesem Bereich zu erhalten und weiterhin eigenes Personal zu entsenden. Dies gilt sowohl im Rahmen multinationaler Missionen als auch durch umfangreichere bilaterale Ausbildungsvorhaben, die über die in einigen Ländern bereits etablierten Bundeswehrberatergruppen hinausgehen. Beides entspricht dem deutschen Interesse.

DIE PRÄSENZ eigenen militärischen Personals in der Region schafft Zugänge zu afrikanischen Streitkräften und Administrationen, sie hilft beim Verständnis lokaler Begebenheiten und dient der Pflege etablierter Gesprächskanäle. Insbesondere vor dem Hintergrund möglicher nationaler Evakuierungsmaßnahmen deutscher Staatsangehöriger im Ausland – ein Kernauftrag der Bundeswehr – sind diese Aspekte von großer Bedeutung für die Bundesressorts. Der Einsatz eigenen Personals hilft bei der Verdichtung des nationalen Lagebilds, da Informationen aus erster Hand und nicht nur durch Dritte übermittelt werden können. Jede entsandte Person ist Sensor und Multiplikator, die für das Verständnis ferner Er-

„Ein größeres Engagement wäre ein Zeichen der Solidarität."

eignisse genutzt werden kann. Auslandsentsendungen helfen dabei, Konfliktdynamiken besser zu verstehen. Auch wenn sich aktuell die größten Innovationen der Kriegführung in der Ukraine ereignen, zeigen sich auch in den Sahelstaaten oder im Sudan Veränderungen in der Kampfweise, die es aus sicherheits- und verteidigungspolitischer Sicht zu analysieren gilt.

Beteiligungen am internationalen Krisenmanagement auf dem afrikanischen Kontinent bzw. bilaterale Ausbildungsvorhaben und größere Engagements an dortigen Trainingszentren können auch als erweiterte Landes- und Bündnisverteidigung verstanden werden. Dort, wo eigenes Personal im Einsatz ist, bleibt der Einfluss anderer Akteure begrenzt, weil für Gastländer alternative Wahlmöglichkeiten bestehen. Alternativen, die im deutschen und europäischen Interesse liegen, können wiederum nur ernsthaft angeboten werden, wenn eigene Kräfte vor Ort sind und Regierungen nicht nur durch Kritik von außen auffallen.

Eine sichtbare regionale Präsenz wäre auch ein Signal an Verbündete, Partner und Kontrahenten, dass Afrika von Bedeutung bleibt. Ein größeres Engagement in VN-Missionen könnte ein Zeichen der Solidarität mit den überwiegend afrikanischen und asiatischen Ländern sein, die den Großteil der VN-Truppen stellen. Truppenentsendungen könnten so ein Instrument sein, um das in den letzten Jahren durch die Anwendung doppelter Standards bei vielen afrikanischen Staaten verspielte Ansehen Deutschlands zu verbessern und sich vor allem im Rahmen der VN-Generalversammlung politische Unterstützung für eigene Maßnahmen zu sichern. Ausdrücklich keine Blaupause sollte dabei die deutsche Beteiligung an der VN-Mission MINUSMA in Mali sein. Hier fuhren Deutschland und einige andere europäische Nationen praktisch eine *„mission within the mission“*. Abgegrenzt von den meist afrikanischen und asiatischen Truppenstellern in einem eigenen Camp in Gao lebend, bewegten sie sich im Unterschied zu vielen anderen Nicht-NATO-Staaten und im Gegensatz zu den VN-Gepflogenheiten nur selten in weiß lackierten Fahrzeugen bzw. trugen kaum deren blaue Kopfbedeckungen und mieden trotz bester Ausrüstung besonders risikoreiche Aufgaben der Mission.

EIN VERSTÄRKTES Engagement im Rahmen der schon laufenden EU-Missionen wäre ein Zeichen an die südeuropäischen Länder, deren sicherheitspolitischer Fokus traditionell immer stärker gen Süden denn in Richtung Osten ging, deren Unterstützung sich die Bundesregierung bei ihrer (Ost-)Europapolitik aber gewiss sein möchte. Auch wenn die EU-Ausbildungsmission in Mali aus deutscher und europäischer Sicht unbefriedigend endete – was in erster Linie an der Weigerung der europäischen Staaten lag, den Forderungen der malischen Administration zu entsprechen –, war die EUTM Mali ein wirklich europäisches Projekt. Mit 22 beteiligten EU-Ländern wurde dort europäische Zusammenarbeit gelebt und wurden die individuellen Grundfertigkeiten der malischen Soldaten durchaus verbessert.

Selbstverständlich wäre ein stärkeres deutsches militärisches Engagement in Afrika mit Kosten



Ausbilder der Bundeswehr mit malischen Soldaten 2021 in Sévaré, Mali.

verbunden. Jede Entsendung von Personal erfordert Ressourcen, die nicht gleichzeitig an anderer Stelle eingesetzt werden können. Insbesondere das Bundesministerium der Verteidigung müsste hier mehr Bereitschaft zeigen, liegt sein Fokus doch primär in Europa. Mit in die Kalkulation einfließen sollte jedoch auch, dass Prävention und sogenannte „Friedensmissionen“ positive Effekte haben können und letztlich wohl günstiger sein dürften als die Folgen, die langwierige Konflikte mit sich bringen. Wenn afrikanische Akteure daher um eine größere deutsche Truppenpräsenz auf dem Kontinent bitten, sollten sich die Bundesressorts, aber auch die deutsche Gesellschaft, diesen Wünschen nicht grundsätzlich verschließen. Voraussetzung dafür muss natürlich die Bereitschaft sein, die damit verbundenen Risiken voll zu tragen. Andernfalls sollte auf jede Einmischung verzichtet werden.



Dr. Torsten Konopka ist Lehrbeauftragter an der Professur Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam. Der Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.

FOTOS: BUNDESWEHR/MARC TESSENSOHN, PRIVAT

Keine isolierte Tragödie

Der Krieg im Sudan ist auch ein Test dafür, ob die Welt ihre rechtlichen Verpflichtungen einhält. Aus sudanesischer Sicht trägt Deutschland, das Land der Nürnberger Prozesse, eine besondere Verantwortung für die Wahrung der internationalen Gerechtigkeit.

VON EIMAN SEIFELDIN

Der Konflikt im Sudan stellt die Glaubwürdigkeit des internationalen Systems auf eine harte Probe. Während die Zivilbevölkerung in Nyala, El Geneina und El Fasher Massakern, Hunger und Massenvertreibungen ausgesetzt war, trafen sich die Weltmächte in Washington, London, Paris und Berlin – oft ohne nennenswerte sudanesische Vertretung. Obwohl diese Konferenzen als diplomatische Meilensteine dargestellt wurden, fielen sie mit schweren Gräueltaten während des Konflikts zusammen. Die Ausgrenzung sudanesischer Standpunkte hat bis heute schwerwiegende Folgen.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels wird die Stadt El Obeid belagert, wodurch mehr als eine Million Menschen aus der Zivilbevölkerung in unmittelbarer Gefahr sind. Diese Situation folgt einem erschreckend vertrauten Muster: Einkreisung, Aushungerung, wahllose Angriffe und das Ausbleiben einer internationalen Reaktion. Die Katastrophe, die El Fasher heimgesucht hat, droht sich zu wiederholen.

„Der Krieg hat auch eine wirtschaftliche Dimension."

Als ein Land, das die Nachkriegsordnung des Völkerrechts entscheidend mitgeprägt hat, trägt Deutschland hier eine besondere Verantwortung. Die Nürnberger Prinzipien, wonach Massenverbrechen nicht ungesühnt bleiben dürfen, sind ein wesentlicher Teil des historischen Erbes Deutschlands. Dennoch merkten sudanesische Beobachter:innen an, dass es der deutschen Führungsrolle auf der Berliner Konferenz an der notwendigen Dringlichkeit und moralischen Klarheit mangelte. Trotz zunehmender Beweise für Gräueltaten haben Deutschland und andere Staaten keine entschlossenen Maßnahmen ergriffen, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für die Gewalt in Darfur und darüber hinaus verantwortlich sind, die den Tatbestand des Völkermords erfüllt. Die Verzögerung der Strafverfolgung vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) ist eine Rechtsverweigerung gegenüber dem sudanesischen Volk. Für viele Sudanes:innen bedeutet diese Situation nicht nur ein diplomatisches Versagen, sondern auch einen Verrat an den Prinzipien, zu deren Einhaltung sich Deutschland bekennt.

SUDANESISCHE Gemeinschaften und Expertengremien der Vereinten Nationen haben erhebliche Bedenken hinsichtlich der ausländischen Unterstützung für bewaffnete Gruppen, insbesondere für die *Rapid Support Forces* (RSF), geäußert. Ermittlungen und Zeugenaussagen deuten darauf hin, dass die Vereinigten Arabischen Emirate den RSF wahrscheinlich mit Waffen, Söldnern und logistischer Unterstützung helfen und politische Rückendeckung gewähren, ebenso wie andere Staaten, die den Transfer von Waffen oder finanziellen Mitteln erleichtern. Dennoch beteiligen sich diese Staaten weiterhin an internationalen Diskussionen über die Zukunft des Sudan. Diese Situation vermittelt eine gefährliche Botschaft: Regierungen können Konflikte schüren und zu Massengräueln beitragen und dennoch als legitime Teilnehmer an Friedensverhandlungen angesehen werden.

Der Krieg hat zudem die wirtschaftliche Dimension des Konflikts offenbart, die das internationale Engagement im Sudan prägt. Viele externe Akteure haben strategische Interessen an den sudanesischen Goldvorkommen, an Land und an den Handelswegen. Dies schafft Anreize für Waffenlieferanten, ausländische Regierungen und private Netzwerke, von der Instabilität zu

„Wenn das Völkerrecht missachtet wird, wird Völkermord zur Normalität."

profitieren. In diesem System wird das Leben der sudanesischen Menschen zum Kollateralschaden im Streben nach Ressourcen und geopolitischem Einfluss.

DIE REAKTION der internationalen Gemeinschaft auf die Lage im Sudan verdeutlicht eine gravierende Krise: den Verfall der globalen Rechtsordnung. Rahmenwerke, die zur Verhinderung von Gräueltaten geschaffen wurden – darunter die Genfer Konventionen, die Völkermordkonvention und das Prinzip der Schutzverantwortung – werden missachtet. Wenn einflussreiche Staaten diese Rahmenwerke ignorieren, breitet sich Straflosigkeit aus, Kriegsverbrechen bleiben ungestraft, und Menschenrechtskonventionen verlieren an Bedeutung und Wirksamkeit. Infolgedessen bleibt die Zivilgesellschaft ungeschützt, und die Glaubwürdigkeit globaler Institutionen wird untergraben.

Die Folgen einer Missachtung des Völkerrechts sind katastrophal. Sie führen dazu, dass Völkermord und Massengräuel zur Normalität werden, ermutigen bewaffnete Gruppen und Staaten, ohne Angst vor Konsequenzen zu handeln, und schwächen die Institutionen, die dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen sollen. Dies führt zu Instabilität, die sich über Grenzen hinweg ausbreitet und letztlich den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet. Der Sudan ist keine isolierte Tragödie; er ist eine Warnung davor, was geschieht, wenn die Welt ihre rechtlichen und moralischen Verpflichtungen aufgibt.



Gegen das Wegsehen: Demonstrierende erinnern in Nairobi an den dritten Jahrestag des Krieges in dem nordostafrikanischen Land.

Der Krieg im Sudan ist mehr als eine humanitäre Katastrophe. Er ist ein Test dafür, ob die globale Führung noch an Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und den Wert menschlichen Lebens glaubt. Deutschland wird zusammen mit anderen internationalen Akteuren dringend aufgefordert, sich entschlossen an die internationale Legitimität zu halten; es muss sich entscheiden, ob es die Prinzipien, die es zu verteidigen vorgibt, aufrechterhält oder zulässt, dass geopolitische Interessen die Menschenrechte überschatten. Die sudanesische Zivilbevölkerung hat einen Friedensprozess gefordert, der auf Gerechtigkeit und echter Repräsentation basiert. Sollte die globale Führung weiterhin die sudanesischen Perspektiven missachten und diejenigen schützen, die Milizen unterstützen, dürften die Auswirkungen weit über die Grenzen des Sudan hinausreichen.



Eiman Seifeldin ist Bildungswissenschaftlerin und interdisziplinäre Forscherin im Bereich der Umwelt- und Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt auf Fragilitätsdynamiken im Sudan und in Subsahara-Afrika.

FOTOS: PICTURE ALLIANCE/ANADOLU/LUCAS MUKASA, PRIVAT

Der lange Weg zum Frieden

Die Berliner Sudan-Konferenz hat wichtige diplomatische Impulse gesetzt. Doch ein Waffenstillstand scheint immer noch in weiter Ferne zu sein. Der frühere deutsche Botschafter im Sudan analysiert die Lage im Land und mögliche Zukunftsszenarien.

VON DAVID SCHWAKE

Als am 15. April 2023 Einheiten der Regierungsarmee *Sudanese Armed Forces* (SAF) und der paramilitärischen *Rapid Support Forces* (RSF) im Zentrum Khartums, unweit des Präsidentenpalastes und des internationalen Flughafens, militärische Auseinandersetzungen begannen, war etwas Präzedenzloses geschehen in der an kriegerischen Konflikten reichen Geschichte des Sudan: Erstmals kam es zu einem bewaffneten Konflikt in der Hauptstadt des Landes. Die Strategie der Eliten des Landes, Konflikte in der Peripherie auszutragen, die Hauptstadt aber aus diesen Kämpfen herauszuhalten, war gescheitert.



Das Konferenzzentrum *Friendship Hall* wurde bei den Kämpfen in der Hauptstadt Khartum stark beschädigt.

DREI JAHRE SPÄTER ist die Regierung zwar offiziell nach Khartum zurückgekehrt. Von einer Rückkehr zur Normalität kann aber angesichts der totalen Zerstörung der Hauptstadt nicht die Rede sein. Es gibt Überlegungen, das frühere Regierungsviertel vollkommen aufzugeben; nachts gleicht Khartum auch im Juli 2026 einer Geisterstadt. Die Trümmer in der Hauptstadt stehen sinnbildlich für die menschlich verheerende Bilanz dieses brutalen Konflikts: Rund 14 Millionen Menschen sind weiterhin entweder ins Ausland geflüchtet oder im Land vertrieben (Stand Juni 2026). Die bereits zurückgekehrten 4,1 Millionen Menschen finden häufig nur Ruinen vor; ihr dauerhafter Verbleib an ihren Heimatorten ist fraglich. Acht Millionen Kinder gehen nicht in die Schule, 30 Millionen Sudanesinnen und Sudanesen sind immer noch mehr oder weniger von humanitärer Hilfe abhängig, mehrere Hunderttausend sind von einer Hungersnot betroffen.

Die Kämpfe haben sich nach dem RSF-Blutbad von El Fasher Ende Oktober 2025 in die Kordofan-Staaten verlagert, ohne dass eine Partei dauerhaft die Oberhand zu gewinnen scheint; eine „militärische Lösung" ist auch mittelfristig eher unwahrscheinlich. RSF und SPLM/N haben in Blue Nile eine zweite Front eröffnet, die die SAF nicht ignorieren können, wollen sie nicht die im Rahmen der Offensive seit dem Herbst 2024 zurückgewonnenen Gebiete im Osten des Landes gefährden. Gleichzeitig eskaliert der Drohnenkrieg, der ohne viel Rücksicht auf zivile Opfer geführt wird.

Die Vermittlungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft stehen großen Herausforderungen gegenüber. Als positiv lässt sich festhalten, dass es mit Quad (USA, VAE, EGY, SDA) und Quintett (AU, EU, IGAD, VN, LAS) mittlerweile etablierte Formate gibt, die sich um einen Waffenstillstand (Quad) bzw. einen Dialog der zivilen Akteure (Quintett) bemühen. Beide, Quintett und Quad, nutzten die von Deutschland ausgerichtete Sudan-Konferenz am 15. April 2026, um ihre Ziele ein Stück weit voranzubringen: ein wichtiger Moment, in dem der Konflikt für eine kurze Zeit auch in Deutschland die Aufmerksamkeit bekam, die er verdient, und in dem es gelang, 1,5 Milliarden Euro – deutlich mehr als erwartet – an humanitärer Unterstützung für die Menschen im Sudan zu mobilisieren. Außerdem kam es nach der Konferenz zur Verabschiedung der sogenannten „Berliner Prinzipien für Sudan". Mehr als zwanzig im Sudan engagierte Staaten und Organisationen, vor allem Nachbarländer und regio-

FOTOS: PRIVAT

nale Akteure, forderten eine sofortige Waffenruhe sowie den Stopp der finanziellen und militärischen Unterstützung von außen.

Ob es dem Quintett gelingen wird, die zivilen Akteure auf eine Linie im Hinblick auf die Gestaltung der politischen Zukunft des Landes einzuschwören, während sich die Kriegsparteien, die zum Teil Sponsoren ebenjener Gruppen sind, täglich bekämpfen, ist eine offene Frage; leicht ist dieses Unterfangen nicht. Deutschland unterstützt die Bemühungen, denn eine bessere, inklusivere Alternative gibt es nicht. Zudem haben zivile Vertreterinnen und Vertreter in Berlin unter Vermittlung des Quintetts mit der erstmaligen Verabschiedung eines schriftlichen gemeinsamen Aufrufs zum Ende des Krieges eine wichtige Grundlage geschaffen, die nun in weiteren Dialogprozessen ausgestaltet werden soll.

EIN WAFFENSTILLSTAND könnte auch den politischen Dialog beflügeln. Zu einer solchen Waffenruhe sind aber zumindest die SAF bisher nicht bereit, sei es, weil sie die weitere Aufrüstung der RSF während einer Waffenruhe fürchten, oder aber weil die Weiterführung eines sie legitimierenden Krieges, des „War of Dignity", wie ihn General Burhan nennt, ihnen allemal attraktiver erscheint als die Unterschrift unter ein Abkommen, das keinerlei Aussagen über ihre politische Zukunft macht.

Der von der internationalen Gemeinschaft angedachte Weg zur Beendigung des Konflikts, also ein Waffenstillstand, gefolgt von einem politischen Prozess und der Einsetzung einer Übergangsregierung, die das Land unter anderem auf Wahlen vorbereiten würde, ist nur eines von mehreren möglichen Zukunftsszenarien. Auch die Fortsetzung der Kämpfe und die anschließende Teilung des Landes unter autoritären Vorzeichen sind möglich (Libyen-Szenario). Ein Zerfall der beiden Kriegsparteien und des Landes in eine Vielzahl von Milizen und ihre jeweiligen Herrschaftsbereiche (Somalia-Szenario) kann ebenfalls Plausibilität für sich beanspruchen. Auch die Bildung einer Allparteienregierung, welche die beiden Kriegsgegner, Burhan und Hemedti, an einem Kabinettstisch zusammenbringen (Südsudan-Szenario) und die Gefahr in sich bergen würde, dass der Krieg jederzeit wieder ausbrechen könnte, kann letztlich nicht ganz ausgeschlossen werden.

DIE MEINUNGEN über die tieferliegenden Gründe für den zurzeit größten Krieg auf dem afrikanischen Kontinent gehen weit auseinander: Für die einen ist er eine Auseinandersetzung zweier Generale um Macht, Einfluss und Ressourcen; dies leuchtete insbesondere in der Anfangsphase des Krieges ein.

Für die SAF, die Vereinten Nationen und weite Teile der arabischen Welt ist der Krieg im Sudan der Kampf einer legitimen Regierung gegen eine völkermordende Miliz, eine Erklärung, die insbesondere nach den Massentötungen der RSF in El Fasher im Oktober 2025 überzeugte, durch eigene Kriegsverbrechen der SAF aber immer wieder infrage gestellt wird.

„Somoud" und andere prodemokratische Gruppen wiederum begreifen den Krieg als den Versuch einer Konterrevolution, der dem demokratischen Neuanfang der *glorious revolution* von 2018/19 ein Ende setzen und das islamistische Regime aus der Zeit vor 2019 wiederherstellen soll.

Für viele Beobachter ist es ein Stellvertreterkrieg, in dem einflussreiche Staaten in der Region, etwa die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, ihre Gegensätze auf sudanesischem Boden austragen, ein Narrativ, das angesichts der innenpolitischen Dimension des Konflikts zu kurz greift, die Dauer und militärische Intensität des Krieges aber erklären kann.

Letztlich kann der Krieg auch als Auseinandersetzung zwischen den Eliten des Zentrums und der Peripherie begriffen werden, was insbesondere seit der Allianz zwischen RSF und den Rebellen der SPLM/N, die für die afrikanischen Minderheiten des Südens des Landes stehen, eine gewisse Plausibilität hat.

Weil keines dieser Narrative vollkommen falsch ist, wird eine Nachkriegsregelung jede der hier thematisierten Dimensionen bearbeiten müssen: das Schicksal der beiden Hauptprotagonisten, die Rolle des Militärs in Staat und Gesellschaft, die politische Zukunft der Islamisten, den Einfluss der Staaten am Golf und das Verhältnis von Peripherie und Zentrum. Das macht die Suche nach einer Lösung des Konflikts, die langfristig trägt, so anspruchsvoll und zeitaufwendig.



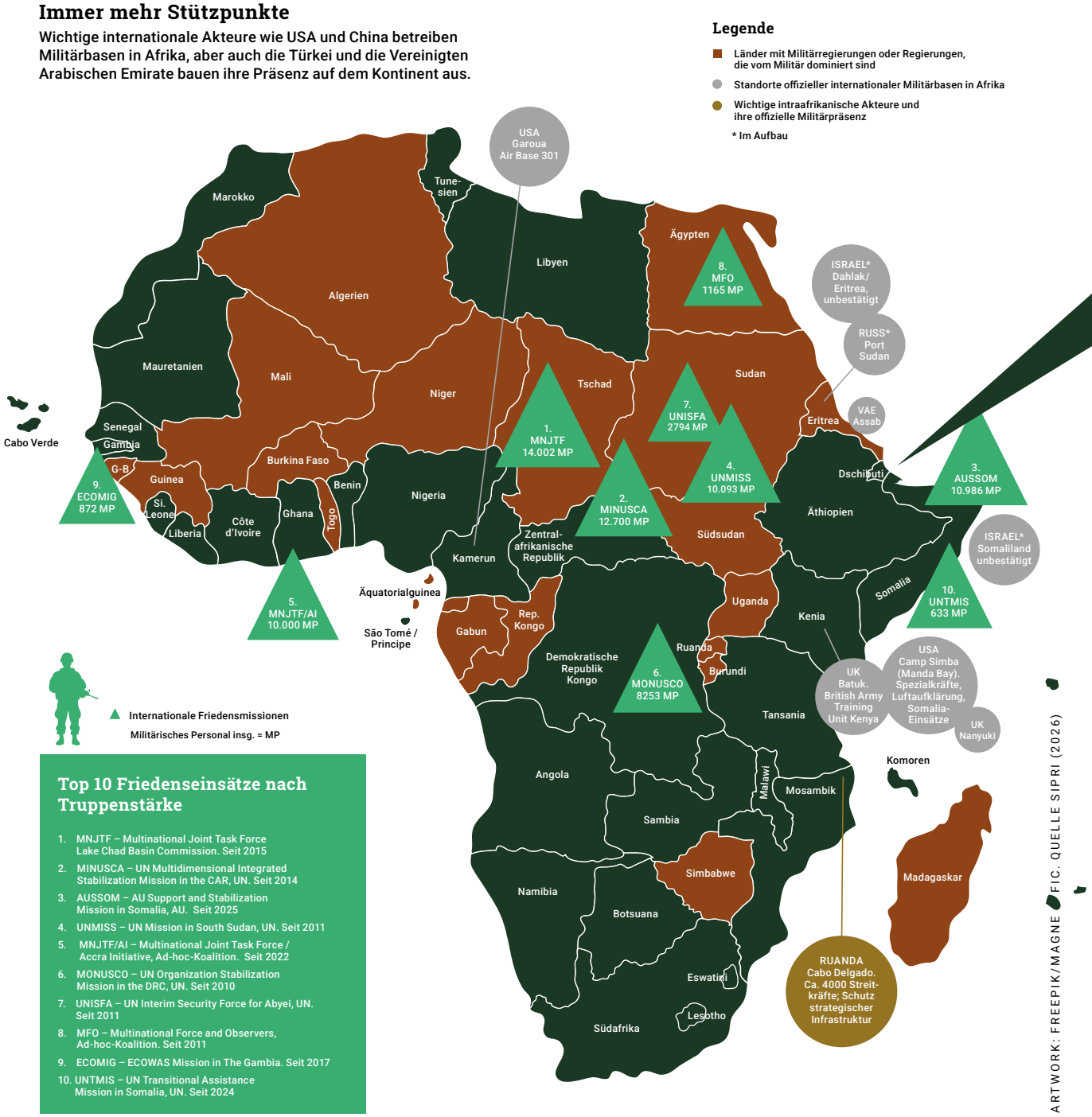
Botschafter David Schwake war von Mitte 2024 bis Mitte 2026 Geschäftsträger a.i. der Bundesrepublik Deutschland im Sudan. Dieser Artikel gibt seine persönliche Auffassung wieder.

Unruhige Zeiten

Zwischen Frieden und Krieg: Die Sicherheitslage auf dem afrikanischen Kontinent

Immer mehr Stützpunkte

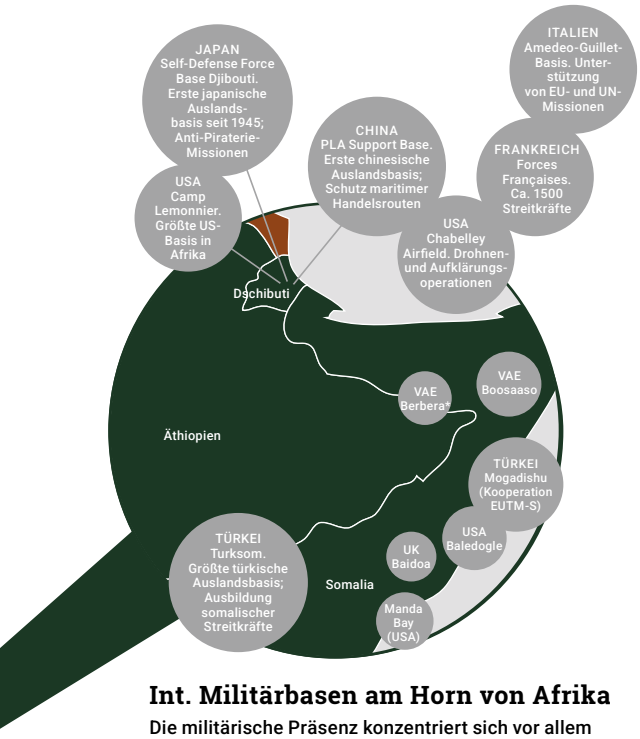
Wichtige internationale Akteure wie USA und China betreiben Militärbasen in Afrika, aber auch die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate bauen ihre Präsenz auf dem Kontinent aus.



Top 10 Friedenseinsätze nach Truppenstärke

1. MNJTF – Multinational Joint Task Force Lake Chad Basin Commission. Seit 2015
2. MINUSCA – UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the CAR, UN. Seit 2014
3. AUSSOM – AU Support and Stabilization Mission in Somalia, AU. Seit 2025
4. UNMISS – UN Mission in South Sudan, UN. Seit 2011
5. MNJTF/AI – Multinational Joint Task Force / Accra Initiative, Ad-hoc-Koalition. Seit 2022
6. MONUSCO – UN Organization Stabilization Mission in the DRC, UN. Seit 2010
7. UNISFA – UN Interim Security Force for Abyei, UN. Seit 2011
8. MFO – Multinational Force and Observers, Ad-hoc-Koalition. Seit 2011
9. ECOMIG – ECOWAS Mission in The Gambia. Seit 2017
10. UNTMIS – UN Transitional Assistance Mission in Somalia, UN. Seit 2024

ARTWORK: FREEPIK/MAGNE FIC. QUELLE SIPRI (2026)



Int. Militärbasen am Horn von Afrika

Die militärische Präsenz konzentriert sich vor allem auf Handelsrouten und in der Nähe wichtiger Rohstoffe.

Quellen: SIPRI, eig. Recherche

12.220.302

Afrikaner:innen fanden Ende 2025 Zuflucht in anderen afrikanischen Ländern.

1.130.194

geflüchtete Afrikaner:innen lebten Ende 2025 in europäischen Ländern.

Welches Land in Afrika wie viel für Militär ausgibt

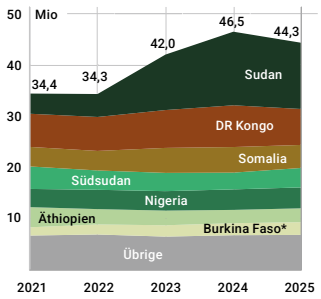
Top 10 Rüstungsausgaben (2024)

1. Algerien	21.811 Mio. USD
2. Marokko	5517 Mio. USD
3. Südafrika	3033 Mio. USD
4. Ägypten	2398 Mio. USD
5. Tunesien	1315 Mio. USD
6. Kenia	1256 Mio. USD
7. Nigeria	1135 Mio. USD
8. Uganda	1117 Mio. USD
9. Burkina Faso	1024 Mio. USD
10. Mali	933 Mio. USD
Zum Vergleich: Deutschland	86.148 Mio. USD

Top 10 nach Anteil am BIP (2024)

1. Algerien	7,97% BIP (21.811 Mio. USD)
2. Südsudan	6,55% BIP (169 Mio. USD)
3. Burkina Faso	4,39% BIP (1024 Mio. USD)
4. Mali	4,25% BIP (933 Mio. USD)
5. Burundi	3,56% BIP (172 Mio. USD)
6. Marokko	3,44% BIP (5517 Mio. USD)
7. Tschad	2,98% BIP (558 Mio. USD)
8. Namibia	2,75% BIP (368 Mio. USD)
9. Botsuana	2,68% BIP (519 Mio. USD)
10. ZAR	2,60% BIP (71 Mio. USD)
Deutschland	1,84% (86.148 Mio. USD)

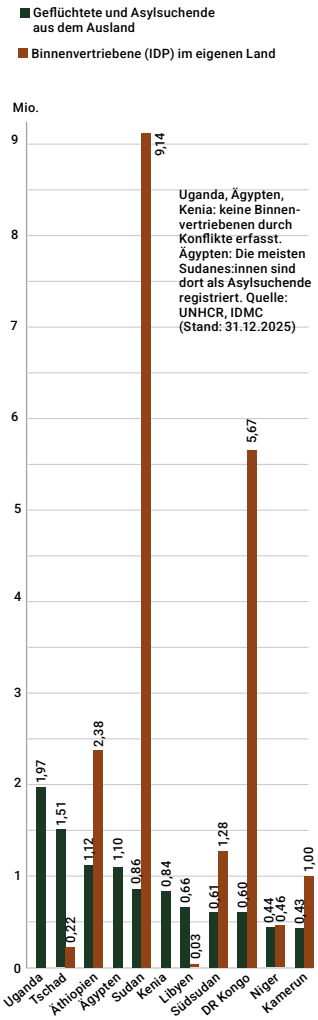
Gewaltsam Vertriebene



Geflüchtete und Binnenvertriebene nach Herkunftsland, in Millionen; Stand jew. 31.12. Quelle: UNHCR, IDMC.
*Meldet seit März 2023 keine Binnenvertriebenen mehr.

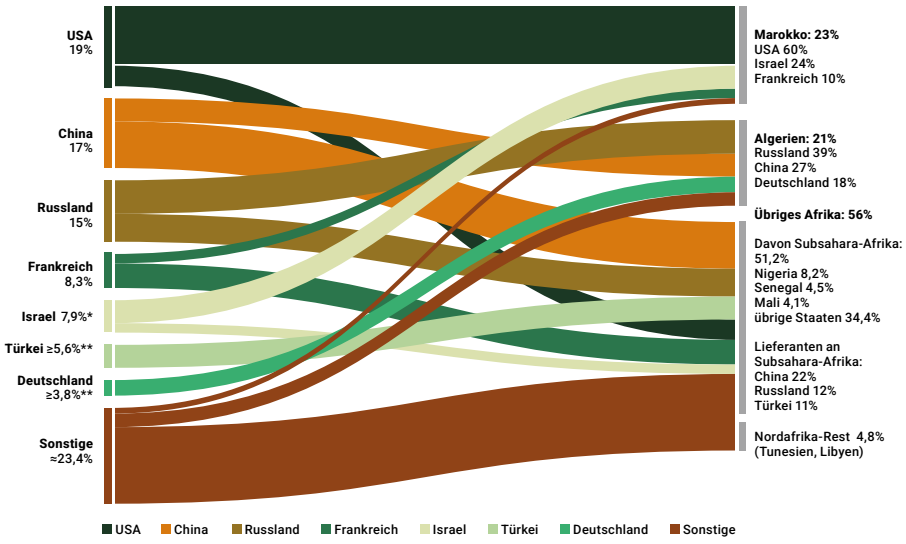
Geflüchtete in Afrika

Welche Länder besonders viele Menschen aufgenommen haben



Rüstungsimporte afrikanischer Staaten nach Lieferländern

Von 2021 bis 2025: Anteile am gesamten afrikanischen Importvolumen schwerer Waffen



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database (März 2026). Werte = Anteil am afrikanischen Gesamtimportvolumen 2021–2025.
Afrika insgesamt: 4,3% der weltweiten Importe schwerer Waffen. Ägypten wird von SIPRI dem Nahen Osten zugerechnet.
* Israel-Gesamtwert abgeleitet aus SIPRI-Exportanteilen. ** Türkei/Deutschland: nur explizit belegte Flüsse (Subsahara bzw. Algerien)



Der afrikanische Kontinent verfügt über rund 60 Prozent der weltweit besten Solarressourcen.

FOTO: ISTOCK/MARCO VDM

Gemeinsam für ein starkes Afrika

Klimawandel, Konflikte und neue geopolitische Rivalitäten verbinden Afrika und Europa immer enger. Eine zukunftsorientierte Afrikapolitik muss sich deshalb für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand einsetzen und zusammen mit afrikanischen Partnern Antworten auf globale Herausforderungen entwickeln.

VON SERAP GÜLER, STAATSMINISTERIN BEIM BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

Ob in Kinshasa, in Kapstadt, in Kairo oder in meiner Heimatstadt Köln – wir leben in turbulenten Zeiten. Ständig entstehen neue Bruchstellen mit Auswirkungen auf Afrika und Europa: Der Konflikt am Golf mit seinen Konsequenzen für globalen Handel, Energiepreise, Ernährungssicherheit; das transatlantische Verhältnis, das neu austariert wird; der anhaltende russische Angriffskrieg in der Ukraine; sich verschärfende Konflikte und humanitäre Krisen in Afrika, u. a. im Sudan, am Horn von Afrika, in der Region der Großen Seen und dem Sahel; die Neujustierung der internationalen Ordnung, bei der für Afrika und Europa die Vereinten Nationen (VN) im Mittelpunkt stehen; die aktuelle Ebola-Epidemie; ein mächtiges China und eine Vielzahl aufstrebender Akteure wie die Golfstaaten, Indien oder die Türkei. Enorme Chancen, aber auch Herausforderungen: durch Künstliche Intelligenz, den Klimawandel und eine alternde europäische und eine junge afrikanische Bevölkerung.

AFRIKA IST ENTSCHEIDEND FÜR UNSERE ZUKUNFT

Was bedeuten all diese Bruchstellen für unsere Afrikapolitik? Sie verdeutlichen, wie vielfältig verbunden wir mit unseren afrikanischen Nachbarn sind: Afrika ist entscheidend für unsere Zukunft.

Die gute Nachricht ist, dass die Weichen richtig gestellt sind. „Partnerschaften gestalten in einer Welt im Wandel" heißen die afrikapolitischen Leitlinien, die die Bundesregierung im Januar 2025 verabschiedet hat. Globale Herausforderungen wie Klima, Energie, Technologie und Mobilität können nur gemeinsam mit afrikanischen Staaten bewältigt werden. Dabei sind unsere bilateralen Partnerschaften so vielfältig wie die 54 Staaten des afrikanischen Kontinents.

Ich kann überzeugt sagen, dass wir gleich nach Regierungsantritt in medias res gegangen sind. Außenminister Dr. Johann Wadephul hat schon in den ersten Wochen sehr viele seiner afrikanischen Amtskolleginnen und -kollegen getroffen und ist bislang nach Äthiopien, zur Afrikanischen Union (AU), nach Kenia, Mauretanien, Nigeria und Südafrika gereist. Bundeskanzler Friedrich Merz hat auf dem ersten afrikanischen G20-Gipfel in Südafrika und auf dem AU-EU-Gipfel in Angola ein wichtiges Zeichen für Multilateralismus und unser afrikapolitisches Interesse gesetzt. Auch für mich sind die Beziehungen zu den Ländern des afrikanischen Kontinents außenpolitische Priorität. Uns treibt dabei der Einsatz für drei Kerninteressen Deutschlands an, die uns mit den meisten unserer afrikanischen Partner einen: Freiheit, Sicherheit, Wohlstand.

FREIHEIT: EINSATZ FÜR MULTILATERALISMUS UND DEMOKRATIE OHNE ERHOBENEN ZEIGEFINGER

Auf globaler Ebene teilen wir das Interesse an einer regelbasierten Weltordnung mit der VN-Charta als Grundlage, die unsere Freiheit garantiert. Leider sind wir im Juni nicht in den VN-Sicherheitsrat gewählt worden. Aber unser Ansatz und unsere Überzeugungen bleiben gleich – und richtig. Wir setzen ▸

uns weiter für eine Reform des Sicherheitsrats ein und unterstützen mindestens zwei afrikanische ständige Sitze. Wir wollen Verantwortung übernehmen und zusammen an einer freien, gerechteren und funktionierenden Weltordnung arbeiten.

Natürliche Partnerin ist dabei für uns die AU, mit der wir Grundwerte teilen, eine enge Partnerschaft pflegen und jüngst einen außenpolitischen strategischen Dialog begonnen haben.

Freiheit beinhaltet auch Dialog über verantwortlichen und fairen Umgang mit Künstlicher Intelligenz, Daten und Cyberfragen. Sie bedeutet Freiheit der Bildung, Wissenschaft und Forschung, die wir beispielsweise über die Alexander von Humboldt-Stiftung fördern. Und sie beinhaltet politische Freiheit und Rechte. Darum ist die Arbeit der politischen Stiftungen so wichtig, die Gesellschaften dabei unterstützen, demokratische Resilienz zu festigen. Ich bemühe mich stets bei meinen Reisen, Parlamentarierinnen und Parlamentarier und Zivilgesellschaft zu treffen. Mit ihnen wie mit Regierungsvertreterinnen und -vertretern muss der Dialog darüber respektvoll, ehrlich und gegebenenfalls diskret geführt werden. Erhobene Zeigefinger dienen der Sache nicht.

Der glaubwürdige Einsatz für Freiheit bedeutet für unsere Afrikapolitik auch, dass sich Deutschland der Verantwortung für die eigene Kolonialvergangenheit stellt. Wir arbeiten diese im Dialog mit betroffenen Staaten und Gemeinschaften kontinuierlich auf und wollen gemeinsam in die Zukunft schauen. Zur Vereinfachung von Rückgaben von Kulturgütern und menschlichen Überresten aus kolonialen Kontexten wurde im März ein Koordinierungsrat als zentraler Ansprechpartner auf Regierungsebene gegründet, dem ich vorsitze.

SICHERHEIT: AFRIKANISCH GEFÜHRTE LÖSUNGEN

Ohne Sicherheit keine Freiheit. So einfach es klingt, so harsch zeigen dies die Realitäten in afrikanischen und europäischen Kontexten wie Sudan, Ukraine, der DR Kongo.

Deswegen bin ich als erste europäische Politikerin in den Sudan gereist, deshalb haben wir die Sudan-Konferenz in Berlin ausgerichtet. Dort haben wir 1,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe eingeworben, erstmals haben zivile Vertreterinnen und Vertreter aus Sudan in Berlin einen gemeinsamen Aufruf zum Ende des Krieges verfasst, und über zwanzig Staaten und Organisationen mit Einfluss in Sudan haben sich im Nachgang der Konferenz auf die sogenannten „Berliner Prinzipien für Sudan“ geeinigt und einen sofortigen Waffenstillstand und das Ende der militärischen Unterstützung von außen gefordert.



„Ein wirtschaftlich starkes Afrika liegt auch im Interesse Deutschlands und Europas“: Serap Güler, Staatsministerin beim Bundesminister des Auswärtigen.

FOTO: PRIVAT

Bei meiner Reise nach Westafrika habe ich in Dakar, Lomé und Abidjan Gespräche zu regionalen Sicherheitsfragen und -ansätzen geführt, denn die Bekämpfung des Terrorismus im Sahel ist ebenfalls ein zentrales Interesse, das uns in Europa mit der Region verbindet. Bei meinem Besuch bei der Internationalen Akademie für Terrorismusbekämpfung AILCT in Côte d’Ivoire habe ich dabei vor Ort gesehen, wie unsere Unterstützung direkt den Aufbau wichtiger Fähigkeiten im Kampf gegen Terrorismus unserer afrikanischen Nachbarstaaten fördert. Als Mitglied der Internationalen Kontaktgruppe Große Seen unterstützt Deutschland aktiv Mediation im Ostkongo.

Bei all dem gilt: Wir fördern afrikanisch geführte Lösungen und sind einer der wichtigsten Unterstützer der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der AU. Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent betrifft uns oft direkt oder indirekt, etwa durch illegale Migration oder Terrorismus. Um nachhaltig Sicherheit gewährleisten zu können, denken wir mit afrikanischen Partnern auch über die Zukunft internationaler Friedensarchitektur nach, zum Beispiel beim *UN Peacekeeping-Ministerial 2025* in Berlin.

WOHLSTAND: EINBINDUNG VON WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

Wir wissen auch: Sicherheit braucht wirtschaftliche Perspektiven und Wohlstand. Nirgends gibt es so viel Potenzial wie bei unseren Wirtschaftsbeziehungen. Bis 2050 wird jeder vierte Mensch Afrikanerin oder Afrikaner sein. Die dynamischsten Wachstumsmärkte lie-

„Deutschland hat ehrliches Interesse am Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten und fairer Partnerschaften."



Treffen von Außenminister Johann Wadephul mit dem ghanaischen Außenminister Samuel Okudzeto Ablakwa beim *UN Peacekeeping-Ministerial* in Berlin.

gen in Afrika, ebenso ein Großteil der kritischen Rohstoffe und riesige Potenziale bei erneuerbaren Energien, grüner Industrie und moderner Infrastruktur.

Für die Bundesregierung ist die bessere Verzahnung unserer Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung Kern unserer Afrikapolitik. Deutschland hat ein ehrliches Interesse am Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten und fairer Partnerschaften. Aber auch an Investitionen, Wissensaustausch und Innovation in beide Richtungen. Wir wollen unsere Instrumente agiler machen, um am Ende überzeugende Angebote machen zu können, die mit unseren Interessen und mit denen unserer afrikanischen Partner übereinstimmen. Dazu brauchen wir die deutsche Wirtschaft und Risikokapitalgeber, die wir eng einbinden. Auf hochrangigen Reisen, durch politische Flankierung von Großveranstaltungen wie dem *German-African Business Summit* (GABS) im November in Ghana oder durch Wirtschaftstage am Rande von EZ-Regierungsverhandlungen. Aber auch die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und jungen Talenten in Wissenspartnerschaften und Exzellenzclustern. Von der Dynamik und Innovationsfähigkeit der jungen Bevölkerungen Afrikas wird Deutschland in Zukunft nur profitieren, wenn heute verlässliche Wissens- und Innovationspartnerschaften in Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur geschaffen werden.

Es passiert bereits viel. Unsere afrikanischen Partner erinnern uns aber auch immer wieder daran, dass noch Luft nach oben ist. Wir wollen ambitioniert sein. Dafür braucht die deutsche Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb unterstützen wir afrikanische regionale Integration, durch Regionalorganisationen der AU und die panafrikanische Freihandelszone AfCFTA.

Afrikapolitische Leitlinien
Die Leitlinien formulieren den strategischen Rahmen für die Beziehungen zu Afrika. Sie zielen auf eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, nachhaltige Entwicklung und mehr Wertschöpfung vor Ort. Frieden, Sicherheit und die Stärkung afrikanischer Partner sind weitere zentrale Schwerpunkte.

Denn wir sind überzeugt: Ein wirtschaftlich starkes Afrika liegt nicht nur im Interesse Afrikas. Es liegt auch im Interesse Deutschlands und Europas.

DEUTSCHE AFRIKAPOLITIK GEHT NUR GEMEINSAM

Die Umsetzung unserer Afrikapolitik erfolgt nicht im luftleeren Raum, sondern in enger europäischer Abstimmung und mit Partnern wie der Deutschen Afrika Stiftung, dem Bundestag, Kulturmittlern, der Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Risikokapitalgebern, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, der afrikanischen Diaspora und vielen mehr. Für die exzellente Zusammenarbeit und den manchmal auch kritischen Dialog möchte ich der DAS an dieser Stelle herzlich danken. Liebe Leserinnen und Leser: Lassen Sie uns gemeinsam diese vielfältigen Partnerschaften weiter ausbauen – für mehr Freiheit, mehr Sicherheit und mehr Wohlstand! ■

FOTO: PICTURE ALLIANCE/FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK

Wie sieht die Zukunft

Mehr Handel, mehr Investitionen: Deutschland sollte seine Afrikapolitik noch stärker an wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausrichten.

VON MARKUS KOOB MDB

Wer heute über Afrikapolitik spricht, spricht über die Zukunft Deutschlands und Europas. Der Kontinent ist längst ein zentraler geopolitischer, wirtschaftlicher und demografischer Akteur. Die entscheidende Frage lautet daher, ob wir dieser Bedeutung politisch gerecht werden. Die aktuelle Bundesregierung setzt hier wichtige Akzente. Bundesaußenminister Dr. Johann Wadephul und Staatsministerin Serap Güler haben früh deutlich gemacht, dass Deutschland Afrika als strategischen Partner begreift. Die Außenpolitik orientiert sich stärker an gemeinsamen Interessen, ohne die eigenen Werte aufzugeben. In einer multipolaren Welt sind Interessen- und Werteorientierung keine Gegensätze, sondern die Grundlage glaubwürdiger Partnerschaft.

Mit der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone, wachsenden Märkten, innovativen Unternehmen und regionalen Wertschöpfungsketten entstehen erhebliche Chancen. Wer über globale Lieferketten, Rohstoffsicherheit, Energieversorgung oder Fachkräftegewinnung spricht, kommt an Afrika nicht vorbei. Deutschland sollte seine Afrikapolitik deshalb noch stärker an wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausrichten. Bislang fließt nur ein geringer Teil deutscher Auslandsinvestitionen auf den Kontinent. Während andere Akteure ihre Präsenz ausbauen, bleibt Deutschland hinter seinen Möglichkeiten zurück. Dabei sind die Stärken deutscher Unternehmen vielerorts gefragt: langfristiges Engagement, technologische Kompetenz, hohe Qualitätsstandards und der Aufbau lokaler Wertschöpfung. Afrika braucht mehr Investitionen, Handel und wirtschaftliche Chancen. Das schafft Perspektiven für junge Menschen. Partnerschaft entsteht dort, wo gemeinsam investiert, produziert und Wohlstand geschaffen wird. Eine moderne Afrikapolitik muss Risiken besser absichern, Investitionen erleichtern und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu afrikanischen Märkten öffnen.

Zugleich müssen wir anerkennen, dass afrikanische Staaten ihre eigenen Interessen verfolgen. Viele Regierungen gestalten ihre Beziehungen zu Europa, den USA, China, den Golfstaaten, Indien oder der Türkei pragmatisch. Respekt vor afrikanischen Prioritäten ist deshalb keine politische Höflichkeit, sondern Voraussetzung erfolgreicher Zusammenarbeit. Auch in der Klima- und Energiepolitik liegen große gemeinsame Chancen. Afrika verfügt über enorme Potenziale bei erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff. Deutschland benötigt verlässliche Energiepartnerschaften und sichere Lieferketten für die Transformation seiner Wirtschaft. Entscheidend ist, dass mehr Wertschöpfung auf dem Kontinent selbst entsteht. Erfolgreiche Kooperationen schaffen Arbeitsplätze, industrielle Entwicklung und Versorgungssicherheit auf beiden Seiten.

SICHERHEIT BLEIBT ein weiteres zentrales Handlungsfeld. Die Konflikte im Sudan, in der Sahelzone und im Osten der Demokratischen Republik Kongo zeigen, wie eng Frieden, staatliche Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zusammenhängen. Deutschland sollte afrikanische Lösungsansätze unterstützen und die Afrikanische Union sowie regionale Organisationen als zentrale Partner stärken. Nachhaltige Lösungen können nicht von außen verordnet werden.

Das erste Jahr der neuen Bundesregierung weist in die richtige Richtung: mehr politischer Dialog, mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine stärkere Einbindung afrikanischer Partner in die Lösung globaler Herausforderungen. Afrika ist kein Randthema deutscher Politik, sondern eine entscheidende Zukunftsregion. Eine erfolgreiche deutsche Afrikapolitik wird daran gemessen werden, ob sie den Kontinent als strategischen Partner ernst nimmt und die Chancen einer gemeinsamen Zukunft entschlossen nutzt.



Markus Koob MdB (CDU) ist im Vorstand der Deutschen Afrika Stiftung und leitet den Arbeitskreis Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG/ACHIM MELDE

der Afrikapolitik aus?

In einer multipolaren Welt braucht Deutschland neue, vertrauensvolle Partnerschaften, auch mit den aufstrebenden Mittelmächten Afrikas.

VON JÜRGEN COSSE MDB

Wir leben in einer Zeit globaler Umbrüche. Alte Gewissheiten, wie unsere selbstverständliche Verbindung zu den USA, sind in der zweiten Amtszeit von Donald Trump endgültig passé. Mit Russlands völkerrechtswidrigem Angriffskrieg gegen die Ukraine sehen wir mitten in unserer Nachbarschaft einen der blutigsten Konflikte der Gegenwart. Diese Entwicklungen zwingen uns, Deutschland international besser aufzustellen. Der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz brachte dies auf den Punkt: „Wenn wir merken, dass unsere Welt multipolarer wird, dann muss uns das anspornen: zu noch mehr Multilateralismus, zu noch mehr internationaler Zusammenarbeit."

Aufstrebende Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika vertreten in dieser sich ändernden Weltgemeinschaft zu Recht ihre Interessen mit wachsendem Selbstbewusstsein. Gerade auf dem afrikanischen Kontinent wird die neue Multipolarität als emanzipatorische Möglichkeit aufgefasst, sie bedeutet einen Gewinn an strategischer Autonomie und das endgültige Ende einer bipolaren Ordnung, in der man sich zwischen rivalisierenden Blöcken entscheiden musste. Bis 2050 wird jeder vierte Mensch auf der Erde in Afrika leben. Seine junge Bevölkerung, die expandierenden Digitalmärkte und das enorme Potenzial bei Rohstoffen und erneuerbaren Energien werden die Weltwirtschaft in den kommenden Jahrzehnten stark prägen. Wir dürfen dies nicht als Bedrohung begreifen, sondern müssen die Chancen sehen.

Unser Wohlstand hängt von vertrauensvollen Partnerschaften ab. Viel zu lange verharrte die deutsche Afrikapolitik jedoch in einer von klassischer Entwicklungshilfe geprägten Perspektive von oben herab oder reduzierte sich in innenpolitischen Debatten primär auf die sogenannte Migrationsabwehr. Natürlich brauchen wir angesichts einer besorgniserregenden Verdoppelung bewaffneter Konflikte auf dem Kontinent weiterhin ein starkes und sogar noch stärkeres Engagement in der Krisenprävention und der humanitären Hilfe. Aber der Kontinent ist kein einheitlicher Block, sondern mit seinen 54 Staaten der vielfältigste der Welt. Diese Staaten organisieren sich heute gezielt in wechselnden Allianzen, um ihre Interessen zu vertreten. Das müssen wir akzeptieren: Internationale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert bedeutet anzuerkennen, dass souveräne Staaten eigenständige Prioritäten verfolgen und Partnerschaften nicht auf Übereinstimmung in jeder geopolitischen Frage beruhen.

Auch wenn europäisches Engagement in Teilen Afrikas noch immer mit kolonialen Hierarchien assoziiert wird, ist Deutschlands Ansehen hoch. Wir werden geschätzt als verlässlicher Wirtschaftspartner mit starken Verbindungen in Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft. Im Vergleich zu Akteuren wie China, Russland oder den Vereinigten Arabischen Emiraten zeichnen wir uns durch Vertragstreue und echte Kooperation auf Augenhöhe aus. Diesen Weg müssen wir verstärkt weitergehen. Wir müssen strikt für das Völkerrecht einstehen, uns gleichzeitig aber auf das Verbindende konzentrieren: den globalen Klimaschutz, den gemeinsamen Aufbau grüner Zukunftstechnologien, faire Wertschöpfungsketten und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten.

In einer immer vernetzteren Welt brauchen wir themenspezifische, agile Allianzen. Der kanadische Premierminister Mark Carney hat zu Recht für eine neue Allianz der Mittelmächte geworben. Nigeria, Äthiopien, Südafrika, Kenia, Algerien, Ägypten und Marokko gehören in dieses Netzwerk. Es ist höchste Zeit, die Nord-Süd-Achse stärker mit Leben zu füllen. Es ist gut, dass die Bundesregierung und vor allem das Entwicklungsministerium unter Ministerin Reem Alabali Radovan hier an Willy Brandts Arbeit anknüpfen. Die Neugründung der Nord-Süd-Kommission unter dem Vorsitz von Olaf Scholz kommt zur richtigen Zeit, um diese neuen strategischen Partnerschaften Realität werden zu lassen.



FOTO: JÜRGEN COSSE

Jürgen Coße MdB (SPD) ist im Vorstand der Deutschen Afrika Stiftung und führt den Gesprächskreis Afrika der SPD-Bundestagsfraktion.

Lokale Initiativen, globale Perspektiven

Eine erfolgreiche Afrikapolitik muss auch Kommunen und Regionen systematisch einbeziehen. Denn diese übersetzen übergeordnete Ziele in konkrete Zusammenarbeit, wie der Initiativkreis Afrika der Metropolregion Nürnberg zeigt.

VON ANNA SPAULDING

In den heutigen Zeiten zunehmender globaler Unsicherheiten brauchen wir mehr denn je verlässliche Partner in der Welt. Kommunale Partnerschaften stehen genau dafür: für Langfristigkeit, Vertrauen, Freundschaft und vor allem für Lösungen!

Deshalb ist kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein zentraler, aber oftmals unterschätzter Baustein der deutschen Afrikapolitik. Städte, Gemeinden und Landkreise verfügen über wertvolles dezentrales Fachwissen, das schnellere, bedarfsgerechte Entscheidungen ermöglicht und auf diese Weise zu einer effizienten und ressourcenschonenden Entwicklungszusammenarbeit beiträgt.

Vor dem Hintergrund aktueller Dynamiken und geopolitischer Herausforderungen in einer multipolaren Welt gewinnt dieser kommunale Ansatz an Bedeutung. Eine deutsche Afrikapolitik kann langfristig nur gelingen, wenn internationale Zusammenarbeit nicht ausschließlich auf bundespolitischer Ebene gedacht wird, sondern auch die Kommunen und Regionen systematisch beteiligt werden. Denn diese können ein zentrales Bindeglied sein zwischen den übergeordneten entwicklungspolitischen Zielen der Bundesregierung und einer Umsetzung, welche die Bevölkerung einbezieht.

In Deutschland gibt es derzeit rund 200 Kommunalpartnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Städten und Gemeinden. Das Netzwerk umfasst sowohl themenorientierte Projektpartnerschaften als auch offizielle Städtepartnerschaften in mehr als 30 afrikanischen Ländern. Für aktive Städte, Gemeinden und Landkreise aus Deutschland bietet die im Auftrag des BMZ tätige Engagement Global gGmbH mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) eine wichtige Anlaufstelle für Förderangebote und Beratung (siehe Kasten). Welche Reichweite und nachhaltige Wirkung diese Unterstützung für deutsche Kommunen entfalten kann, zeigt das herausragende Beispiel des Initiativkreises Nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit Afrika in der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN).

SYNERGIEN NUTZEN – NETZWERKE STÄRKEN

In der EMN, die 23 Landkreise und elf kreisfreie Städte umfasst, wurde das Unterstützungsangebot der SKEW im Zeitraum von November 2021 bis Oktober 2025 genutzt, um ein regionales Netzwerk zur Stärkung der deutsch-afrikanischen Beziehungen aufzubauen. Der Initiativkreis Nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit Afrika (kurz: Initiativkreis Afrika) wurde im Juli 2022 nach erfolgreichen Bemühungen der vier Städte Nürnberg, Fürth, Neumarkt i.d.OPf. und Schwabach mit tatkräftiger Unterstützung der Entwicklungsagentur der Fairen Metropolregion Nürnberg und der SKEW ins Leben gerufen.

Das Netzwerk zielt darauf ab, lokale Stakeholder-Gruppen zusammenzubringen, den Wissensaustausch zu stärken, neue Kooperationen aufzubauen und Synergien zu schaffen. Das einzigartige Fachwissen, das in der Region vorhanden ist, soll in die Projektzusammenarbeit mit afrikanischen Partnerinnen und Partnern verstärkt einfließen und somit die Wirkung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit steigern.

Das Engagement in der Zusammenarbeit mit Afrika ist in der Metropolregion Nürnberg sehr vielschichtig: 13 Kommunen unterschiedlicher Größe kooperieren mit fünf Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie mit mehr als 30 weiteren Institutionen, Vereinen und Verbänden.

Die Metropolregion kann zudem 420 Unternehmen vorweisen, die Kontakte und Geschäftsbeziehungen in afrikanische Länder haben. Dieses Potenzial möchte der Initiativkreis Afrika zukünftig stärker nutzen. Die IHK Nürnberg für Mittelfranken als übergeordnete Instanz und Mitinitiatorin des Bayern Netzwerk Afrika der bayerischen Industrie- und Handelskammern ist seit Bestehen der Initiative eine der zentralen Kooperationspartnerinnen. Durch den wissenschaftlichen Beirat, zusammengesetzt aus Vertretenden der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und der Universität Bayreuth, erhält der Initiativkreis Afrika darüber hinaus wertvolle Einblicke in Forschung und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Die direkte Einbindung von Diaspora-Gemeinschaften schafft die Grundlage für eine vertrauensvolle und tragfähige Projektzusammenarbeit.

In den vergangenen vier Jahren konnte der ressortübergreifende Austausch durch das Vernetzungsangebot des Initiativkreises Afrika enorm verbessert werden. Neue Projektkooperationen sind entstanden und schaffen strukturelle Veränderungen vor Ort.

BUNDESMITTEL NOTWENDIG

Aus dem Beispiel des Initiativkreises Afrika lassen sich grundsätzliche Schlussfolgerungen für die kommunale Entwicklungspolitik und die deutsch-afrikanische Zusammenarbeit ziehen.

Die gezielte Stärkung der Kommunen als eigenständige Akteure der Entwicklungspolitik hat sich als wirksamer Ansatz erwiesen. Städte und Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und können durch langfristig angelegte Partnerschaften die Zusammenarbeit mit afrikanischen Kommunen und Institutionen nachhaltig prägen. Zugleich eröffnen sie neue Perspektiven für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Zugang zu Zukunftsmärkten.

Kommunale Partnerschaften entfalten ihre besondere Stärke dort, wo Verwaltungsfachwissen, lokale Verankerung, Multiplikationspotenzial sowie die Vernetzung mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken. Die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Partnerkommunen sparen Zeit und bürokratischen Aufwand und erhöhen zugleich die Aussichten auf eine erfolgreiche und nachhaltige Zusammenarbeit.

„420 Unternehmen in der Region Nürnberg haben Kontakte in afrikanische Länder."

Gerade Regionalverbünde wie die Metropolregionen übernehmen dabei eine Schlüsselrolle. Sie bündeln Kompetenzen, vernetzen relevante Akteurinnen und Akteure und schaffen regionale Anlaufstellen, die insbesondere kleinere und mittlere Kommunen beim Aufbau und bei der Verstetigung internationaler Partnerschaften unterstützen. Damit solche Strukturen ihre Wirkung dauerhaft entfalten können, bedarf es einer verlässlichen und langfristig angelegten Förderung. Angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen drohen andernfalls nicht nur der Verlust bereits aufgebauter Netzwerke und Kompetenzen, sondern auch vermeidbare Folgekosten durch wiederkehrende Anschubfinanzierungen und den erneuten Aufbau von Strukturen.

Ein dauerhaftes „Hangeln von Projekt zu Projekt" wird den Anforderungen nachhaltiger kommunaler Partnerschaften nicht gerecht. Diese benötigen langfristige Perspektiven, institutionelle Verankerung und verlässliche Finanzierungsstrukturen. Die Förderpolitik von Bund und Ländern sollte der besonderen Rolle regionaler Kooperationsstrukturen daher stärker Rechnung tragen und ihre Verstetigung gezielt unterstützen. ■

SKEW – Anlaufstelle für Kommunen

Seit mehr als 20 Jahren unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) Kommunen in Deutschland bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement. Sie hilft Städten, Landkreisen und Gemeinden strategisch und finanziell dabei, globale Verantwortung zu übernehmen und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen lokal umzusetzen. Dazu gehören etwa individuelle Beratung sowie Fördermittel für Projekte und Personal. Die Angebote richten sich auch an zivilgesellschaftliche Gruppen, die mit Kommunen zusammenarbeiten. Infos: skew.engagement-global.de



Für ihren Einsatz für die Rechte junger Menschen bekam Namatai Kwekweza von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner den Preis überreicht.



Mutige Stimme der Demokratie: Verleihung des Deutschen Afrika-Preises 2025 an Namatai Kwekweza aus Simbabwe







DAS-Präsidentin Dr. Uschi Eid bei ihrer Rede





Die Preisträgerin im Gespräch mit Moderatorin Miranda Oben. Rechts: Claus Stäcker, Präsident der Jury



Namatai Kwekweza und Julia Klöckner mit Mitgliedern des DAS-Vorstands und dem Jury-Präsidenten

FOTOS: MICHAEL FAHRIG/DAS

Eine Generation, die Hoffnung macht

Namatai Kwekweza kämpft in Simbabwe für Grundrechte und Chancen für junge Menschen. Die Jury des Deutschen Afrika-Preises zeichnet ihr mutiges Engagement aus. Eine Laudatio.

VON CLAUS STÄCKER

Zunächst möchte ich mich bei Ihnen entschuldigen, liebe Namatai Kwekweza. Dafür, dass wir Ihr Leben ab heute vielleicht noch etwas schwerer machen. Mit 26 sind Sie die jüngste Preisträgerin in der Geschichte dieses Preises – und wir bürden Ihnen mit dieser Ehrung wohl gleich noch mehr Verantwortung auf. Aber keine Sorge, noch können Sie die Rolle als Heldin auch wieder ablegen! Sie erzählten mir von Ihrer Kindheit im kleinen Norton, 40 Kilometer westlich von Harare, und vermissen sie schon heute, die Unbeschwertheit Ihrer Kindertage.

Das Lachen, das immer in der Luft lag. Die Brettspiele mit den Nachbarskindern. Die Mütter, die wie selbstverständlich auch auf andere Kinder aufpassten. Die Häuser sahen alle gleich aus. Niemand war wohlhabend, aber richtig arm auch nicht. Das Einkommen Ihrer Mutter bei einer NGO reichte für eine Privatschule. Eine behütete Kindheit, während die Krisen in Simbabwe größer wurden. Von 2006 an stieg die Inflation immer mehr, 2008 war bald jeder Milliardär. Aber kaufen konnte man dafür nichts. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit drohte Robert Mugabe vom Volk abgewählt zu werden. Im Parlament verlor seine Partei ZANU-PF die Mehrheit. Und nur mit einer blutigen Gewaltkampagne gegen die Opposition stahl Mugabe seinem Herausforderer Tsvangirai den Sieg. Westliche Medien, Wahlbeobachter und NGOs waren längst unerwünscht. Und zum ersten Mal drang die hässliche Fratze der simbabwischen Politik in Ihre Kindheit. Gedämpfte Gespräche in der Küche, Ihre Mutter ohne Arbeit, Umzug in ein billigeres Haus. Statt zu spielen, standen Sie und Ihre Geschwister nun drei, vier Stunden für ein Brot an. Aber plötzlich kam doch wieder Hoffnung auf. Auf enormen Druck von außen gingen die Todfeinde eine Regierung der Nationalen Einheit ein. Namatai erinnert sich an einen Aufschwung, die Mutter arbeitet wieder. Bekommt echte Dollars als Lohn. Lebensmittel aus Südafrika riechen nach Glück.

ABER NACH der Wahl 2013 endet die ungleiche Koalition. Der greise Präsident und seine Frau bauen ihre Macht aus, die politischen Übergriffe nehmen wieder zu. Die Wirtschaftskrise schlägt durch, die Dürre von 2015 ist verheerend. Überall kommt es zu Massenentlassungen. Wieder verliert die Mutter ihren Job. Namatai, die Klassensprecherin, Siegerin von Schulwettbewerben, muss die Highschool abbrechen und Geld verdienen. Spätestens jetzt fühlt sie den Stachel in sich, den Mut – vor allem ihrer Großmutter Agnes, deren Kampf gegen die Rassengesetze von Rhodesien ein eigenes Familienkapitel ist. Von ihr soll Namatai ihre Standfestigkeit haben, ihren Kampfgeist. Sie beginnt sich zu vernetzen.

„Wenn du etwas anfängst, suchst du nach Gleichgesinnten", sagt sie – und findet offenbar viele. Sie hat keine Ahnung, wie man eine NGO gründet, Strukturen schafft, Anträge ausfüllt, wie man Personal führt oder auch nur eine Vereinskasse. Aber sie gründet den *WELEAD Trust*, der junge Leute auf Führungsrollen vorbereiten will, und wird NGO-Chefin – mit 18. Als Mugabe 2017 weggeputscht wird, ist die Hoffnung wieder da. Aber der politische Frühling ist kurz. Schnell wird klar: Die Mugabes sind weg, aber nicht die alten Strukturen und Eliten. Neue Allianzen bilden sich, verhökern Bodenschätze, gründen dubiose Unternehmen, bereichern sich ungeniert, protzen öffentlich mit ihren Privatjets und Palästen in Dubai. Ihre Gegner aber bekämpft dieses Machtkartell mit nahezu jedem Mittel: falsche Beschuldigungen, anonyme Drohungen, Entführungen, nächtliche Verhöre, Misshandlungen, sexualisierte Gewalt. Auch Namatai Kwekweza hat das erlebt. Viel zu viel davon mit ihren 26 Jahren. Als Aktivistin ist sie bereit, Risiken einzugehen. Aber nun trägt sie auch



Claus Stäcker, Jurypräsident: „Was ist das für ein System, das seiner Jugend keinen Schutz bietet?"

FOTO: MICHAEL FAHRIG/DAS

„Der Preis soll die Gen Z ermutigen, weiter für Erneuerung und Partizipation zu kämpfen."

Verantwortung für andere, und die wiegt schwerer. Im Trust muss sie auch für Geld sorgen, Kompromisse machen, unangenehme Entscheidungen treffen.

Da sehnt sie sich schon mal nach ihrer unbeschwerten Kindheit zurück. Und fragt sich, was das für ein System ist, das seiner Jugend keinen Schutz bietet, auf Widerspruch mit Gewalt reagiert? Das jungen Menschen ihre Chancen und Träume nimmt, ihre Würde und jede Freude? Ob es denn zu viel verlangt sei von den alten Führern, sich an Recht und Gesetz zu halten, an die Verfassung? Dass sie ihre Macht nicht missbrauchen, ihre Gier nicht über das Gemeinwohl stellen und die Rechte aller respektieren? Mit diesen Fragen steht Namatai Kwekweza wohl stellvertretend für die Gen Z in Afrika – in Simbabwe genauso wie in Kenia, Madagaskar, Kamerun, Tansania. „Wir sind nicht geboren, um immer nur alles hinzunehmen", sagt sie. „Wir wollen leben und gehört werden" – die Gen Z, aber auch die Generation Alpha, die schon nachrückt. Oder Beta, die noch in den Windeln liegt, aber sicher auch schon bald Fragen stellt. Eine Jugend, die ein Recht auf Unbeschwertheit hat, auf Gelächter in der Nachbarschaft, auf eine sichere und chancenreiche Zukunft. Die unabhängige Jury des Deutschen Afrika-Preises ehrt Ihr mutiges und auch charismatisches Wirken, liebe Namatai Kwekweza, für die Grundrechte junger Menschen, für politische und soziale Teilhabe in Simbabwe. Der Preis soll Sie und die vielen Tausenden Mitstreiterinnen der Gen Z ermutigen, nicht aufzugeben und weiter für Erneuerung und Partizipation zu kämpfen – für eine angstfreie, gerechte und demokratische Zukunft.

Der Preis soll dabei keine Bürde sein. Er legt Sie nicht auf eine lebenslange Heldinnenrolle fest. Von ihm soll heute Abend jedoch das Signal ausgehen, dass Ihre Generation Hoffnung macht. Dass wir an die Jugend glauben. Ich danke Ihnen im Namen der Jury für Ihr mutiges und inspirierendes Engagement und gratuliere zum Deutschen Afrika-Preis 2025.

Claus Stäcker ist Director Programs for Africa der Deutschen Welle und Präsident der Jury des Deutschen Afrika-Preises.



„Ich hatte schon immer die Tendenz, Systeme und Normen zu hinterfragen“: Namatai Kwekweza, 27, aus Simbabwe.

FOTO: STEWART DERECK PHOTOGRAPHY/WELEAD AFRICA

„Die Jugend muss Afrika jetzt führen“

Mit ihrer Organisation *WELEAD Africa* setzt sich Namatai Kwekweza, Trägerin des Deutschen Afrika-Preises 2025, für demokratische Reformen und die politische Teilhabe junger Menschen ein. Ein Gespräch über ihr Aufwachsen als Außenseiterin, die Proteste der Generation Z und wie junge Menschen den Kontinent verändern können.

INTERVIEW: LARISSA PFLÜGER

Nochmals unseren herzlichen Glückwunsch zum Deutschen Afrika-Preis 2025. Welchen Stellenwert hat diese Auszeichnung für Sie?

Als Erstes möchte ich sagen: Dieser Preis gehört nicht mir allein – er gehört einem ganzen Dorf. In Afrika gibt es das Sprichwort: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen. Meinen Weg habe ich vielen Menschen zu verdanken, die mich über die Jahre begleitet, gefördert, herausgefordert, beschützt, Opfer für mich erbracht und an mich geglaubt haben, lange bevor die Welt meinen Namen kannte. Als ich den Deutschen Afrika-Preis 2025 entgegengenommen habe, habe ich das daher stellvertretend für sie alle gemacht.

Von ganzem Herzen widme ich diese Auszeichnung auch dem unglaublichen Team von WELEAD Africa, der Organisation, die ich gegründet habe, unseren Mitarbeitenden, unseren Freiwilligen und den Gemeinschaften, mit denen wir jeden Tag zusammenarbeiten. Hinter jeder Kampagne, jeder Schulung, jedem jungen Menschen, den wir stärken konnten, jedem schwierigen Gespräch und jedem kleinen Sieg stehen Menschen, die mit Mut, Mitgefühl und Überzeugung weitermachen, selbst dann, wenn die Herausforderungen überwältigend zu sein scheinen. Auch ihnen gebührt diese Anerkennung.

Sie gehört auch den jungen Menschen, die sich im Stillen organisieren, den Gemeinschaften, die es wagen, wieder zu hoffen, und all jenen, die überzeugt sind, dass Afrika Besseres verdient, und die bereit sind, dafür zu arbeiten.

Welche konkreten Veränderungen hat die Auszeichnung bislang für Ihre Arbeit gebracht?

Die Auszeichnung hat den Themen, für die wir uns einsetzen, deutlich mehr Sichtbarkeit verschafft. Durch die zusätzliche mediale Aufmerksamkeit konnten wir mehr Menschen auf die drängenden Herausforderungen aufmerksam machen, mit denen junge Afrikanerinnen und Afrikaner auf dem ganzen Kontinent konfrontiert sind. Gleichzeitig hat uns der Preis geholfen, neue Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen, uns Türen zu bedeutenden internationalen Plattformen geöffnet, auf denen wir unsere Anliegen einbringen können, und unsere Möglichkeiten verbessert, Führungspersönlichkeiten und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger zu erreichen. ▸

Welche größere Bedeutung hat diese Auszeichnung jenseits Ihrer persönlichen Erfahrung – insbesondere im Hinblick auf die Anerkennung und Sichtbarkeit junger Menschen?

Mit 26 Jahren die jüngste Preisträgerin geworden zu sein und die erste Frau aus Simbabwe, die diese Auszeichnung erhält, steht für etwas, das weit über mich hinausgeht. Es spiegelt einen Wandel in der Politik der Anerkennung wider. Viel zu lange wurde von jungen Menschen, und insbesondere von jungen Frauen, erwartet, außergewöhnliche Arbeit zu leisten: still, unsichtbar, höflich und ohne Anerkennung. Diese Auszeichnung durchbricht genau dieses Muster. Sie sagt: Junge Menschen führen nicht erst morgen – sie führen schon heute.

Als afrikanische Frau der Generation Z trage ich die Geschichten von Millionen junger Menschen auf diesem Kontinent in mir – ihre Widerstandskraft, ihre Wut, ihre Brillanz, ihre Kreativität und ihren Mut, über die Grenzen hinaus zu träumen, die ihnen gesetzt wurden. In vielerlei Hinsicht ist diese Auszeichnung ein Spiegel, in dem junge Menschen sich selbst wiedererkennen können. Und ich hoffe, dass junge Menschen, wenn sie mich auf diesen Bühnen sehen, erkennen, dass auch sie in Räume gehören, in denen Entscheidungen getroffen, Narrative geprägt werden und Geschichte geschrieben wird.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Afrika es sich nicht leisten kann, seine Jugend beim Projekt der Befreiung und Entwicklung auf die Zuschauerrolle zu verweisen. Die Jugend muss Afrika jetzt führen, nicht später, nicht erst, wenn wir „älter", „sicherer" oder „akzeptabler" sind. Der Deutsche Afrika-Preis hat nicht nur mir neue Möglichkeiten eröffnet, sondern auch den Bewegungen und Gemeinschaften, deren Stimmen wir mit unserer Arbeit stärken. Er hat mir eine größere Plattform gegeben, um Geschichten zu erzählen, die sonst oft ungehört bleiben: die Geschichten junger Menschen, die sich überall auf dem Kontinent organisieren und andere mobilisieren, die Verfassungsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen und die sich weigern, sich der Ungerechtigkeit zu beugen. Sichtbarkeit ist wichtig, denn Geschichten prägen Macht. Und wenn sich die Erzählungen darüber, was junge Menschen können oder nicht können, verändern, verändern sich auch Politik, Investitionen, Vorstellungskraft und letztlich Realität.

Doch jenseits aller Auszeichnungen und Zeremonien ist die größte Verantwortung, die mir dieser Preis gegeben hat, wohl der Beweis dafür zu sein, dass das, was viele als „unmöglich" bezeichnen, oft nur ungewohnt ist. Ich bin nicht nur eine Aktivistin, sondern auch ein Beispiel für junge Menschen, insbesondere für junge afrikanische Frauen, was möglich ist, wenn man sich weigert, sich kleinzumachen. Als junge afrikanische Frauen schulden wir niemandem eine Entschuldigung für unsere Existenz. Ich möchte, dass junge Frauen wissen: Sie brauchen keine Erlaubnis, um zu führen. Sie müssen nicht darauf warten, ausgewählt zu werden. Und sie müssen nicht weniger radikal, weniger ehrgeizig oder weniger laut werden, um Führungsverantwortung zu übernehmen.

WELEAD Africa
Die Organisation aus Simbabwe führt trotz des restriktiven Umfelds regelmäßig Schulungen zu Verfassungs- und Demokratiebildung durch, fördert die Teilnahme junger Menschen an Wahlen und ermutigt sie, sich für demokratische Reformen einzusetzen. In ihren Seminaren hat die Organisation bis heute u.a. mehr als 4000 Nachwuchsführungskräfte ausgebildet und über 60.000 Bürgerinnen und Bürger über Meinungs- und Pressefreiheit aufgeklärt.

Mit der Gründung von WELEAD Africa im Alter von gerade einmal 18 Jahren haben Sie früh begonnen, gesellschaftliche Veränderungen mitzugestalten. Welche Erfahrungen haben Sie geprägt?

Mein Verantwortungsbewusstsein und mein Sinn für Gerechtigkeit wurden schon lange vor meinem Eintritt in die öffentliche politische Arbeit geprägt. Ich bin in Simbabwe in einer der schwierigsten Phasen unserer jüngeren Geschichte aufgewachsen, und schon als Kind habe ich sehr deutlich gespürt, wie stark Politik das Leben der Menschen im Alltag beeinflusst. Ich erinnere mich daran, wie ich während der Hyperinflationskrise stundenlang in Schlangen für Brot anstand und miterlebte, wie Familien zu kämpfen hatten, während Korruption darüber entschied, wer zuerst Zugang zu Grundnahrungsmitteln bekam. Diese Erfahrungen haben sich tief in mein Gedächtnis eingeprägt, weil sie mir sehr früh gezeigt haben, dass Ungerechtigkeit nie abstrakt ist, sondern in die Häuser der Menschen, in ihre Kindheit und in ihre Zukunft eindringt.

Gleichzeitig bin ich in einem

starken Gemeinschaftsgefüge aufgewachsen. Unsere Nachbarschaft hat sich gegenseitig unterstützt und auf die Kinder der anderen aufgepasst. Dieses kollektive Miteinander hat mir früh vermittelt, was Verantwortung über das eigene Leben hinaus bedeutet. Diese Kombination aus erlebter Not und gemeinschaftlicher Resilienz hat mein Verständnis von Gerechtigkeit geprägt – nicht nur als Widerstand, sondern auch als Dienst an der Gemeinschaft.

Auch meine Mutter hatte einen tiefgreifenden Einfluss auf mich. Sie hat unermüdlich gearbeitet, um unsere Familie durch wirtschaftlich schwierige Zeiten zu tragen. Als sie nach vielen Jahren aufgrund politischer und institutioneller Versäumnisse ihren Arbeitsplatz verlor, habe ich aus erster Hand erlebt, wie sehr Systeme selbst hart arbeitende Menschen im Stich lassen können. Drei Jahre lang konnte ich trotz herausragender schulischer Leistungen und einer Zusage für ein Wirtschaftsstudium nicht studieren, weil schlicht das Geld fehlte. Diese Zeit war schmerzhaft, aber sie hat mich auch verändert. Sie hat mich gezwungen, mich mit meiner Identität jenseits von Leistung auseinanderzusetzen und in mir selbst Widerstandsfähigkeit, Anpassungsfähigkeit und Selbstvertrauen zu entwickeln.

Wie wurde aus diesen Erfahrungen schließlich der Entschluss, selbst Verantwortung zu übernehmen und sich öffentlich zu engagieren?

Wenn ich ehrlich bin, war mein Einstieg in öffentliches Engagement oder das öffentliche Leben eher zufällig als geplant. Ich glaube nicht,











WELEAD Africa bildet junge Aktivist:innen weiter und bereitet sie mit Trainingsprogrammen darauf vor, in ihren Gemeinschaften Verantwortung zu übernehmen. Viele geben ihr Wissen danach als Mentor:innen weiter.

„Ich bin mit einem starken Gemeinschaftsgefühl aufgewachsen."

dass ich eines Tages aufgewacht bin und beschlossen habe: „Ich möchte eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens oder Aktivistin werden." Aber schon während ich aufwuchs, haben die Menschen in meinem Umfeld erkannt, dass ich diese Veranlagung hatte. Ich war in vielerlei Hinsicht ein bisschen eine Einzelgängerin, eine Außenseiterin, sehr eigenwillig in meiner Denkweise und Herangehensweise. Ich hatte schon immer die Tendenz, Systeme und Normen zu hinterfragen, statt sie einfach zu akzeptieren.

Führungsrollen fielen mir schon von klein auf leicht. Als Jugendliche wurde ich Junior-Abgeordnete, nachdem ich den Wahlkreis Mount Pleasant mit mehr als 4000 Stimmen gewonnen hatte, und diese Erfahrung hat mir schon sehr früh Einblicke in Politik und politische Teilhabe gegeben. Was mich jedoch wirklich dazu gebracht hat, mich bewusster und aktiver in der Öffentlichkeit zu engagieren, war die Erkenntnis, dass jungen Menschen ständig gesagt wurde, sie müssten warten – warten, zu führen, warten, einen Beitrag zu leisten, warten, überhaupt eine Rolle zu spielen. Damit war ich aus tiefster Überzeugung nicht einverstanden.

WELEAD Africa ist aus genau dieser Überzeugung entstanden. Ich habe diese Organisation mit 18 gegründet, weil ich daran geglaubt habe, dass junge Afrikanerinnen und Afrikaner bereits alles mitbrachten, um Führungsverant- ▸

FOTOS: STEWART DERECK PHOTOGRAPHY/WELEAD AFRICA

wortung zu übernehmen. Was uns fehlte, waren Zugang, Investitionen und Räume, in denen man unserer Führungsrolle wirklich vertraute.

Später, nachdem ich die Gewalt und Unterdrückung bei den Protesten im Januar 2019 gegen die massive Erhöhung der Treibstoffpreise und die anhaltende Wirtschaftskrise in Simbabwe miterlebt hatte, wurde mir klar, dass es in unserer Arbeit auch um Advocacy, Regierungsführung und Verfassungsfragen gehen muss. In diesem Moment wurde mir endgültig bewusst, dass die politische Stärkung junger Menschen keine Option ist; sie ist eine Notwendigkeit für die Zukunft unseres Kontinents.

Für die Leserinnen und Leser, die Ihre Arbeit vielleicht noch nicht kennen: Was macht WELEAD Africa konkret?

WELEAD Africa wurde am 23. November 2017 gegründet. Über die Jahre hat die Organisation bedeutende Fortschritte im Aufbau transformativer Jugendführung in Simbabwe und der Region gemacht. Durch verschiedene Leadership-Programme, Initiativen für gesellschaftliches Engagement und Projekte zur politischen Teilhabe schafft WELEAD Africa konkrete Möglichkeiten für junge Menschen, sich aktiv einzubringen, Führungskräfte in ihren Gemeinschaften zu werden und den Wandel in ihrem Umfeld mitzugestalten.

Im Zentrum steht dabei das iSERVE-Führungsmodell, ein Ansatz, der junge Menschen und insbesondere junge Frauen in ihrer Entwicklung als Führungspersönlichkeiten unterstützt. Der Name steht als englisches Akronym für die sechs Kernwerte des Programms: Innovation, dienende Führung (Servant Leadership), Empathie (Empathy), Verantwortung (Responsibility), Ehrenamt (Volunteerism) und den Mut zum Selbstausdruck (Expression). Durch diese Prinzipien lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, gesellschaftlichen Wandel aktiv und empathisch mitzugestalten. Und das Modell ist erfolgreich: Viele Alumni unserer Projekte haben inzwischen eigene Einrichtungen gegründet, Gemeindeprojekte initiiert und sich so für mehr soziale Gerechtigkeit eingesetzt.

In Simbabwe werden junge Menschen trotz ihres Anteils von über 60 Prozent an der Bevölkerung häufig von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Diese Exklusion schwächt demokratische Strukturen und schränkt die Fähigkeit von Institutionen ein, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Gleichzeitig sind rund 45 Prozent der jungen Menschen arbeitslos, während es nur begrenzte Möglichkeiten für politische Teilhabe und wirtschaftliche Perspektiven gibt.

Namatai Kwekweza
Die 27-Jährige aus Simbabwe engagierte sich schon als Jugendliche in NGOs und Jugendorganisationen für eine offene und gerechte Gesellschaft. Mit nur 18 Jahren gründete sie WELEAD Trust, heute WELEAD Africa, zur politischen Bildung und Förderung junger Führungskräfte. Im Juli 2024 wurde sie in Harare von der Polizei aus einem Flugzeug gezerrt, misshandelt und 35 Tage eingesperrt. Trotzdem kämpft Namatai Kwekweza weiter für Demokratie und für die Rechte junger Menschen und Frauen in Afrika. 2023 erhielt sie den *Kofi Annan NextGen Democracy Prize*.

„Mit unseren Programmen haben wir mehr als 200.000 Menschen erreicht."

Und genau hier setzt WELEAD Africa an: Mit unseren mehrjährigen Programmen im Bereich Demokratie und Governance haben wir inzwischen mehr als 200.000 junge Menschen im ganzen Land erreicht und so politische Bildung, demokratische Werte und Verantwortungsbewusstsein gestärkt.

Ein konkretes Beispiel ist das Projekt *Free to Express*, eine dreijährige Initiative zur politischen Bildung, die über 60.000 junge Menschen zu den Artikeln 61 (Meinungsfreiheit) und 62 (Zugang zu Informationen) der Verfassung geschult hat. Das Projekt hat junge Menschen dabei unterstützt, sich selbst zu organisieren, eigene Plattformen für politische Interessenvertretung aufzubauen und mit innovativen Kampagnen den demokratischen Raum zu erweitern.

Ein weiteres Beispiel sind unsere Leadership-Schulen. Mehr als 20.000 junge Menschen haben dort an Leadership- und Mentoring-Programmen sowie an Angeboten zu Governance teilgenommen. Über 4000 von ihnen haben intensive Trainings in politischer Führung erhalten. Viele geben ihr Wissen inzwischen selbst als Mentorinnen und Mentoren weiter. Einige bereiten sich mittlerweile darauf vor, selbst für politische Ämter zu kandidieren und sich aktiv in politische



Bei ihren Auftritten in Simbabwe und anderen Ländern spricht Namatai Kwekweza über ihre Initiativen zur politischen Bildung. In der Nähe von Harare entsteht gerade ein Zentrum, in dem junge Menschen Leadership-Kompetenzen entwickeln können.

FOTO: STEWART DERECK PHOTOGRAPHY/WELEAD AFRICA

Entscheidungsprozesse in ihren Gemeinden einzubringen. Neben der direkten Bildungs- und Leadership-Arbeit investiert WELEAD Africa gezielt in Wissensproduktion und politische Einflussnahme als Instrumente für strukturellen Wandel. Über Initiativen wie *Youth on the Bus* oder das Forschungsprojekt *What Youth Want* setzen wir uns für jugendfreundliche Reformen ein – darunter die Senkung von Altersgrenzen für politische Ämter, den Abbau von Zugangshürden im öffentlichen Dienst, die Regulierung von Wahlkampffinanzierung sowie die Stärkung verfassungsmäßiger Rechte junger Menschen.

„Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte junger Menschen ein."

Mit Blick auf die Zukunft: Welche Entwicklungen stehen für WELEAD Africa in den kommenden Jahren an?

Während WELEAD Africa weiter wächst, bauen wir unsere Arbeit in der Region aus und setzen einen stärkeren Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Zukunft gesellschaftlichen Engagements und den Aufbau solidarischer Netzwerke zwischen jungen Aktivistinnen und Aktivisten. Gleichzeitig beschäftigen wir uns intensiv mit der Frage, wie Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Leadership-Entwicklung auf sich wandelnde politische Rahmenbedingungen reagieren können. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Unterstützung jugendgeführter und gemeinschaftsbasierter Organisationen, damit junge Menschen nachhaltige Strukturen für ihre Initiativen aufbauen können.

Ein konkretes Projekt, das wir derzeit vorbereiten, ist das *WELEAD Africa Youth Leadership Village* in Norton, rund 40 Kilometer westlich von Harare. Geplant ist ein Zentrum, in dem junge Menschen Leadership-, Lebens- und Digitalkompetenzen entwickeln, sich beruflich qualifizieren und unternehmerische Fähigkeiten erwerben können. Vorgesehen sind außerdem Innovations- und Medienlabore, Räume für Kunst und Kultur, Sport- und Freizeitangebote sowie Beratungs- und Mentoring-Programme.

Das *Youth Leadership Village* ist dabei als Sozialunternehmen konzipiert: Einnahmen aus der Vermietung von Konferenz- und Veranstaltungsräumen an Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen sollen den laufenden Betrieb des Zentrums mitfinanzieren und seine langfristige Tragfähigkeit unterstützen. So soll nicht nur ein Ausbildungs- und Begegnungszentrum, sondern eine langfristig tragfähige Institution entstehen, die noch mehr junge Menschen über viele Jahre hinweg erreicht. Derzeit arbeiten wir an der Weiterentwicklung des Konzepts und suchen Partnerinnen und Partner, die den Aufbau des *Youth Leadership Village* gemeinsam mit uns ermöglichen. Unser Ziel bleibt dabei dasselbe: junge Menschen dabei zu unterstützen, demokratische Entwicklungen aktiv mitzugestalten und widerstandsfähige, inklusive Institutionen mit aufzubauen. ▪

Vom Protest zur politischen Teilhabe

Afrika ist der jüngste Kontinent der Welt, in vielen Ländern ist die Mehrheit der Bevölkerung unter 25 Jahre alt. Die Demonstrationen junger Menschen zeigen ihre wachsende Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen. Eine demokratische Erneuerung kann aber nur gelingen, wenn die junge Generation echten politischen Einfluss erhält.

VON ANJA OSEI

Junge Menschen erscheinen oberflächlich betrachtet vor allem dort, wo Politik eskaliert: in Protesten, Wahlkampagnen, sozialen Medien, aber auch als Gewaltakteure oder mobilisierbare Anhänger:innen politischer Parteien. Dies bedeutet jedoch nicht, dass demokratische Werte generell abgelehnt werden. Aus repräsentativen Meinungsumfragen wissen wir, dass die Unterstützung für Demokratie, Beteiligung und Rechenschaft weiterhin hoch ist. Das große Problem liegt vielmehr in der Enttäuschung über bestehende demokratische Institutionen. Viele junge Menschen wollen mitreden, finden aber selten Zugang zu Parteien, Parlamenten, Ausschüssen, Kandidatenauswahlverfahren und lokalen Parteistrukturen.

Darin liegt eine zentrale Repräsentationslücke. Die meisten Parlamente in Afrika spiegeln gesellschaftliche Realität nur teilweise wider. Während ethnische und religiöse Gruppen durchaus gemäß ihren Anteilen an der Gesamtbevölkerung repräsentiert werden, zeigt sich bei Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft ein anderes Bild. Politische Eliten sind häufig älter, männlich, gut ausgebildet, stammen aus sozial privilegierten Bevölkerungsgruppen und sind untereinander gut vernetzt. Die personelle Erneuerung der politischen Elite ist eingeschränkt; in vielen Ländern gibt es ausgeprägte Politikdynastien, die teilweise schon seit der Unabhängigkeit Machtpositionen besetzen. Selbst wenn solche Eliten abgewählt werden, werden sie oft durch Personen aus ähnlichen Milieus ersetzt. Damit lässt sich auf der politischen Ebene eine starke soziale Schließung beobachten, die dazu führt, dass sozial ähnliche Personen in Führungspositionen zirkulieren.

Dieser Befund trifft nicht nur auf Autokratien zu, sondern lässt sich auch in Demokratien finden: Demokratie führt also nicht automatisch zu einer personellen Erneuerung oder generell besserer Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt. Diese Lücke ist nicht nur eine Frage von Zahlen. Die demokratische Herausforderung liegt darin, dass bestimmte Erfahrungen institutionell zu wenig Gehör finden. Wer Zukunftsängste oder schlechte Bildungs- und Gesundheitssysteme unmittelbar erfährt, bringt andere politische Prioritäten mit als etablierte Eliten. Wenn diese Perspektiven fehlen, verlieren demokratische Institutionen an Responsivität. Dies trifft nicht nur, aber auch auf Jugendliche zu, die so von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen werden.

Warum ist der Zugang so schwer? Ein zentraler Grund liegt in der klientelistischen Wählermobilisierung und den damit einhergehenden Erwartungen der Wähler:innen. Politische Parteien repräsentieren oft keine klaren programmatischen Alternativen, sondern sind stark personalisiert. Wer für ein politisches Amt kandidieren will, braucht nicht nur Ideen oder gesellschaftliche Unterstützung. Er oder sie braucht Geld, lokale Netzwerke, Zugang zu Parteieliten, persönliche Bekanntheit und die Fähigkeit, materielle Erwartungen zu bedienen. Kandidierende werden häufig auch daran gemessen, ob sie private Hilfe leisten, lokale Projekte unterstützen oder Schulgebühren und medizinische Notfälle mitfinanzieren können. Diese Erwartungen sind eine logische Folge von schwachen sozialen Sicherungssystemen, haben politisch

„Wer Demokratie stärken will, muss die Institutionen stärken, die Teilhabe ermöglichen."

aber eine exkludierende Wirkung. Sie machen Karrieren teuer und voraussetzungsreich. Junge Menschen, Frauen und Personen aus weniger privilegierten Milieus können solche Erwartungen meist deutlich schwerer erfüllen als ältere, wohlhabende und gut vernetzte Akteure. Daraus folgt wiederum eine Überrepräsentation vor allem älterer Männer in den Parlamenten. Etablierte Eliten müssen den Zugang nicht immer offen blockieren. Oft reicht es, dass sie die entscheidenden Ressourcen kontrollieren: Geld, Netzwerke, Nominierungen, Kontakte zu lokalen Autoritäten, Zugang zu Parteiführungen und politische Sichtbarkeit. Dadurch entsteht eine politische Ordnung, die formal offen erscheint, faktisch aber stark selektiv ist. Wahlen finden statt, Parteien konkurrieren, Parlamente tagen. Doch die Wege in diese Institutionen bleiben für viele junge Menschen verschlossen oder führen nur über Abhängigkeiten, Patronage und Loyalität gegenüber etablierten Akteuren.

Besonders deutlich werden diese Mechanismen in Parteijugendorganisationen. Sie können Orte politischer Sozialisation sein, junge Menschen an Parteien heranführen und neue Generationen auf Verantwortung vorbereiten. Unter günstigen Bedingungen bilden sie Brücken zwischen Jugendmobilisierung und institutioneller Politik. In vielen Kontexten werden junge Aktivist:innen jedoch vor allem als Wahlkampfhelfer:innen eingesetzt. Sie mobilisieren Wähler:innen, aber wenn es um Listenplätze, Ressourcen oder politische Inhalte geht, entscheiden oft weiterhin ältere Parteieliten. Im ungünstigsten Fall werden Jugendstrukturen zu Instrumenten klientelistischer Einbindung oder politischer Kontrolle: Junge Menschen erhalten kleine Vorteile, Kontakte oder Karriereversprechen, bleiben aber abhängig von Patronage innerhalb der Partei. Jugendbeteiligung wird symbolisch, wenn sie nicht mit realer Entscheidungsmacht verbunden ist.

Diese Dynamik hat Folgen für die Demokratie insgesamt. Parlamente und Parteien sollen gesellschaftliche Präferenzen widerspiegeln und in Gesetze übertragen. Wenn große Teile der jungen Bevölkerung den Eindruck gewinnen, dass diese Institutionen ihre Lebensrealität nicht repräsentieren und keine glaubwürdigen Wege politischer Mitgestaltung eröffnen, wächst die Distanz zum demokratischen System. Diese Distanz kann sich in Apathie, aber auch in Protest, anti-elitären Bewegungen, radikaler Systemkritik oder der Unterstützung autoritärer (Militär)-Regime ausdrücken.

Gerade deshalb ist es falsch, junge Menschen nur dann politisch ernst zu nehmen, wenn sie auf der Straße protestieren. Protest ist ein wichtiges demokratisches Signal. Aber Demokratie braucht Institutionen, die eine effektive Interessenvertretung ermöglichen. Hier besteht häufig ein Bruch: Protestbewegungen verebben, wenn ihre Forderungen nicht dort ankommen, wo die Entscheidungen tatsächlich



Nach dem Tod eines Bloggers in Polizeigewahrsam protestieren Jugendliche 2025 in Kenia.

getroffen werden. Für die deutsche Afrikapolitik und Demokratieförderung ergeben sich daraus klare Konsequenzen. Wahlen, Wahlbeobachtung und zivilgesellschaftliche Initiativen bleiben wichtig. Aber politische Transformation entscheidet sich auch in Parteien, Parlamenten, kommunalen Vertretungen, Auswahlprozessen von Kandidaturen und innerparteilichen Regeln. Wer Demokratie stärken will, muss die Institutionen stärken, die Teilhabe ermöglichen und in Entscheidungen übersetzen. Eine junge Bevölkerung kann eine enorme Ressource politischer Erneuerung und Demokratisierung sein, jedoch wird die Zukunft der Demokratie in Afrika auch davon abhängen, ob politische Institutionen der Jugend glaubwürdige Zugänge und echten politischen Einfluss eröffnen.



Prof. Dr. Anja Osei ist seit 2022 Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Afrika am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

FOTOS: IMAGO/ANADOLU AGENCY, PRIVAT

Zwei Länder, eine große Chance

Das Migrations- und Mobilitätspartnerschaftsabkommen zwischen Kenia und Deutschland öffnet neue Wege für eine geordnete und vorteilhafte Arbeitsmigration. Kenias Staatssekretär für Arbeit und Qualifikation zieht eine Zwischenbilanz und benennt, worauf es bei der Umsetzung ankommt.

VON SHADRACK MWADIME, STAATSSEKRETÄR IM ARBEITSMINISTERIUM, KENIA

Arbeitsmigration und Mobilität haben sich zu einem globalen Phänomen entwickelt, das durch demografische Veränderungen, Globalisierung, technologischen Fortschritt und ungleiche Arbeitsmarktdynamiken zwischen den Ländern vorangetrieben wird. In den Industrieländern, insbesondere in Europa, kommt es zunehmend zu Arbeitskräftemangel aufgrund der alternden Bevölkerung, während Entwicklungsländer wie Kenia weiterhin ein rasantes Bevölkerungswachstum und eine wachsende Erwerbsbevölkerung verzeichnen, die nach Beschäftigungsmöglichkeiten sucht. Vor diesem Hintergrund haben sich Partnerschaftsabkommen zu Migration und Mobilität als wichtige politische Instrumente zur Förderung einer sicheren, geordneten und für beide Seiten vorteilhaften Arbeitsmigration etabliert. Diese Abkommen schaffen rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen, durch die Länder bei der Steuerung der Arbeitsmigration zusammenarbeiten, Qualifikationsengpässe beheben, die Entwicklung von Arbeitskräften fördern und die Rechte sowie das Wohlergehen von Migrant:innen schützen können.



Wie erfolgreiche Zusammenarbeit aussieht, zeigt für Shadrack Mwadime die Kooperation zwischen dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband und der *Kiambu National Polytechnic*.

FOTO: PRIVAT

Das im September 2024 unterzeichnete umfassende Migrations- und Mobilitätspartnerschaftsabkommen zwischen Kenia und Deutschland eröffnete neue Perspektiven für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Auf der Grundlage der jeweils geltenden Gesetze und gemeinsamer Grundsätze schafft das Abkommen legale und strukturierte Wege für kenianische Fachkräfte, Auszubildende und Studierende, um Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland zu erhalten, und unterstützt gleichzeitig den deutschen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Das Abkommen stärkt zudem die Zusammenarbeit in den Bereichen Kompetenzentwicklung, berufliche Bildung, Migrationssteuerung sowie die Rückkehr und Wiedereingliederung, wo dies erforderlich ist.

UM QUALIFIZIERTE Arbeitskräfte zu entwickeln, die auf den internationalen Arbeitsmärkten, einschließlich des deutschen, wettbewerbsfähig sind, hat die kenianische Regierung ihre Hochschulen und Einrichtungen der technischen und beruflichen Bildung (TVET) weiter ausgebaut. Durch diese Initiativen erhalten die Auszubildenden branchenrelevantes Wissen, praktische Kompetenzen und international anerkannte Qualifikationen, die den globalen Arbeitsmarktstandards entsprechen. Insbesondere richten sich die Reformen in unseren TVET-Einrichtungen zunehmend an den Schlüsselelementen des deutschen dualen Berufsbildungssystems aus. Um der entscheidenden Bedeutung von Sprachkenntnissen Rechnung zu tragen, hat die kenianische Regie-

„Die Rolle der deutschen Wirtschaft ist entscheidend bei dieser Partnerschaft."

rung dort den Fremdsprachenunterricht eingeführt, darunter auch Deutsch. Durch die Kombination von hochwertiger technischer Ausbildung mit Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen vermitteln diese Programme den Absolvent:innen die Fähigkeiten, um internationalen Standards und den sich wandelnden Anforderungen der Unternehmen auf den globalen Arbeitsmärkten gerecht zu werden.

Kenianer:innen nutzen weiterhin die legalen Zugangswege, um auf den deutschen Arbeitsmarkt zu gelangen. Es wurden strategische Partnerschaften zwischen Arbeitgeberverbänden in Deutschland und Ausbildungseinrichtungen geschlossen. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Partnerschaft zwischen dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband und der staatlichen TVET-Einrichtung *Kiambu National Polytechnic*. Im Rahmen des *Talent Gateway Project* fördern sie die Ausbildung und Rekrutierung kenianischer Auszubildender für das deutsche Gastgewerbe. Darüber hinaus besteht eine fortgesetzte Partnerschaft zwischen Hochschulen wie der *Mount Kenya University* und der Hochschule Koblenz, über die junge kenianische Auszubildende Zugang zu Ausbildungsplätzen und Berufen im deutschen Gesundheitswesen erhalten, insbesondere in der Pflege.

Die Umsetzung des Abkommens ist ein fortlaufender Prozess. Als Regierung bekennen wir uns weiterhin zu einem nachhaltigen Dialog und einer engen Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden, um sicherzustellen, dass unsere Absolvent:innen und Fachkräfte gut auf die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet sind. Wir werden uns weiterhin für die Anerkennung von Qualifikationen, die Kompetenzentwicklung, Sprachkurse, ethische Personalbeschaffung sowie andere Bereiche von gemeinsamem Interesse einsetzen, die eine effektive Arbeitskräftemobilität zwischen unseren beiden Ländern fördern.

WIR BETONEN zudem die entscheidende Rolle der deutschen Privatwirtschaft bei der Förderung dieser Partnerschaft. Und wir werden weiterhin eng mit Handelskammern, Industrieverbänden und anderen Akteuren zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass unsere Bemühungen gut koordiniert sind und den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, den Informationsaustausch zu verstärken, damit die Kenianer:innen ein besseres Verständnis des deutschen Arbeitsmarktes und seiner Chancen gewinnen. Durch diese gemeinsamen Anstrengungen wollen wir die sichere, geordnete und für beide Seiten vorteilhafte Arbeitskräftemobilität ausbauen, Chancen für kenianische Arbeitskräfte schaffen und gleichzeitig dazu beitragen, den Arbeitskräftebedarf in Deutschland zu decken.

Als Regierung bekennen wir uns weiterhin dazu, neue Partnerschaften aufzubauen, die mit international anerkannten Standards und bewährten Verfahren in den Bereichen Arbeitsmigration und Qualifikationsmobilität im Einklang stehen.



Hans Oskar, der in Bayern einen Cateringbetrieb leitet, kocht mit zwei Auszubildenden in Nairobi.

Wir sprechen der deutschen Regierung als geschätztem strategischen Partner unseren aufrichtigen Dank für ihre anhaltende Zusammenarbeit und Unterstützung aus. Wir freuen uns darauf, unsere Zusammenarbeit weiter zu stärken und unser gemeinsames Engagement zu vertiefen, geleitet von unseren geteilten Werten, Grundsätzen und gegenseitigem Respekt. Gemeinsam werden wir weiterhin eine Partnerschaft aufbauen, die eine nachhaltige Entwicklung vorantreibt, eine sichere und geordnete Arbeitskräftemobilität fördert und dauerhafte Vorteile für die Menschen in Kenia und Deutschland schafft.

Shadrack Mwangolo Mwadime ist Staatssekretär im kenianischen Ministerium für Arbeit und Qualifikation.

FOTO: GIZ KENYA

Drei Fragen an… S.E. Ohene Adjei

Ghana bietet viele Chancen für die deutsche Wirtschaft, findet der neue Botschafter der Republik Ghana. Er möchte, dass sein Land als strategischer Partner Deutschlands gesehen wird und fordert faire Handelsregeln und weniger Bürokratie.

1 Welche Ziele verfolgen Sie hinsichtlich der bilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland für Ihre Amtszeit als Botschafter in Berlin?

Ghana und Deutschland verbindet eine langjährige Beziehung, die von echtem gegenseitigem Respekt geprägt ist. Mein übergeordnetes Ziel ist es, diese Partnerschaft von einer vorwiegend auf Entwicklungszusammenarbeit basierenden Beziehung zu einer wahrhaft wechselseitigen wirtschaftlichen und politischen Allianz zu entwickeln, in der Ghana nicht als Empfänger, sondern als strategischer Partner erster Wahl angesehen wird.

Im wirtschaftlichen Bereich ist es eines meiner Hauptziele, dazu beizutragen, dass das bilaterale Handelsvolumen bis zum Ende meiner Amtszeit um 25 Prozent gesteigert wird. Erfreulicherweise gewinnt der Handel zwischen Deutschland und Ghana weiter an Dynamik. Von Januar bis September 2025 verzeichnete der bilaterale Handel ein starkes Wachstum: Die deutschen Exporte nach Ghana stiegen um 28,8 Prozent auf 274,9 Millionen Euro, während die Exporte Ghanas nach Deutschland im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2024 um 17,3 Prozent auf 290,4 Millionen Euro zunahmen. Diese Zahlen spiegeln wachsende Handelsmöglichkeiten und eine sich vertiefende wirtschaftliche Partnerschaft zwischen unseren Ländern wider. Kakao bleibt ein Eckpfeiler der ghanaischen Exporte nach Deutschland und unterstreicht die Bedeutung des Agrarhandels für die bilateralen Beziehungen. Gleichzeitig sehe ich großes Potenzial für eine Diversifizierung in die Bereiche Agrarverarbeitung, erneuerbare Energien, Gesundheitswesen, digitale Infrastruktur, Fertigung und grüne Technologien. Die erfolgreichen Regierungskonsultationen 2025 und die vereinbarten regelmäßigen Konsultationen zwischen den Außenministerien haben eine solide Grundlage geschaffen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und politische Absichten in konkrete Ergebnisse umzusetzen.

Ebenso setze ich mich für die Stärkung der Partnerschaften auf subnationaler Ebene ein, die seit langem das Fundament unserer Beziehungen bilden. Besonders hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen, die seit 2007 besteht. Sie hat wichtige Impulse in der Regierungsführung, Bildung, Gesundheit, wirtschaftlichen Entwicklung und im Diaspora-Engagement gesetzt. Aus dieser Partnerschaft sind erfolgreiche Städte- und Hochschulkooperationen entstanden, darunter die Verbindungen zwischen Tamale und Münster, Kumasi und Dortmund sowie New Juaben und Düsseldorf. Ich bin überzeugt, dass diese Form der dezentralen Diplomatie von großer Bedeutung ist, da sie die bilaterale Zusammenarbeit für Menschen, Gemeinden und Institutionen unmittelbar erlebbar macht.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Vertiefung der zwischenmenschlichen Beziehungen durch den Austausch in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Berufsausbildung. Darüber hinaus werde ich Ghanas Beteiligung an wichtigen internationalen Veranstaltungen in Deutschland weiter ausbauen, um sicherzustellen, dass Ghanas Stimme dort Gehör findet, wo wichtige globale Entscheidungen getroffen werden.

2 Was sind die größten Herausforderungen, denen Sie gegenüberstehen?

Die Herausforderungen sind real, aber nicht unüberwindbar. Ich möchte drei hervorheben, die einen Großteil meiner Aufmerksamkeit beanspruchen. Erstens: die Wahrnehmungslücke. Trotz Ghanas demokratischer Tradition, seiner stabilen Regierungsführung



und seines großen wirtschaftlichen Potenzials betrachten viele deutsche Unternehmen Afrika nach wie vor eher durch die Brille des Risikos als der Chancen. Um diese Sichtweise zu ändern, bedarf es eines beharrlichen und faktenbasierten Engagements. Deshalb sind Initiativen wie unsere „Invest in Ghana"-Programme, die Teilnahme an Messen sowie unsere Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden sehr wichtig. Trotz des positiven Handelswachstums bleiben Vertrauensbildung und ein stärkeres Engagement des Privatsektors entscheidend.

Zweitens sind regulatorische und strukturelle Handels- und Investitionshemmnisse nach wie vor eine Herausforderung. Die Vorschriften des EU-Binnenmarkts, Zertifizierungsanforderungen und Wettbewerbsregeln sind zwar in ihrer Zielsetzung legitim, schaffen jedoch häufig schwierige Marktzugangsbedingungen. Ghanaische Produkte, darunter Kakao, verarbeitete Agrarprodukte, Sheabutter, Kunsthandwerk und andere wertschöpfungsstarke Exportgüter, sind wettbewerbsfähig, wenn ihnen ein faires Handelsumfeld geboten wird.

Drittens erfordert das Thema Migration und Mobilität weiterhin ein umsichtiges Management. Der Arbeitsmarktbedarf in Deutschland und die junge Erwerbsbevölkerung in Ghana bieten Chancen für eine strukturierte Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der laufenden Gespräche über ein Partnerschaftsabkommen zur Mobilität von Fach- und angelernten Arbeitskräften. Die Herausforderung besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Migration geordnet und für alle Seiten vorteilhaft verläuft und die Würde und die Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkt geachtet werden.

Eine zentrale Aufgabe der Diplomatie bleibt es daher, den starken politischen Goodwill zwischen Ghana und Deutschland in konkrete Investitionen und greifbare Ergebnisse zum Nutzen beider Länder umzusetzen.

3 Welche Wünsche und Forderungen haben Sie an die deutsche Afrikapolitik?

Mein Appell an die deutschen politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger ist sowohl respektvoll als auch direkt: Setzen Sie Ihre erklärten Verpflichtungen gegenüber Afrika mit der dafür erforderlichen Geschwindigkeit und in dem dafür erforderlichen Umfang um. Deutschland verfügt über hervorragende Instrumente – das BMZ, die GIZ, die KfW und Rahmenwerke wie den *Compact with Africa*. Afrikanische Partner wünschen sich jedoch, dass diese schneller und mit weniger Bürokratie zum Einsatz kommen. Die alle zwei Jahre stattfindenden Regierungskonsultationen mit Ghana und die bevorstehende, auf Ghana ausgerichtete Ausgabe des *German-African Business Summit* in Accra sind ermutigende Zeichen. Ich fordere die deutschen Entscheidungsträgerinnen und -träger nachdrücklich auf, diese Plattformen nicht nur für den Dialog, sondern auch für verbindliche Verpflichtungen zu nutzen.

Was den Handel betrifft, fordere ich Handelsregeln, die den Grundsatz der Partnerschaft wirklich widerspiegeln. Agrarsubventionen und nichttarifäre Handelshemmnisse, die die Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Exporte untergraben, müssen ehrlich auf den Prüfstand gestellt werden. Ghanas Exportwirtschaft – von Ananas- und Mangoproduktion über die Herstellung von Sheabutter bis hin zum Kunsthandwerk – ist wettbewerbsfähig, wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen. Deutschland hat als führendes EU-Mitglied den Einfluss, sich für fairere Bedingungen einzusetzen.

Im Klimabereich sollte Deutschland anerkennen, dass Afrika nur gering zu den globalen Emissionen beiträgt, aber besonders stark von deren Folgen betroffen ist. Deshalb braucht es mehr Unterstützung für afrikanisch geführte Anpassungsmaßnahmen. Ghana verfolgt konsequent seine Transformationsagenda und sieht insbesondere im Transfer grüner Technologien, etwa durch die Fraunhofer-Institute und die GIZ, großes Potenzial für eine vertiefte Zusammenarbeit.

Abschließend möchte ich Deutschland bitten, seinen Einfluss in multilateralen Institutionen geltend zu machen, um sicherzustellen, dass afrikanische Nationen eine faire und substanzielle Stimme bei den Entscheidungen haben, die sie betreffen. Eine echte Partnerschaft ist ohne gegenseitigen Respekt nicht möglich.

S. E. Prof. Ohene Adjei ist seit dem 13. Oktober 2025 Botschafter der Republik Ghana in Berlin. Der Mikrobiologe, der in Hamburg studiert hat, beriet früher die WHO.

FOTO: BUNDESREGIERUNG/GUIDO BERGMANN

Mehr als Chinas Konkurrent

Japans Engagement in Afrika wird oft durch die Brille der ostasiatischen Rivalität betrachtet. Das verstellt den Blick auf Beziehungen, die in 130 Jahren gewachsen sind.

VON SCARLETT CORNELISSEN

Angesichts der derzeit wachsenden internationalen Aufmerksamkeit für den Aufstieg und den Einfluss sogenannter „nicht-traditioneller" und aufstrebender Mächte auf dem afrikanischen Kontinent herrscht häufig das Missverständnis vor, Japan sei einer dieser neuen Akteure. Dies verkennt aber die lange Geschichte der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und vielen afrikanischen Staaten, deren Anfänge bis in Japans Aufstieg während der Meiji-Ära und die frühe Industrialisierung im späten 19. Jahrhundert zurückreichen. Japans erste offizielle Beziehung auf dem Kontinent bestand zu Südafrika, wo 1918 am Kap der Guten Hoffnung die erste diplomatische Vertretung in Afrika errichtet wurde. In der Zwischenkriegszeit (d. h. von 1918 bis 1939) wurden mehrere weitere Konsular- und Handelsbüros in Nord-, Ost- und Westafrika eingerichtet, was die noch jungen, aber wachsenden Handelsbeziehungen unterstrich. Ihr Schwerpunkt lag auf dem Export von in Japan hergestellten Konsumgütern und Leichtindustriegütern in die neu erschlossenen afrikanischen Märkte. Tatsächlich dominierten bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Textilien japanischer Herkunft die Märkte in Belgisch-Kongo und in Ostafrika. Sie waren günstiger als die Konkurrenz aus Indien und Großbritannien und fachten dort eine Debatte über die „gelbe Gefahr" an.

NACH DEM KRIEG und im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelten sich die Beziehungen zwischen Japan und Afrika nachhaltig und auf besondere Weise. Zu den wichtigsten Wendepunkten zählen die Aufnahme der Offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) mit afrikanischen Empfängerländern 1966, der Aufstieg der Rohstoffdiplomatie mit dem Kontinent in den Siebzigerjahren als strategische Reaktion auf die weltweite Ölkrise sowie die deutliche Ausweitung der japanischen ODA für Afrika in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Ende der Neunzigerjahre hatte sich Japan zu einem der führenden Geberländer des Kontinents entwickelt und die „traditionellen" Geber aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten überholt.

Der Zeitpunkt und die außenpolitische Bedeutung von Japans neu erlangtem Status als einflussreicher Geber auf dem Kontinent können gar nicht genug betont werden. Angesichts der geopolitischen Verschiebungen nach dem Ende des Kalten Krieges erkannten die japanischen Entscheidungsträgerinnen und -träger die Notwendigkeit einer außenpolitischen Neuorientierung. Dies bildete den Ausgangspunkt für eine strategische Neuausrichtung der japanischen Afrikapolitik, die unter anderem 1993 zur erstmaligen Ausrichtung der multilateralen *Tokyo International Conference on African Development* (TICAD) führte. Sie diente als diplomatische Geste, um der wachsenden Entwicklungshilfemüdigkeit westlicher Staaten und dem vorherrschenden Afro-Pessimismus entgegenzuwirken. Ursprünglich als einmalige, auf Afrika ausgerichtete internationale Entwicklungskonferenz konzipiert, hat die TICAD an Umfang und Bedeutung gewonnen. Seitdem wurde sie zunächst alle fünf Jahre und seit 2013 alle drei Jahre als diplomatische Konferenz auf Ebene der Staats- und Regierungschefs abgehalten. Die neunte TICAD fand 2025 in Yokohama statt und hatte die bislang höchste Teilnehmerzahl.

DIE TICAD ist heute ein wesentlicher Teil der Beziehungen zwischen Japan und Afrika. Im Laufe von 30 Jahren hat sie sich von einer Plattform für diplomatischen und politischen Dialog zu einer eher handlungsorientierten Initia-

„Im Mittelpunkt steht die Förderung afrikanischer Eigenverantwortung."

tive entwickelt. In den vergangenen Jahren lag der Schwerpunkt vor allem auf der Förderung engerer Wirtschafts- und Investitionsbeziehungen zwischen Japan und Afrika, um das Wachstum auf dem Kontinent voranzutreiben. Zudem hat sich die Konferenz zu einer Plattform für ernsthaften Austausch zwischen afrikanischen und japanischen Akteuren entwickelt. Mit der Zeit konnten sich zunehmend auch afrikanische Stimmen aus Konzernen, der Zivilgesellschaft und der Diplomatie einbringen. Die TICAD-Agenda spiegelt den Multi-Stakeholder-Charakter der Konferenz wider und umfasst inzwischen sowohl Entwicklungsbereiche, die für Afrika wichtig sind (etwa den Ausbau der Infrastruktur und die Handelsintegration), als auch Themen von zunehmender globaler Bedeutung wie unter anderem Klimaschutz, digitale Souveränität oder Lieferketten für kritische Rohstoffe. Schließlich könnte die TICAD als Vorläuferin anderer sogenannter „Afrika+-Entwicklungs- und Diplomatiegipfel" gesehen werden, die mittlerweile zu einem Standardrahmen für das Engagement anderer externer Mächte geworden sind, darunter China, die Europäische Union, Großbritannien und die Golfstaaten. Auf diese Weise hat Japan mit seiner Afrikadiplomatie internationale Maßstäbe gesetzt.Heutzutage besteht die Tendenz, Japan und China als Konkurrenten auf dem afrikanischen Kontinent darzustellen und Japans Afrikadiplomatie vor dem Hintergrund der regionalen Dynamiken und Rivalitäten in Ostasien zu betrachten. Dies verstellt jedoch den Blick auf die historischen Grundlagen und die spezifischen Entwicklungen der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Afrika in den vergangenen 130 Jahren, die sowohl von der Diplomatie auf höchster Ebene als auch von einzelnen Personen und Interessengruppen vorangetrieben wurden.

JAPAN ist in der Tat ein besonderer außenpolitischer Akteur auf dem afrikanischen Kontinent. Es handelt sich um eine Großmacht, die fest in den westlichen geo-institutionellen Raum eingebunden ist und dort großen Einfluss ausübt. Diese Einbindung beeinflusst seine außenpolitischen Prioritäten und seine Ausrichtung gegenüber Afrika. Das zeigt sich etwa daran, wie sich Japans pro-ukrainische Haltung in seiner aktuellen Afrikadiplomatie widerspiegelt, denn das Land sucht die Annäherung und Partnerschaft mit gleichgesinnten Staaten.

Japans Nationale Sicherheitsstrategie von 2022 markierte eine neue, strategischere und stärker auf nationale Interessen ausgerichtete Wende in seiner Außenpolitik, die sich auch in den Beziehungen zu wichtigen afrikanischen Staaten niederschlägt. Gleichzeitig hat sich Japan im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika über Jahrzehnte hinweg als internationaler Normenvorreiter profiliert. Obwohl Japan Mitglied des *Development Assistance Committee* (DAC) der OECD ist, des wichtigsten westlichen Geberblocks, hat es bei seiner Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika einen eigenen Weg eingeschlagen. Dieser basiert auf den Erfahrungen der eigenen Entwicklungsgeschichte und seiner entwicklungspolitischen Philosophie. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung „afrikanischer Eigenverantwortung" innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit.



Japanisch-afrikanischer Dialog bei der TICAD-Konferenz 2025 in Yokohama.

IN ZUKUNFT werden die beiden Hauptschwerpunkte der japanisch-afrikanischen Zusammenarbeit an aktuelle Entwicklungen anknüpfen. Erstens an neue und gemeinsame Sicherheitsinteressen in konventionellen wie nicht-konventionellen Bereichen – von staatlicher und maritimer Sicherheit über Energie- und Ernährungssicherheit bis hin zum globalen Klimawandel – und zweitens an gemeinsame wirtschaftliche und entwicklungspolitische Interessen. Bei aller Überschneidung der Interessen kommt es darauf an, dass diese Beziehungen gemeinsam gestaltet werden und beiden Seiten zugutekommen.



Prof. Dr. Scarlett Cornelissen ist Direktorin des Japan Centre der Stellenbosch University, Südafrika.

FOTOS: PICTURE ALLIANCE/KYODO, PRIVAT



Mehr als 800.000 Bäuerinnen und Bauern in Benin und anderen Ländern profitieren von der Initiative *Cotton made in Africa.*

FOTOS: AID BY TRADE FOUNDATION

Ein Preis für faire Baumwolle

Die *Aid by Trade Foundation* setzt sich für nachhaltige Entwicklung durch Handel ein. Für ihr Engagement wurde die Stiftung mit dem Ehrenpreis der Deutschen Afrika Stiftung 2025 prämiert.

Herr Prof. Dr. Otto, herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung der Aid by Trade Foundation. Was bedeutet Ihnen der Preis?
Der Ehrenpreis der Deutschen Afrika Stiftung bedeutet mir und sicher allen ausgezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr viel. Es ist eine große Ehre und wird alle Beteiligten motivieren, sich weiter intensiv für die Initiative und die Menschen in Afrika einzusetzen.

Was hat Sie bewogen, die Aid by Trade Foundation zu gründen? Was war Ihre Vision?
Mein philanthropisches Engagement fußt auf der Überzeugung, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung Hand in Hand gehen sollten und Unternehmen eine besondere Verantwortung tragen. Die Gründung der *Aid by Trade Foundation* im Jahr 2005 war ein Ausdruck dieser Prinzipien. Meine Vision war es, durch Handel und durch das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" die Lebensbedingungen der Menschen in Afrika zu verbessern und die Umwelt zu schützen. Mit der Initiative *Cotton made in Africa* haben wir dieses Prinzip in die Tat umgesetzt: Armutsbekämpfung und Umweltschutz durch die Aktivierung von Marktkräften in Europa und Nordamerika. Heute arbeitet die Stiftung in Afrika, Indien und China an der Durchsetzung von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit bei der Erzeugung von textilen Rohstoffen und kooperiert mit einem globalen Netzwerk aus Einzelhandel und Marken.

Cotton made in Africa hat sich seither zu einem der weltweit führenden Standards für nachhaltige Baumwollproduktion entwickelt. Wenn Sie die letzten 20 Jahre Revue passieren lassen, was waren für Sie die wichtigsten Meilensteine?
Wenn ich zurückblicke, freue ich mich über das, was in den vergangenen 20 Jahren insgesamt erreicht worden ist. *Cotton made in Africa* ist heute in zehn Ländern in Afrika aktiv und arbeitet mit über 800.000 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zusammen. Über 30 Prozent der afrikanischen Baumwolle ist nach dem *Cotton made in Africa*-Standard verifiziert. Wir haben viele Schulen gebaut, Brunnenanlagen und Krankenstationen errichtet und so unmittelbar zur Verbesserung des Lebensstandards tausender Menschen beigetragen. Dass wir mit unserem unternehmerischen Ansatz nachweislich eine positive Wirkung erzeugen können, ist eine großartige Leistung der *Aid by Trade Foundation.*

Richten wir den Blick in die Zukunft: Was haben Sie sich noch vorgenommen – als Stifter und Unternehmer, aber vielleicht auch persönlich?
Die Stiftung wird sich auch in Zukunft der Verbesserung von Lebensbedingungen und dem Schutz der Umwelt widmen und dafür an innovativen Konzepten und neuen Partnerschaften arbeiten. Als Unternehmer möchte ich weiterhin zukunftsweisende Lösungen fördern, die ökonomisch und ökologisch nachhaltig sind. Persönlich hoffe ich, durch mein Engagement andere zu inspirieren, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen und aktiv zu einer positiven Veränderung in der Welt beizutragen.

Prof. Dr. Michael Otto war Vorstandsvorsitzender der Otto Group. Heute engagiert er sich als Stifter für den Umweltschutz. Er ist Gründer der Aid by Trade Foundation.



Michael Otto mit Bärbel Kofler (li.), Parl. Staatssekretärin im BMZ, Wolfgang Stefinger MdB (2. v. li.) und Uschi Eid bei der Entgegennahme des Preises.

FOTO: DAS

Ungenutzte Potenziale

Beim Empfang zu Ehren des afrikanischen Diplomatischen Corps war der Befund eindeutig: Während deutsche Unternehmen oft noch zögern, investieren andere internationale Partner deutlich stärker in Afrika.

VON DANIEL TÖDT

Die deutsch-afrikanischen Beziehungen stehen in einem geopolitischen Umfeld, das von wachsenden Spannungen und einer Neuordnung der Weltwirtschaft geprägt ist. Lieferketten werden neu ausgerichtet, Handelsfragen gewinnen an sicherheitspolitischer Bedeutung und der Wettbewerb um Märkte, Technologien, Energie und kritische Rohstoffe verschärft sich. Im Zentrum steht deshalb die Frage, wie Deutschland und die afrikanischen Staaten ihre Beziehungen so gestalten können, dass sie wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und Stabilität gleichermaßen fördern.

Dies war Thema beim diesjährigen Empfang zu Ehren des afrikanischen Diplomatischen Corps, zu dem die Deutsche Afrika Stiftung gemeinsam mit der Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) am 8. Juni 2026 in das Haus der Deutschen Wirtschaft einlud, in diesem Jahr auch in Kooperation mit der *North Africa Middle East Initiative of German Business* (NMI). Unter dem Titel „German-African Foreign Policy Relations – Shaping Joint Pathways in Security and Economic Cooperation“ kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Diplomatie, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

Nach einem Grußwort von S.E. Igor César, Botschafter der Republik Ruanda und Doyen des afrikanischen Diplomatischen Corps, und einem Videogrußwort von Thomas Schäfer, CEO der Marke Volkswagen und Vorsitzender von SAFRI, begrüßten Dr. Volker Treier von der Deutschen Industrie- und Handelskammer und Dr. Uschi Eid, Präsidentin der DAS, die Gäste. Die Keynote hielt Serap Güler, Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Anschließend diskutierten Gesa Bräutigam, Beauftragte für Subsahara-Afrika und Sahel im Auswärtigen Amt, S.E. Dr. Mohamed Abd El-Sattar Elbadri, Botschafter der Arabischen Republik Ägypten, S.E. Eskindir Yirga Asfaw, Botschafter der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien, und Leandro Fernandez, Managing Director und CEO der INZAG Germany GmbH.

Ungenutzte Potenziale, so ein Ergebnis des Abends, bestimmen weiterhin die deutsche Afrikapolitik. Mit seiner jungen Bevölkerung, dynamischen Märkten, natürlichen Ressourcen und der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone ist Afrika ein zentraler politischer und wirtschaftlicher Akteur im internationalen System. Dennoch steht der Kontinent für nur rund zwei Prozent des deutschen Warenhandels; auch die deutschen Direktinvestitionen bleiben mit einem Anteil von einem Prozent an allen deutschen Auslandsinvestitionen auf niedrigem Niveau. Daraus ergibt sich ein erheblicher Handlungsbedarf.

EIN WIEDERKEHRENDES Motiv war die Forderung nach mehr Ambition. Echte Partnerschaft dürfe weder kurzfristigen Rohstoffinteressen dienen noch neue Abhängigkeiten schaffen. Gefragt seien langfristige Kooperationen, die lokale Wertschöpfung, Technologietransfer, Ausbildung und hochwertige Beschäftigung fördern. Das Zeitfenster für ein stärkeres deutsches Engagement ist jedoch nicht unbegrenzt: Wo deutsche Unternehmen zögern, nutzen andere internationale Partner die vorhandenen Investitionsmöglichkeiten. Bestehende Instrumente müssten daher schneller und konsequenter eingesetzt werden. *Global Gateway,* der *Compact with Africa* und die Investitionsförderung bieten wichtige Ansatzpunkte, sollten aber stärker auf die praktischen Bedürfnisse von Unternehmen und Partnerländern zugeschnitten werden.

Die Agenda 2063 und die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone stehen für wirtschaftliche Transformation und regionale Integration. Afrikanische Staaten seien nicht als Empfänger von Unterstützung, sondern als politische

und wirtschaftliche Gestalter und als Anbieter konkreter Kooperationsmöglichkeiten wahrzunehmen. Genannt wurden Energieverbindungen, Logistik, industrielle Produktion und strategische Handelsräume. Pauschale Ansätze greifen dabei zu kurz: Afrika ist kein einheitlicher Markt. Erfolgreiches wirtschaftliches Handeln muss sich an den Bedingungen und Zielen der einzelnen Länder orientieren.

Eng miteinander verbunden sind wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit. Arbeitsplätze, Teilhabe und Zukunftschancen können Stabilität fördern; Rechtsstaatlichkeit und verlässliche politische Rahmenbedingungen ermöglichen wiederum Investitionen. Störungen im Roten Meer und steigende Transportkosten veranschaulichen, wie unmittelbar regionale Konflikte globale Lieferketten und auch europäische Märkte treffen. Regionale Herausforderungen erfordern in erster Linie afrikanische Lösungen, können aber durch politische, wirtschaftliche und technische Beiträge von Partnern wie Deutschland unterstützt werden. Auch Wasser- und Ernährungssicherheit wurden als Grundlagen für Gesundheit, Beschäftigung und gesellschaftliche Resilienz thematisiert.







Gute Gespräche zwischen Wirtschaft und Diplomatischem Corps auf und neben dem Podium. Unten (v.li.): Volker Treier, Außenwirtschaftschef der DIHK, Serap Güler, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Uschi Eid und S.E. Igor César, Botschafter der Republik Ruanda.

DEM PRIVATSEKTOR kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Deutsche Unternehmen verfügen über technologische Kompetenz, industrielle Erfahrung und Know-how in der beruflichen Bildung, unterschätzen jedoch häufig die Dynamik afrikanischer Märkte. Fehlende Marktkenntnisse, Finanzierungsprobleme und regulatorische Unsicherheiten erschweren das Engagement. Nötig seien mehr Mut, flexiblere Instrumente und eine stärkere politische Begleitung. Viel Potenzial liegt in der beruflichen Bildung und dem Aufbau lokaler Verarbeitungskapazitäten. Noch immer werden viele landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe exportiert, ohne dass ein größerer Teil der Wertschöpfung in den Herkunftsländern verbleibt. Investitionen in Ausbildung, Verarbeitung, Qualitätssicherung und Logistik könnten beiden Seiten wirtschaftlichen Nutzen bringen. Eine weitere Grundlage für Entwicklung und Stabilität ist die Infrastruktur. Straßen, Häfen, Energie- und Wasserversorgung sowie digitale Netze verbinden Märkte, senken Produktionskosten und schaffen Beschäftigung. Obwohl deutsche Unternehmen hier große Kompetenzen mitbringen, sind sie im afrikanischen Infrastruktursektor bislang nur begrenzt präsent. Notwendig sind verlässliche Finanzierung, flexiblere Verfahren und eine enge Abstimmung mit den Partnern vor Ort.

Mit 45 Auslandsvertretungen auf dem afrikanischen Kontinent kann die deutsche Wirtschaftsdiplomatie Unternehmen frühzeitig beraten, Kontakte eröffnen und Projekte politisch begleiten. „Team Germany“ steht für den Anspruch, Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaft enger zu verzahnen. Auch die afrikanische Diaspora in Deutschland kann stärker als Brücke zwischen Unternehmen, Institutionen und Gesellschaften genutzt werden.

Herausforderungen wie Klimawandel, Gesundheit, Migration, Frieden und Ernährungssicherheit lassen sich nicht ohne Afrika bewältigen. Konflikte im Sudan, im Sahel, am Horn von Afrika und im Osten der Demokratischen Republik Kongo haben unmittelbare wirtschaftliche und sicherheitspolitische Folgen. Umso wichtiger sind handlungsfähige multilaterale Institutionen und eine stärkere Stimme Afrikas in internationalen Foren. Ob Deutschland für afrikanische Staaten tatsächlich zu einem Partner der Wahl wird, entscheidet sich weniger an neuen Strategien als an konkreten Investitionen, verlässlicher politischer Begleitung und der Bereitschaft, afrikanische Prioritäten zum Ausgangspunkt der Beziehungen zu machen. ▪

FOTOS: JENS SCHICKE/DIHK



Abbau von Rohstoffen in Simbabwe.

Afrika wartet nicht

Fast ein Drittel der weltweiten Rohstoffreserven befindet sich auf dem Kontinent. Das ist eine Chance für Deutschland. Doch auf politische Vereinbarungen folgen bislang zu selten konkrete Investitionen. Wer künftig Partner der Transformation sein will, muss jetzt Präsenz und Vertrauen aufbauen.

VON STEFAN MÜLLER UND HOLGER HEY

Während in Brüssel und Berlin noch über Richtlinien debattiert wird, findet auf den Rohstoffmärkten der Welt längst eine fundamentale Neuaufteilung statt. Europa setzt die regulatorischen Rahmenbedingungen, aber andere sichern sich die Rohstofflizenzen. Wer bei den Grundstoffen der industriellen Transformation – von Lithium bis zu Seltenen Erden – heute keine strategischen Allianzen schmiedet, verliert morgen nicht nur seine Wettbewerbsfähigkeit, sondern seine geopolitische Souveränität.

Über 90 Prozent der in der EU verbrauchten Seltenen Erden kommen aus China. Die EU hat mit

FOTOS: DGWA

dem *Critical Raw Materials Act* einen Rahmen gesetzt, die Ziele sind definiert. Doch Ziele ohne Kapital und Partnerschaften bleiben leere Absichtserklärungen. Und während Europa debattiert, haben chinesische Unternehmen vielerorts Konzessionen aufgekauft, wo westliche Wettbewerber zögern.

Ein Lösungsansatz liegt in Afrika: Der Kontinent hält nicht nur fast ein Drittel der weltweiten Rohstoffreserven, sondern dominiert schon heute Schlüsselmärkte: Nahezu 70 Prozent des global geförderten Kobalts stammen aus Afrika, und bei strategischen Metallen wie Lithium und Kupfer wächst der afrikanische Anteil rasant. Doch afrikanische Länder liefern nicht mehr bedingungslos: Simbabwe, Namibia und die DR Kongo haben Exportbeschränkungen eingeführt. Das ist keine Abschottung, sondern eine Einladung an Partner, die mehr bieten als die Abbaulizenz.

Deutschland sollte sie annehmen. Abkommen gibt es bereits, mit Angola, Namibia und der DR Kongo. Das Problem ist, was danach kommt: kein Kapital, keine Plattform, kein Engagement. Wer Versorgungssicherheit erwartet, muss Abnahmesicherheit bieten. *Offtake Agreements* und *Floor Prices* sind anderswo Standard. Deutschland benötigt einen staatlich abgesicherten Rohstofffonds nach dem Vorbild Japans (JOGMEC), der Preisrisiken abfedert, die private Unternehmen nicht tragen können.

Über die DGWA
Die Deutsche Gesellschaft für Wertpapieranalyse (DGWA) ist eine europäische Investment-Banking- und Unternehmensberatungsfirma mit Sitz in Frankfurt. Sie ist Deutschlands führendes Investment-Banking- und Beratungsunternehmen für den Bergbau- und Explorationssektor.

„Eine entwicklungspolitische Brille reicht nicht mehr aus."

WIE DAS in der Praxis aussieht, beschreibt Holger Hey. Als *Africa Advisor* der DGWA, Koordinator der Kammerkooperation mit der *Chamber of Mines of Mozambique* und Repräsentant der Südafrikanisch-Deutschen Außenhandelskammer kennt er beide Seiten:
„Deutschland muss Afrika endlich als strategischen Partner verstehen, nicht als Rohstoffquelle. Der Kontinent verfügt nicht nur über enorme Reserven kritischer Mineralien, sondern auch über junge, wachsende Märkte, zunehmende politische Gestaltungskraft und den klaren Anspruch auf industrielle Wertschöpfung im eigenen Land. Wer heute in Afrika nur Rohstoffabbau sieht, wird morgen keinen Zugang mehr zu den entscheidenden Wertschöpfungsketten haben.

Das zeigt sich in der täglichen Arbeit zwischen Deutschland und Mosambik deutlich: Afrikanische Staaten und Unternehmen suchen keine Abnehmer, sie suchen Partner. Sie erwarten Technologietransfer, Ausbildung, lokale Verarbeitungskapazitäten, langfristige Finanzierungsbereitschaft und echtes Commitment. Kurzfristiges Beschaffungsdenken wird nicht mehr akzeptiert. Die Chance für Deutschland liegt deshalb nicht im schnellen Rohstoffzugang, sondern im Aufbau belastbarer industrieller Allianzen, die das gesamte wirtschaftliche Ökosystem rund um kritische Rohstoffe mitdenken.



Stefan Müller, CEO der Deutschen Gesellschaft für Wertpapieranalyse, fordert einen staatlich abgesicherten Rohstofffonds nach dem Vorbild Japans.

Während andere Akteure das längst verstanden haben und strategisch investieren, agiert Deutschland oft noch zu vorsichtig, zu langsam und zu sehr auf Einzelprojekte fokussiert. Afrika wartet nicht. Die rohstoffreichen Länder des Kontinents noch weniger. Wer jetzt Vertrauen, Präsenz und gemeinsame Wertschöpfung aufbaut, wird künftig Partner der Transformation sein, wirtschaftlich wie geopolitisch.

Eine letzte, unbequeme Frage sollte dabei erlaubt sein: Wie viele afrikanische Länder stehen auf der deutschen Liste strategischer Partnerländer, und sind es tatsächlich die richtigen? Wenn es um kritische Rohstoffe, Industriepartnerschaften und geopolitische Resilienz geht, reicht eine entwicklungspolitische Brille nicht mehr aus. Afrika verändert sich schnell. Deutschland sollte den Kontinent endlich konsequent wirtschaftsstrategisch lesen."

Stefan Müller ist CEO der DGWA. Holger Hey ist Senior Advisor bei der DGWA.

Eine Brücke für die Ausbildung

In Deutschland sind tausende Stellen unbesetzt, während in Namibia viele junge Menschen keine Arbeit finden. Das Projekt *TalentsBridge* verbindet Auszubildende in Afrika mit deutschen Unternehmen – ein Gewinn für beide Seiten.

VON SEBASTIAN STIETZEL

Deutschland steht vor einer der größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre: dem Fachkräftemangel. Allein in Berlin sind derzeit rund 60.000 Stellen unbesetzt. Bis 2035 könnte Deutschland insgesamt etwa sieben Millionen Arbeitskräfte verlieren. Um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, braucht es deshalb qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland – und neue Wege, um sie zu gewinnen, zu integrieren und langfristig zu binden. Gleichzeitig kämpfen viele Länder des Globalen Südens mit hoher Jugendarbeitslosigkeit.



Der Berliner IHK-Präsident Sebastian Stietzel im Gespräch mit Azubis.

Zahlreiche junge Menschen absolvieren berufliche Bildungsprogramme, finden jedoch keine Beschäftigung. Oft fehlt es an praxisnaher Ausbildung und an einer Ausrichtung auf die Anforderungen moderner Arbeitsmärkte. Hier setzt *TalentsBridge* an.

PROJEKT MIT MODELLCHARAKTER

TalentsBridge ist ein internationales Ausbildungsprojekt des gemeinnützigen Vereins talentsbridge e. V., das unter Beteiligung der IHK Berlin entwickelt wurde. Ziel ist der Aufbau eines Ausbildungszentrums in Windhuk, Namibia, das junge Menschen nach deutschen Berufsbildungsstandards qualifiziert und sie auf den lokalen sowie den deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet.

Der Pilotbetrieb ist im September 2026 mit den Berufen Verkäufer:in und Industrieelektriker:in gestartet. Die IHK Berlin begleitet die Qualitätssicherung und den Übergang der Absolventinnen und Absolventen in den deutschen Arbeitsmarkt. Das Besondere an *TalentsBridge* ist, dass die Ausbildung einschließlich Sprach- und Kulturvorbereitung bereits im Heimatland stattfindet. Die Teilnehmenden lernen nach deutschen Ausbildungsordnungen und legen am Ende die reguläre IHK-Abschlussprüfung ab – dieselbe Prüfung wie Auszubildende in Deutschland. Damit erwerben sie einen vollwertigen deutschen Berufsabschluss und schaffen somit die Grundlage für eine Beschäftigung als anerkannte Fachkraft.

SO FUNKTIONIERT DAS MODELL

Die Ausbildung beginnt mit einer sechsmonatigen Vorbereitungsphase. In dieser Zeit erwerben die Teilnehmenden Deutschkenntnisse und werden auf die Anforderungen der deutschen Berufsausbildung vorbereitet. Es folgt eine zweijährige fachliche Ausbildung im Ausbildungszentrum in Windhuk. Praktische Ausbildungsanteile erfolgen in namibischen Partnerunternehmen. Parallel wird der Deutschunterricht bis zum Niveau B2 fortgeführt.

Zum Abschluss reisen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Namibia nach Deutschland, absolvieren hier ihre IHK-Prüfungen und sammeln erste Erfahrungen in den Partnerunternehmen. Erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen erhalten ein konkretes Arbeitsplatzangebot und die Grundlage für einen Aufenthaltstitel zur Beschäftigung. Finanziert wird diese Ausbildung durch deutsche Partnerunternehmen. Diese erhalten im Gegenzug frühzeitig Zugang zu qualifizierten, sprachlich und interkulturell vorbereiteten Fachkräften. Darüber hinaus können sie sich durch Praktikumsplätze, Ausbildereinsätze oder eigene Aktivitäten am Ausbildungscampus engagieren.

FOTOS: IHK BERLIN/JULIA RUNGE

WARUM NAMIBIA?

Namibia bietet hervorragende Voraussetzungen für ein solches Pilotprojekt. Das Land ist politisch stabil, wachstumsorientiert und offen für internationale Bildungs- und Investitionspartnerschaften. Englisch ist Amtssprache, vielerorts wird Deutsch gesprochen. Hinzu kommt die langjährige Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhuk. Unterstützt wird *TalentsBridge* unter anderem vom namibischen Ministerium für Bildung, Innovation, Jugend, Sport, Kunst und Kultur, dem Ministerium für Industrialisierung und Handel sowie dem *Namibia Investment Promotion and Development Board*. Das Goethe-Institut Namibia begleitet den Deutschunterricht. Die zuständigen Bildungsbehörden unterstützen die Akkreditierung des Programms.

MEHRWERT FÜR BEIDE SEITEN

TalentsBridge ist kein Rekrutierungsprogramm, sondern eine Investition in Bildung und Zukunft. Für Namibia entstehen neue Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven. Junge Menschen erhalten international anerkannte Berufsabschlüsse, lokale Ausbildende werden qualifiziert und das Berufsbildungssystem wird gestärkt. Gleichzeitig profitieren auch diejenigen Absolvent:innen, die ihre Zukunft in Namibia sehen. Deutschland wiederum gewinnt einen verlässlichen Weg für qualifizierte Fachkräftezuwanderung. Statt auf komplizierte Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse angewiesen zu sein, kommen Fachkräfte, die von Beginn an nach deutschen Standards ausgebildet wurden und sprachlich wie kulturell vorbereitet sind. Das Modell ist skalierbar und kann auf weitere Berufe und Länder übertragen werden. *TalentsBridge* versteht sich als Beitrag zu einer neuen Form internationaler Berufsbildungskooperation auf Grundlage von Qualität, Partnerschaft und gegenseitigem Nutzen.



Teilnehmende des vorbereitenden Workshops in Windhuk, Namibia. Das Pilotprojekt ist im September 2026 gestartet.

WAS JETZT GEBRAUCHT WIRD

Damit *TalentsBridge* sein Potenzial entfalten kann, sind drei Voraussetzungen entscheidend. Erstens braucht Deutschland einfachere und schnellere Verfahren bei Einwanderung und Arbeitsmigration. Trotz bestehender Reformen stellen bürokratische Hürden weiterhin eine Herausforderung dar. Sinnvoll wären für die Zukunft mehr Partnerschaften mit Ländern in Subsahara-Afrika. Zweitens benötigen internationale Berufsbildungspartnerschaften verlässliche politische Rahmenbedingungen. Solche Vorhaben sollten als Investitionen in gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung verstanden werden – nicht als klassische Entwicklungshilfe.
Drittens braucht es weitere Kammern, Verbände und Unternehmen, die sich engagieren. Der Fachkräftemangel betrifft ganz Deutschland. Seine Lösung erfordert deshalb gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft, Politik und Bildungseinrichtungen.

NEUES KAPITEL DER ZUSAMMENARBEIT

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia sind historisch gewachsen. *TalentsBridge* eröffnet die Chance, ein neues Kapitel zu schreiben – geprägt von Partnerschaft und Respekt. Es geht nicht um Abwerbung, sondern um gemeinsame Investitionen in Bildung und Chancen. Wenn dieses Modell erfolgreich ist, kann es weit über Namibia hinaus Wirkung entfalten und zum Vorbild für internationale Berufsbildungskooperationen werden.

Sebastian Stietzel ist Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Mehr Informationen unter www.talentsbridge.org

Die Macht der alltäglichen Entscheidungen

Das Potenzial Afrikas ist unumstritten, aber oft ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und Umsetzung groß. Die Zukunft des Kontinents hängt weniger davon ab, neue Lösungen zu finden, als davon, die vorhandenen anzuwenden.

VON SAMUEL MAIMBO

Armut wird häufig als ein über Generationen weitergegebenes Schicksal dargestellt, geprägt von Geschichte, geografischen Gegebenheiten und strukturellen Rahmenbedingungen. Doch sie ist zugleich, auf subtilere, aber nicht weniger folgenschwere Weise, das kumulative Ergebnis von Entscheidungen, die täglich von Menschen, Institutionen und Regierungen getroffen werden. Jede ihrer Entscheidungen über Prioritäten, den richtigen Zeitpunkt und die Umsetzung beeinflusst nicht nur die unmittelbaren Ergebnisse, sondern auch die langfristigen Perspektiven über Generationen hinweg. Armut zu verstehen, bedeutet nicht nur Einschränkungen zu betrachten, sondern auch Entscheidungen sowie deren Qualität, Konsequenz und Umsetzung.

Dieser Zusammenhang zwischen Entscheidungsfindung und Entwicklung wurde mir besonders deutlich, als ich 2024 sechs Monate lang für das Amt des Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank kandidierte. Diese Erfahrung war geprägt von Reisen, dem Austausch mit Menschen aus Politik und Zivilgesellschaft in vielen Ländern sowie der Teilnahme an öffentlichen Debatten. Auch wenn ich gegen einen würdigen Kandidaten – und einen Freund – verloren habe, bot mir der Wahlkampf einen seltenen Einblick in einen Kontinent, der allzu oft durch Verallgemeinerungen charakterisiert wird. Es zeigte sich deutlich ein Spannungsfeld: Das Potenzial Afrikas ist real, aber ebenso real ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und Umsetzung. Diese Kluft ist nicht abstrakt. Sie zeigt sich im Unterschied zwischen angekündigten und tatsächlich umgesetzten Maßnahmen, zwischen erkanntem Potenzial und dessen realer Entfaltung.

Der Fortschritt zeigt sich in Entscheidungen von Regierungen, Institutionen und der Bevölkerung, die von dem gemeinsamen Willen getragen sind, Entwicklung voranzubringen. In vielen Bereichen gewinnen Reformen und Innovationen zunehmend an Dynamik. Dies deutet darauf hin, dass Afrikas Zukunft weniger vom Nachholen versäumter Entwicklungsschritte abhängt als von der Entfaltung seiner Stärken. Der Kontinent verfügt über rund 60 Prozent der weltweit besten Solarressourcen, stellt jedoch nur etwa ein Prozent der installierten Solarkapazität. Auch nahezu 60 Prozent der weltweit noch ungenutzten Ackerflächen befinden sich in Afrika. Der entscheidende Engpass ist folglich nicht der Mangel an Ressourcen. Das Wachstum wird zunehmend durch die Digitalisierung und städtische Expansion vorangetrieben, wobei allein die Internetwirtschaft bis 2050 voraussichtlich einen Wert von 712 Milliarden US-Dollar erreichen wird.

Die zentrale Herausforderung für den Fortschritt liegt in der Umsetzung. Allzu häufig werden notwendige und breit unterstützte Entscheidungen nicht getroffen oder so umgesetzt, dass ihre Wirkung verwässert. Der innerkontinentale Handel liefert hierfür ein anschauliches Beispiel. Trotz seines unbestrittenen Nutzens kommt die Vertiefung des grenzüberschreitenden Handels nur langsam voran und bremst die wirtschaftliche Integration. Die Kosten dieser Verzögerungen sind erheblich. Infrastrukturlücken führen zu einem Produktivitätsrückgang von bis zu 40 Prozent und verursachen jährlich Verluste in Höhe von rund zwei Prozent des BIP. Aufgrund von Energiedefiziten haben mehr als 600 Millionen Menschen keinen Zugang zu Strom, was Wachstum

und Chancen einschränkt. In Nigeria gehen wiederkehrende Stromengpässe mit erheblichen jährlichen wirtschaftlichen Verlusten einher, während im gesamten südlichen Afrika Dürren die Anfälligkeit der Wasserkraftwerke offengelegt haben. Auch ehrgeizige Initiativen wie die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone kommen nur schrittweise voran, was deutlich macht, wie bürokratische Trägheit und mangelnde Koordination Reformen behindern können.

Während institutionelle Entscheidungsprozesse ins Stocken geraten, entsteht von unten eine neue Dynamik durch junge Menschen, die zunehmend klassische Hindernisse überwinden. Mithilfe digitaler Plattformen schaffen sie einen stärker vernetzten, reaktionsfähigeren und partizipativeren Wirtschaftsraum, der mit einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß funktioniert, die zuvor unvorstellbar waren. Dieses „virtuelle Afrika" ist kein Ersatz für formelle Institutionen, aber es verändert, wie Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden.

Bis zum Jahr 2050 wird Afrika voraussichtlich 740 Millionen mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter zählen, was Herausforderungen und Chancen mit sich bringt. Bereits heute tragen mobile Technologien über 240 Milliarden US-Dollar zur regionalen Wirtschaft bei, während digitale Tools die Transaktionskosten senken, die Transparenz verbessern und Abläufe beschleunigen. In Äthiopien steigern technologische Investitionen die landwirtschaftliche Produktivität; in Ruanda hat die Digitalisierung Verwaltungsprozesse effizienter gestaltet. In diesen Fällen dient Technologie nicht nur als Wachstumsmotor, sondern



Afrika, wie es Samuel Munzele Maimbo sieht. Der Wirtschaftsexperte aus Sambia ist auch ein begabter Maler.

auch als Mittel, um die seit langem bestehende Umsetzungslücke zu schließen.

Gleichzeitig verändert sich Afrikas Verhältnis zur restlichen Welt. Der Einfluss historischer Bündnisse nimmt in der Praxis ab. Auf dem gesamten Kontinent beanspruchen Regierungen mehr Autonomie bei ihren politischen Entscheidungen und beteiligen sich strategischer an globalen Angelegenheiten. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger werden zunehmend von einer selbstbewussten, vernetzten Bevölkerung zur Rechenschaft gezogen, während die Länder lernen, sich in der Weltpolitik so zu bewegen, dass nationale und regionale Prioritäten vorangetrieben werden. Das Ergebnis ist ein wachsendes Gefühl der Handlungsfähigkeit.

Diese Entwicklung hat wichtige geopolitische Auswirkungen. Afrika, das lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle bei der Gestaltung globaler Regeln gespielt hat, beginnt sich nun stärker zu positionieren. Auch wenn sein Anteil am Welthandel nach wie vor bescheiden ist, nimmt sein Einfluss durch die Größe von Initiativen wie der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone, mit einem Markt von 1,3 Milliarden Menschen, deutlich zu. Institutionelle Entwicklungen, darunter eine stärkere Vertretung in wichtigen globalen Foren, stützen diesen Trend. Gleichzeitig positionieren sich Länder als Zentren aufstrebender Branchen, von erneuerbaren Energien bis zu kritischen Mineralien. Diese Entwicklungen deuten auf einen schrittweisen, aber bedeutenden Übergang von einer passiven Beteiligung zu einem aktiven Engagement bei der Gestaltung der Weltordnung hin.

Die Herausforderungen für Afrika sind nach wie vor groß, doch Armut ist nicht vorherbestimmt. Sie ist das Ergebnis von Entscheidungen. Sie wird davon beeinflusst, gemildert oder verschärft, ob Chancen genutzt oder vertagt werden, ob politische Maßnahmen umgesetzt werden oder ins Stocken geraten und ob neue Instrumente angenommen oder abgelehnt werden. Die Zukunft Afrikas wird weniger davon abhängen, neue Lösungen zu finden, als vielmehr davon, die vorhandenen umzusetzen. Das Potenzial des Kontinents liegt nicht nur in seinen Ressourcen oder seiner Bevölkerungsentwicklung, sondern auch in seiner Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen – und diese in großem Maßstab umzusetzen.



Samuel Munzele Maimbo ist Vizepräsident „Haushalt und Beschaffung" der Weltbankgruppe. Der Sambier war Kandidat für das Amt des Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank.

FOTOS: SAMUEL MAIMBO, WORLD BANK

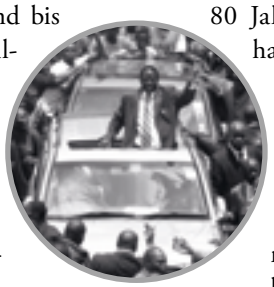
Das Enigma

Er war Revolutionär und Pragmatiker zugleich: Zum Tod des kenianischen Politikers Raila Odinga.

VON SABINE ODHIAMBO

Raila Amolo Odinga war eine der prägendsten und zugleich widersprüchlichsten Persönlichkeiten der postkolonialen Geschichte Kenias. Über Jahrzehnte war er weit mehr als Oppositionsführer, Premierminister oder fünffacher Präsidentschaftskandidat. Er war Hoffnungsträger, Demokrat, Machtpolitiker, Versöhner und Polarisierer zugleich. Im kenianischen Volksmund wurde er schlicht „Baba" („Vater") genannt, die Vaterfigur einer politischen Bewegung und für manche einer ganzen Nation. Geboren am 7. Januar 1945 in Maseno als Sohn des ersten Vizepräsidenten Jaramogi Oginga Odinga, wurde Raila Politik gewissermaßen in die Wiege gelegt. Nach einem Ingenieurstudium in der DDR arbeitete er zunächst als Akademiker und Unternehmer, bevor er sich der inoffiziellen Opposition gegen den Einparteienstaat anschloss. Wegen seiner mutmaßlichen Beteiligung am Putschversuch gegen Präsident Daniel arap Moi wurde er 1982 ohne Verurteilung für sechs Jahre inhaftiert. Zwei weitere Gefängnisaufenthalte folgten. Diese Jahre machten ihn zum Symbol des Widerstands und begründeten seinen Ruf als unbeugsamer Kämpfer für demokratische Reformen.

In den Neunzigerjahren gehörte er zu den führenden Figuren der Demokratiebewegung, die die Einführung des Mehrparteiensystems erzwang. Für Millionen Kenianerinnen und Kenianer verkörperte er lange Zeit ein alternatives politisches Projekt und die Hoffnung auf politische Erneuerung. Besonders prägend waren die Jahre nach den umstrittenen Wahlen von 2007, die von schwerer Gewalt begleitet wurden. Viele sind bis heute überzeugt, dass ihm damals der Wahlsieg genommen wurde. Als Premierminister der von Kofi Annan vermittelten Großen Koalition unter Präsident Mwai Kibaki trug Raila jedoch wesentlich zur Stabilisierung des Landes bei. Als wichtiger Fürsprecher der Verfassung von 2010, der bedeutendsten institutionellen Reform Kenias, setzte er sich insbesondere für die Dezentralisierung des Staates ein. Kritische Stimmen werfen ihm allerdings vor, zentrale Reformziele aufgegeben zu haben, indem er letztlich die Beibehaltung des weitgehend präsidentiellen Systems mittrug.



Raila Odinga beim Wahlkampf 2007 in Nairobi.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS/KHALIL SENOSI

Der Spitzname „The Enigma" traf den Kern seiner politischen Persönlichkeit. Er konnte kompromisslos opponieren und kurz darauf zum Architekten nationaler Verständigung werden. Er bekämpfte politische Eliten und schloss sich ihnen später an. Revolutionär und Pragmatiker existierten in ihm zugleich. Diese Ambivalenz zeigte sich auch im „Handshake" mit Präsident Uhuru Kenyatta 2018. International wurde er als Akt der Versöhnung gefeiert, während vor Ort viele darin eine Abkehr von seinen Reformversprechen sahen. Doch gerade darin lag das Paradox seiner Karriere: Er bewegte sich stets zwischen Opposition und Systemintegration und hielt damit oft das politische Zentrum Kenias zusammen. Auch außerhalb Kenias genoss Raila hohes Ansehen. Als Vermittler in Konflikten und als Hoher Repräsentant der Afrikanischen Union für Infrastrukturentwicklung wirkte er weit über sein Land hinaus.

Sein Vermächtnis bleibt vielschichtig. Er erweiterte demokratische Räume, stärkte die Opposition und forderte politische Teilhabe ein, ohne die Widersprüche des Systems je ganz überwinden zu können. Für seine Anhänger war er „the best president Kenya never had", für seine Gegner ein ewiger Herausforderer. Für viele Beobachter bleibt er vor allem das, was sein bekanntester Spitzname beschreibt: ein politisches Rätsel.

Raila starb am 15. Oktober 2025 in Indien mit 80 Jahren während eines medizinischen Aufenthalts. Seine außergewöhnliche Stellung zeigte sich auch nach seinem Tod. Obwohl er nie Präsident Kenias war, ordnete Präsident William Ruto eine siebentägige Staatstrauer sowie ein Staatsbegräbnis an.

Mit Railas Tod endet ein Kapitel kenianischer Geschichte. Sein Einfluss auf die politische Kultur Kenias und die Demokratisierung Ostafrikas wird jedoch weit über seine Lebenszeit hinaus nachwirken. ■

Der Beständige

Er führte Botsuana durch die Krise: Nachruf auf den ehemaligen Präsidenten Festus Mogae.

VON PUSETSO MORAPEDI

Mit dem Tod von Festus Gontebanye Mogae verliert Botsuana einen der wichtigsten Wegbereiter seiner Erfolgsgeschichte und die Welt einen Staatsmann von Integrität, Besonnenheit und unerschütterlichem Engagement für das Gemeinwohl.

Der ehemalige Präsident Mogae verstarb am 8. Mai 2026 im Alter von 86 Jahren. Sein Leben umfasste eine Zeit des Umbruchs in der Geschichte Botsuanas, von den letzten Jahren der Kolonialverwaltung über die Unabhängigkeit bis zur Entstehung einer der angesehensten Demokratien Afrikas. Nur wenige Menschen haben so maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen wie er.

Mogae wurde am 21. August 1939 in Serowe, einer Stadt im Osten des Landes, geboren und gehörte einer Generation an, die vor der gewaltigen Aufgabe stand, eine Nation aufzubauen. Mit seiner guten Ausbildung, seinem Wirken im öffentlichen Dienst und seinen Führungsqualitäten setzte er sich ein Leben lang dafür ein, das Fundament zu stärken, auf dem der Wohlstand und die Stabilität Botsuanas beruhen.

Bevor er in die höchste politische Führung aufstieg, diente der Wirtschaftswissenschaftler seinem Land in zahlreichen leitenden Positionen, darunter als Gouverneur der *Bank of Botswana* und als Staatssekretär des Präsidenten.

Während seiner Amtszeit als Präsident von 1998 bis 2008 machte er sich dafür stark, die demokratischen Institutionen zu festigen, die Haushaltsdisziplin zu stärken und die Grundsätze der Rechenschaftspflicht und Transparenz zu wahren, die zu Markenzeichen Botsuanas geworden sind.

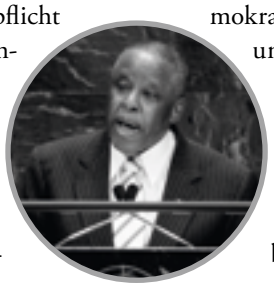
Während der HIV/AIDS-Epidemie, inmitten von Angst, Stigmatisierung und Unsicherheit rund um die Krankheit auf weiten Teilen des Kontinents, zeigte Präsident Mogae außergewöhnliche Führungsstärke. Er sprach die Krise offen an, mobilisierte nationale und internationale Partner und machte Botsuana zu einem Vorreiter bei der Bereitstellung lebensrettender Behandlungen – mit Ausstrahlung weit über das Land hinaus.

Mogae regierte zurückhaltend, aber effektiv. Sorgfältiges Abwägen zog er großen Gesten vor, und langfristige nationale Interessen stellte er über kurzfristige politische Vorteile. Seine Autorität beruhte nicht auf Charisma oder Populismus, sondern auf Kompetenz, Beständigkeit und Vertrauen. Im Jahr 2008 erhielt er dafür den Mo-Ibrahim-Preis. Mit dieser Auszeichnung wurden nicht nur seine Leistungen im Amt gewürdigt, sondern auch sein Engagement für demokratische Regierungsführung und den friedlichen Machtwechsel.

Trotz der Ehrungen, die ihm zuteilwurden, und der Verantwortung, die er trug, blieb Mogae zugänglich, nachdenklich und bodenständig. Für ihn war ein öffentliches Amt kein Privileg zum Vergnügen der Führungselite, sondern eine verantwortungsvolle Aufgabe, die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern anvertraut wurde.

Auch im Ruhestand engagierte er sich weiterhin in internationalen Initiativen für Gesundheit, Entwicklung, gute Regierungsführung und die Prävention von Konflikten. In ganz Afrika und darüber hinaus war er ein gefragter und angesehener Staatsmann, dessen Erfahrung, Weisheit und ausgewogenes Urteilsvermögen großes Gewicht besaßen.

Festus Gontebanye Mogae hinterlässt nicht nur eine beeindruckende Erfolgsbilanz, sondern auch ein Vermächtnis, das als Vorbild dient. In einer Zeit, in der demokratische Institutionen in vielen Teilen der Welt unter Druck stehen, erinnert uns sein Beispiel daran, wie wichtig Integrität im öffentlichen Dienst, die Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung und ein unerschütterliches Engagement für das Gemeinwohl sind. Möge die Erinnerung an ihn ein Segen bleiben und möge sein Vermächtnis fortbestehen.



Festus Mogae spricht 2007 vor der UN-Generalversammlung.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS/ED BETZ

Pusetso Morapedi ist Mitgründerin des Botswana Centre for Public Integrity (BCPI).

Desinformationskampagnen beeinflussen zunehmend Wahlen, auch in Afrika. Doch die Afrikanische Union und Medien wollen dem etwas entgegensetzen: Aufklärung und mehr Medienkompetenz.

VON STEVE MOKAYA
ILLUSTRATION: DANI MAIZ



Afrikas Kampf um die Wahrheit

Bei den letzten beiden Parlamentswahlen in Kenia, 2017 und 2022, dominierten Falschmeldungen und Desinformation den Wahlkampf und beeinflussten sogar das Wahlverhalten, wie ein Untersuchungsbericht später aufdeckte. Es mehren sich bereits Warnzeichen für groß angelegte Desinformation im Vorfeld der allgemeinen Wahlen im August 2027, da sich die Informationstechnologie weiterentwickelt und immer ausgefeilter wird, insbesondere durch künstliche Intelligenz (KI).

Der jüngste sprunghafte Anstieg bei der Nutzung von KI hat die Erstellung und Weitergabe von Informationen und Inhalten revolutioniert und stellt eine große Herausforderung für Demokratie, Politik, Menschenrechte und Regierungsführung in vielen Ländern weltweit dar – insbesondere jedoch für die Länder Afrikas. Zahlreiche Akteure, staatliche wie nichtstaatliche, kämpfen um die Vorherrschaft beim Einsatz von KI, um ihre Interessen durchzusetzen, die nicht immer auf guten Absichten beruhen.

Nehmen wir zum Beispiel mein Land, Kenia. Bei den letzten beiden Wahlen spielten digitale Plattformen und soziale Medien eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung von Inhalten, mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, eigene Ziele zu fördern und die Gegenseite zu diskreditieren. Politische Parteien schickten *spin doctors* (Personen, die Informationen so „drehen", dass sie möglichst positiv dastehen, Anm. d. R.) und Bloggerinnen und Blogger an die Front dieser Desinformationsschlachten, und das zeigte Wirkung. Tatsächlich geriet die berüchtigte und 2018 dann aufgelöste britische Firma *Cambridge Analytica* in die Kritik, weil sie Falschmeldungen verbreitete, um die Parlamentswahlen 2017 in Kenia zu beeinflussen.

Und nun, da Kenia sich auf die nächsten Wahlen vorbereitet, gibt es eine neue Welle von gezielten Falschmeldungen und Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, falsche Darstellungen über das Wahlverhalten und die Wahlregister in verschiedenen Bezirken zu verbreiten. Kenias Wahlbehörde, die Unabhängige Wahl- und Grenzkommission (IEBC), musste sich zu Wort melden, um auf einige dieser in den sozialen Medien verbreiteten irreführenden Informationen hinzuweisen, doch der nationale Journalismusverband, die *Kenya Union of Journalists*, hat gewarnt, dass diese Kampagnen nur noch schlimmer würden, je näher der Wahltag rücke.

Wahlbezogene Desinformation ist jedoch nur ein Teil des Puzzles. In einigen Ländern ist der Staat der Hauptakteur, der Desinformation sät und verbreitet. Ein Beispiel dafür ist Burkina Faso. Seit Ibrahim Traoré 2022 durch einen Militärputsch an die Macht kam, bot sich ein günstiges Umfeld für staatlich ge-

förderte Desinformationskampagnen. Durch das Verbot von mehr als zehn im Land tätigen internationalen Medien schaltete die Militärjunta die kritische Presse effektiv aus, die über die Exzesse berichten konnte, etwas, das überforderte und eingeschüchterte lokale Medien kaum leisten konnten. Darauf folgte das Verbot oppositioneller politischer Parteien und im Januar 2026 die Erklärung Burkina Fasos zum Einparteienstaat.

Interessanterweise hat sich der Militärführer von Burkina Faso, Hauptmann Traoré, dank seiner panafrikanischen Haltung und seines Auftretens eine riesige Fangemeinde auf dem ganzen Kontinent aufgebaut. Die Wahrheit könnte jedoch anders aussehen: Es gibt viele Berichte über Menschenrechtsverletzungen in seinem Land. Das ist kaum überraschend, da Traoré seine Macht langsam, aber sicher ausbaut. Zudem gab es Fälle von gefälschten, KI-generierten Videos, in denen weltbekannte Musikstars Traoré lobten, was seine Popularität steigerte, obwohl die Demokratie in seinem Land und die dortigen Verhältnisse weit vom Panafrikanismus entfernt sind. Viele junge Menschen sind diesen Kampagnen aufgesessen und sehen den erst 38-Jährigen als Vorbild, dem andere afrikanische Staatschefs nacheifern sollten.

Das Ausmaß und die Raffinesse dieser Desinformationskampagnen in ganz Afrika haben eine kontinentweite Debatte erzwungen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Und eine Antwort zeichnet sich langsam ab. Im April 2026 veranstaltete die Afrikanische Union (AU) gemeinsam mit der UNESCO ein Konsultationstreffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen, führenden Medien, Regulierungsbehörden und Organisationen der Zivilgesellschaft, um einen Rahmen für Medienkompetenz auf dem Kontinent zu erörtern. Der Rahmen wird später den Ministerien für Information und Technologie der AU-Mitgliedstaaten vorgelegt und von diesen erörtert, bevor er verabschiedet wird. Dieser Rahmen zielt unter anderem darauf ab, „die Widerstandsfähigkeit gegen Fehlinformationen, Desinformation, Hassrede, Online-Manipulation und schädliche digitale Inhalte zu stärken und gleichzeitig die Meinungsfreiheit, die Medienfreiheit und den Zugang zu Informationen zu gewährleisten". Man kann nur hoffen, dass er nach seiner endgültigen Verabschiedung vollständig umgesetzt wird, da er von Akteuren des Kontinents entwickelt wurde und somit eine maßgeschneiderte Lösung darstellt.

Auf Länderebene sind jedoch bereits verschiedene Maßnahmen im Gange, noch bevor die Afrikanische Union überhaupt über eine Lösung nachgedacht hat. Diese länderspezifischen Lösungen werden etwa in Zusammenarbeit mit Entwicklungspartnern aus Deutschland umgesetzt. Insbesondere die Deutsche Welle Akademie hat mehrere Fortbildungsstipendien zur Bekämpfung von Desinformation in verschiedenen afrikanischen Ländern angeboten.

Diese Workshops, die sich in der Regel an Medienschaffende sowie Journalist:innen richten, befassen sich mit den Herausforderungen von Demokratie, Menschenrechtsverletzungen und Geschlechterfragen im Zeitalter von digitalen Plattformen und KI. Anfang 2026 veranstaltete die DW Akademie etwa ein „Gender and AI Reporting Fellowship", ein sechsmonatiges Programm, das darauf abzielte, Journalist:innen in Kenia dabei zu unterstützen, die Schnittstelle zwischen künstlicher Intelligenz und Gender zu untersuchen.

Die DW Akademie arbeitet zudem mit in Afrika ansässigen Medienhäusern wie *Africa Uncensored* zusammen, um Journalist:innen darin zu schulen, mithilfe von KI Lösungen für die Herausforderungen zu entwickeln, denen Medienhäuser in ihren Ländern gegenüberstehen.

Dies zeigt, dass KI und digitale Plattformen zwar, wie es üblicherweise der Fall ist, zur Verbreitung von Falschmeldungen und Desinformation genutzt werden können, aber auch dazu dienen können, Demokratie, Menschenrechte und gute Regierungsführung zu fördern. Das setzt voraus, dass die Menschen über Medienkompetenz verfügen, die Regierung gegenüber abweichenden Meinungen tolerant ist, die Pressefreiheit gedeiht und Medienverantwortliche sowie Medienschaffende verantwortungsbewusst handeln. Zwar mag Afrika seine ganz eigenen Herausforderungen haben, die direkt oder indirekt Desinformation begünstigen. Aber Desinformation ist auch ein globales Problem und erfordert daher internationale Partnerschaften. Denn Informationen kennen keine Grenzen, heute weniger denn je.



FOTO: PRIVAT

Steve Mokaya ist kenianischer Journalist, preisgekrönter Podcaster („The Nature Trail") und Masterstudent in Internationalen Medienwissenschaften an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

„Ich habe Leben gelernt“

Die Journalistin Judith Raupp arbeitet seit 15 Jahren im Ostkongo. Ein Gespräch über den Alltag in Goma, kritischen Lokaljournalismus und den deutschen Blick auf Afrika.

INTERVIEW: DANIEL TÖDT

Ihr Buch trägt den Titel „Morgen gehe ich einkaufen, falls der Markt noch steht“. Was erzählt der Markt in Goma über die Lage in der DR Kongo?

Für mich sind die *Mamans* ein Gradmesser. Zu Beginn waren die Marktfrauen mit ihrem *Petit Commerce* sonntags kaum sichtbar, dann jeden Sonntag. Zunächst erschien mir das praktisch, doch dann wurde mir bewusst: Sie mussten da sein. Der wirtschaftliche Druck war größer geworden. Während der Covid-Pandemie, während Ebola und selbst in Zeiten, in denen Bomben fielen, waren die *Mamans* präsent. Nach der Einnahme Gomas gehörten sie zu den Ersten, die den Verkauf wieder aufnahmen. Dann umarmt man sich und fragt: Leben bei dir noch alle? Wenn alle auf dem Markt sind, ist das ein Zeichen dafür, dass es ein guter Tag ist.

Sie kamen als Journalistin auf einer Ministerreise in den Ostkongo. Kurz darauf kündigten Sie Ihre Anstellung und zogen nach Goma. Was sehen Sie heute, 15 Jahre später, anders als damals?

Damals hat mich der Virunga-Park zutiefst beeindruckt. Ich dachte, dieser Wald müsse geschützt werden und es müsse doch eine andere Möglichkeit geben, als mit Holzkohle zu kochen. Später habe ich verstanden, wie schwierig das ist. Die Verwaltung des Parks hat ein Wasserkraftwerk gebaut, in der Hoffnung, dass die Menschen künftig mit Strom kochen könnten. Doch für viele war der Anschluss unbezahlbar. Später wurde die Leitung nach Goma, zu zahlungskräftigeren Menschen, verlängert. Ich war in einem Dorf, an dem die Stromleitung direkt vorbeiführte. Oben war ein Touristencamp hell erleuchtet, während die Menschen unten im Dunkeln saßen. Da habe ich verstanden, dass die Menschen auf andere Weise kochen müssen, wenn der Strom unbezahlbar ist. Ich möchte weiterhin, dass der Wald geschützt wird. Gleichzeitig bin ich heute ratloser, welche realistischen Alternativen es gibt.

Sie bilden im Ostkongo Journalistinnen und Journalisten aus, vor allem für lokale Radios. Warum ist das Radio dort so wichtig – und worauf kommt es Ihnen in der Ausbildung besonders an?

Ein kleines Radio können sich viele Familien leisten, aber nicht alle haben einen Fernseher oder ein Smartphone. Viele Erwachsene können nicht lesen und schreiben, und im Kongo gibt es sehr viele lokale Sprachen. Kommunalradios senden in diesen Sprachen, sodass die Menschen im Dorf wirklich alles verstehen. Beim Unterrichten wurde mir sehr schnell klar, dass kritisches Denken das Wichtigste ist. Viele junge Menschen haben wenig Gelegenheit dazu. In der Familie hat oft der Vater das letzte Wort, in der Kirche der Pfarrer, in Schule und Uni werden junge Menschen oft nicht ermuntert, Fragen zu stellen. Bei Interviews ist das zentral: Wenn ein sogenannter *Big Man* keine Antwort gibt, trauen sich viele nicht nachzufragen. Ich ermutige sie dann, dieselbe Frage noch einmal anders zu formulieren, bis eine Antwort kommt.

Viele NGOs bieten auch Ausbildungen im Journalismus an, in denen vor allem Techniken vermittelt werden, was grundsätzlich sinnvoll ist. Doch wenn Thema und Quelle bereits vorgegeben sind, entsteht daraus kein unabhängiger Journalismus. Eigene Recherchen kosten Geld, das vielen Radiosendern fehlt. Gleichzeitig kommt kritisches Denken häufig zu kurz, obwohl der Kongo genau das meiner Meinung nach dringend braucht.

Sie haben beschrieben, wie finanzielle Abhängigkeiten den lokalen Journalismus prägen. Welche Rolle spielen NGOs darüber hinaus – und was kommt von internationaler Hilfe vor Ort tatsächlich an?

NGOs gehören im Ostkongo zu den wichtigsten Arbeitgebern und sichern vielen Familien ein Ein-

kommen. Wirkung zeigt sich für mich, wenn Menschen, die ich ausgebildet habe, ihren Weg gehen, im Journalismus, bei internationalen Medien oder auch in der Kommunikation von NGOs. Und wenn ich sehe, dass junge Menschen kritischer werden. Dann wird deutlich, dass es gut investiertes Geld ist, wenn Menschen lernen, genauer hinzusehen und sich eigene Gedanken zu machen. Humanitäre Hilfe ist noch einmal etwas anderes. Wenn Menschen nach tagelanger Flucht ankommen, und eine NGO gibt ihnen etwas zu essen, ein Zelt, wenigstens eine Matratze – dann hilft das natürlich. Das Problem ist nur, dass man an Symptomen herumdoktert und die Ursachen nicht beseitigt.

Was mich stört, ist das Bild, als säßen Menschen in Flüchtlingslagern nur da und warteten, bis eine NGO ihnen eine warme Suppe bringt. Die Leute machen ihren *Petit Commerce*, gründen Sparkooperativen, ein Schneider hat seine Nähmaschine mit ins Lager geschleppt. Das ist ein Leben in diesen Lagern, kein Warten auf Hilfe.

Damit sind wir beim deutschen Blick auf den Kongo: Welche Geschichten über Goma finden hier Platz – und welche fehlen?

Krieg, Krise, Krankheit. Das sind die Klassiker. Wenn ich erzähle, wie schön der Kivusee ist, gucken mich manche irritiert an. Als könne es im Kongo gar nicht schön sein. Natürlich gibt es Krieg und Krise, aber es ist eben nur eine Seite. Alles, was in dieses Bild passt, lässt sich leichter medial unterbringen: Angriff auf Goma, Ebola, Gewalt. Für Alltagsgeschichten ist das viel schwerer: Wie kämpfen sich die Menschen durch? Wie leben sie weiter, wenn Banken geschlossen sind und man nicht an Bargeld kommt? Was passiert nach der Krise? Ich vermisse die eigene Reflexion. Was habe ich eigentlich damit zu tun – ich als Konsumentin, mit meinem E-Bike, vielleicht sogar mit dem guten Gefühl, umweltfreundlich unterwegs zu sein? Da wird selten gefragt, welche Rohstoffe, Wirtschaftsbeziehungen und politischen Verhältnisse damit verbunden sind.

Worauf sollten deutsche Journalistinnen und Journalisten bei der Berichterstattung über Afrika besonders achten?

Zuhören, zuhören, zuhören. Nicht nur in der Stadt bleiben, sondern auch auf die Dörfer fahren. Und danach auch reflektieren. Ich habe mich selbst dabei ertappt, zu glauben, etwas verstanden zu haben, und später gemerkt, dass ich damals eher interpretiert als berichtet hatte. Der Respekt vor den Menschen ist das Allerwichtigste. Man nimmt die missliche Lage eines Menschen und macht daraus eine Geschichte. Dabei muss man immer abwägen, ob man sein Leid instrumentalisiert oder ob die Berichterstattung im allgemeinen Interesse liegt und etwas bewirken kann. Es ist ein schmaler Grat.

Als Deutsche in Goma haben Sie besondere Schutz- und Ausreisemöglichkeiten. Wie gehen Sie mit diesen Privilegien um?

Ich glaube, das Wichtigste ist, offen darüber zu reden. Nicht nur unter Weißen, sondern mit den Menschen vor Ort. Als ich während eines früheren Krieges evakuiert wurde, fiel mir das wahnsinnig schwer. Ich hatte das Gefühl, ich lasse alle im Stich. Dann habe ich zu meinen Freunden gesagt, dass mich das schmerzt und ich es ungerecht finde, dass wir Weißen in Sicherheit gebracht werden, während sie bleiben müssen. Sie haben mich daraufhin getröstet und gesagt, dass sie froh seien, wenn ich in Sicherheit bin. Für mich ist es ein Zufall, in Europa geboren zu sein. Entscheidend ist aber, wie ich damit umgehe. Mir hilft es, gemeinsam darüber nachzudenken, was wir tun können, damit sich irgendwann etwas verändert.



Für Judith Raupp sind die Märkte im Kongo ein guter Gradmesser für die Situation im Land.

Sie haben als Journalistin selbst unzählige Fragen gestellt. Welche Frage wurde Ihnen noch nie gestellt, die Sie aber gerne einmal beantworten würden?

Was hast du eigentlich von den Menschen im Kongo gelernt? Und die Antwort kann ganz kurz ausfallen: Leben. Ich habe Leben gelernt.



Judith Raupp: „Morgen gehe ich einkaufen, falls der Markt noch steht. Leben und Überleben im Kongo". C.H. Beck, 297 Seiten, 20 Euro.

FOTO: BERNADETTE VIVUYA, BUCHCOVER: VERLAG C.H.BECK

Impressum

Deutsche Afrika Stiftung
Herausgeberin | V.i.S.d.P.:
Sabine Odhiambo Generalsekretärin

Geschäftsstelle
Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
Deutschland
+49 30 28094727
info@deutsche-afrika-stiftung.de

Vorstand
Dr. Uschi Eid Präsidentin
Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues Ehrenpräsident
Christoph Matschie Vizepräsident
Dr. Wolfgang Stefinger MdB Vizepräsident
Dieter Härthe Schatzmeister
Klaus A. Hess Justiziar
Jürgen Coße MdB Beisitzer
Udo Hahn Beisitzer
Dr. Andrea Hauser Beisitzerin
Markus Koob MdB Beisitzer
Sabine Odhiambo Beisitzerin
Stefan Rouenhoff MdB Beisitzer
Heiko Schwiderowski Beisitzer
Awet Tesfaiesus MdB Beisitzerin
Derya Türk-Nachbaur MdB Beisitzerin
Nicolas Zippelius MdB Beisitzer

Team
Sabine Odhiambo Generalsekretärin
Larissa Pflüger Leitende Referentin für politische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Wissenschaftliche Referentin Südliches Afrika (SADC-Region)
Svenja Schindelwig Leiterin Finanzen und Administration, Wissenschaftliche Referentin Westafrika
Dr. Daniel Tödt Referent Nord- und Zentralafrika
Ellen Wiesbrock Referentin Ostafrika, Ghana und Nigeria
Agnès Bel Fremdsprache und Administration
Raphael Mayr Senior Manager, Diaspora Affairs

Kuratorium
Bruno Wenn Vorsitzender
Dr. phil. Prinz Asfa-Wossen Asserate Mitglied
Dr. Karamba Diaby Mitglied
Helmut Gauges Mitglied
Gabriele Groneberg Mitglied
Prof. Dr. em. Robert Kappel Mitglied
Volkmar Klein Mitglied
Egon Kochanke Mitglied
Dr. Stefan Mair Mitglied
Tom Pause Mitglied
Marina Schuster Mitglied
Johannes Singhammer Mitglied

Redaktion, Lektorat und Gestaltung
Svenja Schindelwig Redaktion und Lektorat
Sabine Odhiambo Fachliche Beratung und Lektorat
Alexander Göbel/pineapple Beratung und Recherche
Fabrice Braun Redaktion und Projektmanagement
Ariane Busch Art Direktion und Gestaltung
Kristin Schütte Bildredaktion

Beitragende
S.E. Prof. Ohene Adjei, Dr. Abdeta Beyene, Prof. Dr. Scarlett Cornelissen, Jürgen Coße MdB, Serap Güler, Holger Hey, Julia Klöckner, Dr. Torsten Konopka, Markus Koob MdB, Samuel Maimbo, Ornella Moderan, Steve Mokaya, Pusetso Morapedi, Stefan Müller, PS Shadrack Mwadime, Sabine Odhiambo, S.E. Abdoulkader Houssein Omar, Prof. Dr. Anja Osei, Larissa Pflüger, S.E. David Schwake, Eiman Seifeldin, Anna Spaulding, Claus Stäcker, Sebastian Stietzel, Dr. Daniel Tödt

Gefördert durch:

Auswärtiges Amt

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Das Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung unterliegt dem deutschen Urheberrecht. Der Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedarf der schriftlichen Zustimmung der jeweiligen Autorinnen und Autoren bzw. der Deutschen Afrika Stiftung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Diese muss nicht mit der Auffassung der Deutschen Afrika Stiftung übereinstimmen. Das Jahrbuch enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Bleiben Sie mit der Deutschen Afrika Stiftung in Verbindung!

Auf unserer Website, in den sozialen Medien,
mit unserem afrikapolitischen Pressespiegel und DAS-Podcast:
Afrikapolitik. Analysen. Aspekte. ordnen wir
aktuelle Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent ein
und geben Einblicke in unsere Arbeit sowie Hinweise
auf Veranstaltungen, Publikationen und weitere Angebote.

Sie möchten unsere Arbeit unterstützen und Mitglied werden?
Schreiben Sie uns – wir freuen uns auf Ihre Nachricht.

www.deutsche-afrika-stiftung.de

@deutscheafrikastiftung

@_DASonline

Deutsche Afrika Stiftung

Afrikapolitischer Pressespiegel

DAS-Podcast:
Afrikapolitik. Analysen. Aspekte.



Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung e.V. 2025|2026